Flüchtige Wahrheit

Die Organisation Cap Anamur gerät für ihre medienwirksame „Rettung“ afrikanischer „Flüchtlinge“ massiv in die Kritik. Schleuser, Bootshändler und ihr Geschäft **Seite 2**

Nordische Kuriere

Eine wenig beachtete, aber für das Verständnis des 20. Juli um so wichtigere Seite des deutschen Widerstandes war der Kontakt zu den Alliierten über Schweden. **Seite 3**



Benefizkonzert

Das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten vor dem Schloß Charlottenburg muß saniert werden. Mehr über ein Benefizkonzert des Stabsmusikkorps der Bundeswehr auf **Seite 9**

Drei Flaggen im Wind

Im Königsberger Gebiet ist das Deutsch-Russische Kulturhaus „Friedland-Prawdjinsk“ eröffnet worden. Ein Bericht über die Eröffnungsfeier steht auf **Seite 13**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 30
24. Juli 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt



Während sein Volk in blutigen Unruhen leidet, läßt Arafat sich feiern: *So mancher Beobachter fragte sich angesichts der Bilder eines bei der Eröffnung eines Jugendsommercamps genußvoll Kuchen essenden Palästinenserchefs, ob dieser den Ernst seiner Lage noch erfaßt. Nicht unweit von Arafats Hauptquartier schossen zeitgleich Palästinenser auf Palästinenser. Die Aufständischen wollen die Korruption innerhalb der PLO nicht mehr dulden.* Foto: AP

Vom Winde verweht

Trittins windige Arbeitsmarkteffekte: eine »Milchmädchenrechnung«

Glaubt man Bundesumweltminister Jürgen Trittin, hat die Windenergiebranche in den letzten Jahren Tausende Arbeitsplätze geschaffen. Je mehr Windräder sich drehen, je mehr dort produzierter Strom zu hohen Preisen zwangsweise abgenommen wird, so lautet die simple Botschaft zwischen den Zeilen, desto besser sei dies für Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Völlig anderer Auffassung ist Manfred Bahlburg, Stellv. Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover. Für ihn sind die angeblichen Vorteile der Windenergie „vom Winde verweht“. Dabei stützt er sich auf eine Studie, die von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung beim Energie-Institut der Universität Bremen in Auftrag gegeben wurde und sich auf die Arbeitsplatzauswirkungen der Errichtung und des 20jährigen Betriebes einer der zur Zeit „gängigen“ 1.200-Kilowatt-Windkraftanlagen bezieht.

Beim Bau der Anlage geht die Rechnung noch auf: Einmalige Beschäftigungseffekte von rund 17 Personenjahren, das heißt, daß 17 Arbeitnehmer rein rechnerisch für ein Jahr beschäftigt wären, um eine derartige Anlage herzustellen und aufzubauen. Während des dann folgenden 20jährigen Betriebes der Anlage gibt es noch einen weiteren Beschäftigungseffekt (zum Beispiel für Wartung, Reparaturen und Verwaltung) von insgesamt 13,4 Personenjahren.

> Der angeliblich positive Beschäftigungseffekt ist in Wahrheit negativ

Insgesamt geht von einer derartigen Windkraftanlage also ein positiver Beschäftigungseffekt von gut 30 Personenjahren aus. Das wäre für sich allein betrachtet gut für die Arbeitsmarktlage in Deutschland. Und die gängigen Berechnungen der Windkraftbefürworter enden meistens an dieser Stelle.

Doch das alles ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite: Die deutschen Stromkunden (also wir alle) müssen den so erzeugten Strom teuer abnehmen. Die „Windmüller“ erhalten zur Zeit einen staatlich garantierten Preis von gut neun Cent pro Kilowattstunde. In Kernkraftwerken produzierter Strom kostet alles in allem weniger als die Hälfte, und auch konventionelle Kraftwerke (Gas, Öl, Kohle, Wasser) arbeiten weitaus kostengünstiger.

Die Strompreise sind in den letzten Jahren nicht nur wegen der Ökosteuer gestiegen, sondern auch, weil die Energieunternehmen immer mehr in Windkraftwerken erzeugten Strom abnehmen mußten (hierzu sind sie gesetzlich verpflichtet). Für den einzelnen Haushalt kann dies im Regelfall nur bedeuten, daß die höhere Stromrechnung an anderer Stelle wieder eingespart werden muß. Bei der zugrunde gelegten 1.200-Kilowatt-Anlage ist dies nach den Berechnungen der Bremer Wissenschaftler ein Differenzbetrag von 130.000 Euro jährlich, der nicht mehr für andere Ausgaben verfügbar ist. Dadurch gehen an anderer Stelle natürlich Arbeitsplätze verloren. Über den 20jährigen Betrieb der Anlage ergeben sich auf diese Weise immerhin negative Arbeitsplatzeffekte von mehr als 38 Personenjahren, insgesamt also eine ausgesprochen negative Bilanz!

Natürlich sind derartige Berechnungen stets mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Doch kann nicht verkannt werden, daß die zitierten Ergebnisse in krassem Gegensatz zu den vollmundigen Verlautbarungen (nicht nur grüner) Politiker stehen, die die Entwicklung der Windkraft in höchsten Tönen priesen und teilweise noch immer preisen. Noch vor etwa zwei Jahren wurde der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Fischer im Parlament auch von seinen eigenen „Parteifreunden“ ausgebuht, als er sich kritisch und wohlbegründet zum Thema Windkraft äußerte. Heute vernimmt man, nicht nur aus den Reihen der Union, zu diesem Thema bereits moderatere Töne.

Positive Beschäftigungseffekte für den deutschen Arbeitsmarkt gehen – wie der Informationsdienst *Vertrauliche Mitteilungen* süffisant anmerkt – offenbar nur von Windkraftanlagen aus, die zwar in Deutschland produziert, dann aber im (möglichst fernen) Ausland errichtet und betrieben werden. **EB**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Das Ende einer Vision

Als die CDU-Politikerin Erika Steinbach, von Beruf Musikerin, im Jahre 1998 antrat, um beim BdV die „erste Geige“ zu spielen, brachte sie viel frischen Wind in die deutsche Vertriebenenpolitik (soweit es eine solche überhaupt noch gab). Die attraktive Frankfurterin unterschied sich in Erscheinung und Auftreten von allem, was man sich bis dahin unter Verbandsfunktionsträgern vorzustellen hatte: Elegant und eloquent sammelte sie im öffentlichen Meinungsbild Pluspunkte für die Vertriebenenorganisationen.

Und sie hatte eine Vision: Sie wollte nicht nur das Schicksal von 15 Millionen ihrer Heimat beraubten Deutschen „verwalten“, sie wollte eine Stätte des ständigen Erinnerns an dieses Schicksal schaffen. Eine Stätte des Trauerns, des Bewahrens jahrhundertealter kultureller und geistesgeschichtlicher Traditionen, der wahrheitsgemäßen Aufarbeitung der Geschichte – und der Mahnung, alles zu tun, um Menschen künftig ein solches Schicksal zu ersparen.

Was ist von dieser Vision geblieben? Sowie der leiseste Verdacht auftauchte, da könnten deutsche Heimatvertriebene sich erdreisten, das eigene Schicksal in den Vordergrund ihres Trauerns und Erinnerns stellen zu wollen, setzte heftige Gegenwehr ein. Das meinungsbildende politisch korrekte Lager in diesem Lande mag es nun einmal nicht, wenn Deutsche auch als Opfer und nicht ausschließlich als Täter gesehen werden.

Natürlich wußte Frau Steinbach genau, worauf sie sich da einließ, als sie zum erstenmal mit ihrer Vision an die Öffentlichkeit trat. Vorsichtshalber nannte sie die geplante Gedenkstätte daher auch „Zentrum gegen Vertreibungen“, wies immer wieder darauf hin, es gehe ihr vorrangig um das „Vertreibungsschicksal an sich“, nicht um Aufrechnung, Geschichtsrevision, Schuldzuweisungen. Zeitweise saß sie damit sprichwörtlich zwischen allen Stühlen: Politikern, vorzugsweise im linken Spektrum, war das Steinbach-Projekt immer noch viel zu „deutsch“, vielen Mitgliedern der im BdV zusammengeschlossenen Landsmannschaften hingegen war es zu sehr in einen allgemeinen europäischen Kontext eingebunden, damit sozusagen „verwässert“ und an den Gefühlen deutscher Vertriebener „vorbeikonzipiert“.

Immerhin gelang es der BdV-Präsidentin, den hochrangigen SPD-Politiker Peter Glotz (selber aus dem Sudetenland vertrieben) als Mitstreiter zu gewinnen. Gemeinsam stellten sie das Projekt auf eine zunehmend breitere Basis der öffentlichen Zustimmung und Unterstützung. Zugleich forderten sie damit aber auch die Gegner heraus. Flankiert vom üblichen „antifaschistischen“ Säbelrasseln gab der SPD-Politiker Meckel eine Steilvorlage nach Warschau. Dort griff man – parteiübergreifend – die Gelegenheit gern auf, sich wieder einmal um eine wahrheitsgemäße Auseinandersetzung mit der dunklen Kapiteln der eigenen Geschichte drücken zu können.

In diesen Tagen nun folgte der vernichtende Schlag: Berlins Kultur-Staatsministerin Christina Weiss vereinbarte mit ihren Kollegen aus Warschau, Prag, Preßburg, Budapest und Wien den Aufbau eines europäischen Netzwerks zur „Dokumentation und wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zwangsemigration und Vertreibung im 20. Jahrhundert“. Das Sekretariat soll in der polnischen Hauptstadt eingerichtet, die Konzeption an das dortige Institut für nationales Gedenken angebunden werden.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welchen Raum das Erinnern an die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen in einer solchen Konzeption noch finden wird. Am Ende wird wohl nur die flüchtige Erinnerung an eine gutgemeinte Vision bleiben – und die bittere Erkenntnis, das wieder einmal die Täter über die Opfer gesiegt haben.

»Hohmann raus«

Hessen-CDU feuert Abgeordneten aus Fulda

Die hessische CDU hat den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus der Partei ausgeschlossen. Im November war Hohmann auf Betreiben der Parteivorsitzenden Angela Merkel bereits aus der Bundestagsfraktion der Union ausgeschlossen worden. Als Begründung diente jeweils die Behauptung, seine Rede am 3. Oktober 2003 sei „antisemitisch“ gewesen beziehungsweise als antisemitisch verstanden worden.

Diesen Vorwurf hatte unter anderem der Zentralrat der Juden in Deutschland in die Welt gesetzt. In einem daran anschließenden Rechtsstreit waren allerdings die Staatsanwaltschaft Fulda und die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main zu völlig anderen Schlüssen gekommen als Hohmanns „Parteifreunde“. In beiden Instanzen wurde die vom Zentralrat gewünschte Einleitung von Ermittlungsverfahren abgelehnt – mit einer Begründung, die einem „Freispruch erster Klasse“ gleichkommt.

Martin Hohmann ist seit 1998 direkt gewählter Vertreter des Wahlkreises Fulda, wo er zuletzt mit 54 Prozent Erststimmen klar über dem Zweitstimmenergebnis der CDU (49,2) lag. Gegen den Ausschluß aus der Partei will er nun den Rechtsweg beschreiten. **H.J.M**

Die Schulden-Uhr:

Umschummelung

Richtig gefreut hatte er sich schon, doch nun kommt das dicke Ende: Hans Eichels Plan vom Verkauf russischer Schulden wird definitiv mit einem Fiasko enden. Statt milliardenschweren Einnahmen zahlt der Bund 1,6 Milliarden Euro drauf. Der Grund: Eichel wollte weitere Neuverschuldungen um jeden Preis vermeiden, wickelte seine „Umschuldungsaktion", besser: Umschummelungsaktion ohne Ausschreibung über die Banken Goldman Sachs und Deutsche Bank ab. Zudem verramschte der Bund streng genommen keine Schulden der Russen, sondern Anleihen, die an die Schulden gebunden sind. Moskau muß also weiter an Eichel zahlen, nur der jetzt zusätzlich an die neuen Anleger. Ein Milliardengrab, denn denen zahlt Eichel am Ende mehr als die Russen ihm. **SV**

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.373.849.317.804 €

(eine Billion dreihundertdreiundsiebzig Milliarden achthundertneunundvierzig Millionen dreihundertsiebzehntausend und achthundertvier)

Vorwoche: 1.372.323.941.028 €
Verschuldung pro Kopf: 16.645 €
Vorwoche: 16.627 €

(Stand: Montag, 19. Juli 2004, 12.00 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Michels Stammtisch:

Nationale Interessen

„Die Amerikaner sind 1944 nicht nach Europa gekommen, um die Deutschen zu befreien, sondern um Deutschland zu besiegen", hieß es am Stammtisch im Deutschen Haus. Aus amerikanischer Sicht sei das in der damaligen weltpolitischen Situation geboten gewesen. Ähnlich wie 1917, als sich Amerika aus eigenen, überwiegend wirtschaftlichen Interessen an die Seite Großbritanniens gestellt hatte.

1950, nur ein halbes Jahrzehnt nach der Landung in der Normandie, hatte sich die weltpolitische Situation völlig geändert. Nun war es geboten, der Sowjetunion, dem einstigen Verbündeten, gemeinsam mit dem besiegten Deutschland entgegenzutreten. Es galt, Stalins Streben nach dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt zu stoppen. Auch das habe im amerikanischen Interesse gelegen, meinte der Stammtisch. Genau so wie in Vietnam, wo die Amerikaner militärisch geschlagen wurden. Sie seien von dannen gezogen und hätten ihre Verbündeten im Stich gelassen.

Der Stammtisch meint, man müsse um die Grundhaltung der USA wissen. Die bestehe in der strikten Orientierung an den eigenen nationalen Interessen.

Bedenke man überdies das Trauma vom 11. September, rechtfertige sich für die Amerikaner aus ihrer Geschichte die „vorbeugende Selbstverteidigung" auch unter Verletzung des Völkerrechts, hieß es am Stammtisch, der meinte, es lohne sich gewiß, auch über die nationalen Interessen Deutschlands gründlich nachzudenken.

Euer Michel

Schlecht inszeniert

Nachtrag zu Cap Anamur / Von Hans-J. MAHLITZ

Ein Nachwort in eigener Sache: Als die vorige Folge dieser Zeitung in Druck ging, standen wir mit unserer Kritik an Cap Anamur („Das inszenierte Drama") ziemlich einsam da in der deutschen Medienlandschaft. Leise Zweifel rührten sich: Hatten wir den edlen Rettern vielleicht doch Unrecht getan? Hatten wir, was uns in den Tagen zuvor vorzugsweise vom *ZDF* auf den Bildschirm geliefert worden war, vielleicht falsch interpretiert?

Die Zweifel währten nur einen Tag, dann zog Bundesinnenminister Otto Schily nach und äußerte öffentlich den Verdacht, die Cap-Anamur-Crew habe sich möglicherweise der Beihilfe zum Menschenhandel schuldig gemacht, was schwerwiegende strafrechtliche Konsequenzen haben könne. Und noch einen Tag später, während die ersten *PAZ*-Exemplare bei den Abonnenten eintrafen, ging das *ARD*-Magazin *Panorama* auf kritischen Kurs, sprach von „Geisterfahrt" und „PR-Aktion".

Inzwischen haben die italienischen Behörden bestätigt: Von den 37 an Bord der Cap Anamur befindlichen Afrikanern stammten 30 aus Ghana, sechs aus Nigeria und einer aus Niger. Sie hätten also schon auf Grund ihrer Herkunft keine Chance, in irgendeinem EU-Land Asyl zu bekommen. Kein einziger kam aus den von Hunger und von staatlich sanktioniertem Völkermord heimgesuchten Gebieten im Sudan. Folgerichtig lehnte Italien alle Asylanträge ab, will allerdings aus humanitären Gründen 14 der Betroffenen nicht sofort abschieben.

Erst nach Tagen gaben die Mitarbeiter von Cap Anamur zu, daß sie die Afrikaner bereits drei Wochen vor ihrem Eintreffen an der sizilianischen Küste an Bord genommen hatten. Wo genau, verraten sie ebenso wenig wie die Reiseroute während dieser Zeit. Ein mehr als merkwürdiges Verhalten, wenn man angeblich akut vom Tod durch Ertrinken, Verdursten oder Verhungern bedrohte Menschen an Bord hat – offenbar war es wichtiger, auch noch Cap-Anamur-Chef Bierdel sowie Fernsehjournalisten in genügender Zahl an Bord zu nehmen und ansonsten den publikumswirksamsten Zeitpunkt abzupassen.

Auch Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck, vor zwei Jahren aus der Leitung der Hilfsorganisation ausgeschieden, übte scharfe Kritik an seinen Nachfolgern: er sei „erschüttert", daß „die spektakuläre Rettung von Bootsflüchtlingen zumindest teilweise für die Medien inszeniert wurde". Möglicherweise sogar nicht nur für die Medien, sondern mit ihrer tatkräftigen Mitwirkung! Wie sonst ist es zu erklären, daß hochprofessionellen Fernsehjournalisten tagelang an all diesen unglaubwürdigen Inszenierungen nichts aufgefallen sein soll; so naiv können die sonst so „kritischen Geister" doch eigentlich nicht sein.

In Berlin stößt die PR-Aktion inzwischen auf herbe Ablehnung. Der Unionsabgeordnete Wolfgang Bosbach wirft Cap Anamur vor, den Schleuserbanden in die Hände zu spielen; die würden dann „noch bessere Geschäfte machen". Ähnlich äußerte sich Schilys Pressesprecher: „Cap Anamur fördert bei Afrikanern die Illusion, sie kämen über das Meer sicher nach Europa. Aber die meisten verdursten und ertrinken." Der langjährige SPD-Abgeordnete Freimut Duve befand, es sei „fahrlässig, leichthin mit dem Etikett des Genozid-Opfers zu hantieren, um medial zu wirken". Duves Wort hat besonderes Gewicht: Er hat in den 90er Jahren gemeinsam mit Elfie Wörner und Christian Schwarz-Schilling vorbildliche humanitäre Arbeit in Ex-Jugoslawien geleistet.

> »Cap Anamur hantiert mit dem Etikett des Genozid-Opfers«

Was mag das einst so renommierte Hilfskomitee bewogen haben, zu solch unsauberen Mitteln zu greifen? Ein Verdacht wird vorerst nur hinter vorgehaltener Hand geäußert: Ebbe auf den Spendenkonten – da brauchte man eben eine spektakuläre Aktion, um die spendenmüden Deutschen aufzurütteln. ■



Flüchtlinge oder illegale Einwanderer: *Kaum einer glaubt dem Kapitän der „Cap Anamur" noch seine Geschichte der Flüchtlingsrettung.* Foto: Cap Anamur

Beihilfe zum Menschenhandel

Wer liefert den Schleppern die Schlauchboote?

Der Tabakkonzern Philip Morris erklärte sich kürzlich bereit, der EU eine Entschädigung von einer Milliarde Euro zu zahlen. Mit diesem gesichtswahrenden außergerichtlichen Vergleich ist applaniert, daß der Konzern jahrelang große Mengen an Zigaretten zoll- und steuerfrei nach Osteuropa geliefert hatte, die für den Schmuggel in die EU bestimmt waren.

Wer eine Ware liefert und weiß, daß sie für illegale Zwecke verwendet wird, macht sich eben mitschuldig, und Beihilfe zu einem Verbrechen ist selbst ein Verbrechen. Also: Wer liefert eigentlich die Schlauchboote, deren Insassen so medienwirksam aus Seenot gerettet werden oder manchmal tatsächlich ums Leben kommen, meist aber unentdeckt ihr gelobtes Land erreichen und dort im übertragenen Sinne „untertauchen"? Bei Sportartikelhändlern in Nordafrika, wo „Rafting" unüblich ist, wird man solche Dinger vergeblich suchen.

Diese Schlauchboote – und selbstverständlich diverse Schaluppen und türkische Schrottschiffe – müssen von irgendwem an die Schlepperbanden verkauft worden sein. Jede solche Lieferung ist Mittäterschaft bei kriminellen Handlungen. Hier gilt es anzusetzen und notfalls Sanktionen gegen beteiligte Länder oder deren unfähige Regierungen zu verhängen – besonders, wenn sie selber nach Europa drängen.

Beihilfe zum Menschenhandel ist es aber auch, von „Flüchtlingstragödien" zu berichten, obwohl die Betroffenen gar keine Flüchtlinge sind. Wer für eine „Alles-inklusive-Tour" nach Europa horrende Summen ausgibt und halb Afrika durchquert, kann kein Flüchtling sein. Die Schlepper wissen natürlich, welcher Krisenherd gerade „gut ankommt", und lassen ihre Klienten die richtigen „Stories" auswendig lernen. Aber daß die Cap-Anamur-Kundschaft nicht aus „Darfur" im Sudan kam, sondern aus Westafrika, müßte den (mitbeteiligten) Reportern zumindest am Akzent aufgefallen sein, wenn schon nicht am Gesichtstypus, der ja nicht mehr zählt, seit Rassenmerkmale „abgeschafft" sind.

Beihilfe zu Menschenschmuggel und Asylbetrug begehen alle, die dazu beitragen, daß Nicht-Flüchtlinge als Flüchtlinge behandelt werden – sie alle „liefern Schlauchboote" im weiteren Sinne. Und sie begehen darüber hinaus Beihilfe zur Folgekriminalität. Denn selbst linke Innenminister geben mittlerweile zu, daß der Drogenhandel vor allem dank der vielen kräftigen jungen Männer aus Westafrika floriert wie nie zuvor. Daß die Nicht-Flüchtlinge just aus den Aids-Kerngebieten stammen, kommt noch dazu. Zur Folgekriminalität zählen letztlich aber auch viele „rassistische Übergriffe" (gewiß nicht alle), die es ohne „Schlauchboote" gar nicht geben würde. **R.G.K.**

Wie ein Schlag ins Gesicht

Opfer der Stasi rebelliert gegen zwei ehemalige Spitzel im Landesparlament von Thüringen

Eigentlich wollte er endlich Gerechtigkeit erlangen, doch statt dessen erntete er nur eine Menge Ärger. Gerade als nämlich die frisch ins Amt eingeführte CDU-Landtagspräsidentin von Thüringen, Dagmar Schipanski, das Ergebnis der Wahl von Dieter Althaus zum alt-neuen Thüringer CDU-Ministerpräsidenten verlas, ließ es Wolfgang Mayer von der Besuchertribüne hinab auf die versammelten Landstagsabgeordneten Zettel regnen. Auf diesen waren Verpflichtungserklärungen zweier PDS-Abgeordneter zur Mitwirkung bei der Staatssicherheit abgedruckt.

Frank Kuschel, alias Fritz Kaiser, und Ina Leukefeld, alias Sonja, hatten zwar schon vor Jahren unter Druck gebeichtet, daß sie in den 80er Jahren für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) tätig gewesen waren, doch wirkliche Konsequenzen hatte dies für sie nicht. Ihre Geständnisse wurden sogar wohlwollend zur Kenntnis genommen, und die nun „Gereinigten" im Kreise der Politiker der Bundesrepublik aufgenommen. Daß noch heute im Rahmen der Aufarbeitung der Stasiakten Namen von Personen bekannt werden, die von den Mitarbeitern des MfS tyrannisiert wurden, bringt diesen offenbar wenig Mitgefühl ein. Was soll beispielsweise Otto Lange aus Thüringen davon halten, daß der Mann, der ihn 1988 aufgrund der Stellung eines Ausreiseantrages als kriminell-gefährdeten Bürger einstufen ließ, nun im thüringischen Landtag sitzt? Otto Lange wurde damals aufgrund dieser Einstufung von Frank Kuschel seine Stelle als Lehrer gekündigt. Erst 1998 wurde Lange offiziell rehabilitiert.

> Die Vergangenheit der PDS-Abgeordneten scheint nicht zu stören

Wie kann es also sein, daß ein Mann, der anerkanntermaßen einen anderen Bürger willkürlich kriminalisiert hat, nur eineinhalb Jahrzehnte später wieder an den Schalthebeln der Politik sitzt?

Dies fragte sich auch Wolfgang Mayer, ebenfalls ein Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit, und ließ seine Zettel regnen. Doch statt Konsequenzen für die schon geständigen Angeklagten hat Wolfgang Mayer nun Ärger mit der Justiz.

Dieser wäre für ihn durchaus vertretbar, wenn seine Aktion in der Öffentlichkeit für Aufsehen und Diskussionsstoff gesorgt hätte, doch Fehlanzeige. Nur wenige Zeitungen berichteten überhaupt – und dann auch nur in knappen Sätzen am Rande – über seine Protestaktion.

Statt dessen mußte er lesen, wie sich die linke Tageszeitung *Junge Welt* über die „dunkle" Vergangenheit des Thüringer CDU-Landtagsabgeordneten Peter Krause ereiferte. Dieser arbeitete nämlich 1998 bei der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, aus Sicht der *Jungen Welt* eine eindeutig rechte Publikation, die angeblich sogar rechtsextremen Organisationen „wohlwollend" gegenüberstände. Krause soll jedoch zum Ärger der *Jungen Welt* seinen ehemaligen Arbeitgeber keineswegs als nachteilig angesehen haben, sondern als „ein völlig offenes Debattenblatt" bezeichnet. Zudem hat Krause, wie die *Junge Welt* „enthüllt", auch für das *Ostpreußenblatt* geschrieben.

Und noch eine dunkle Stelle in der Vergangenheit des CDU-Landtagsabgeordneten hob die linke Tageszeitung hervor: Er hat einige Zeit auch als Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld gearbeitet, und die habe doch „in der ihr typischen Art eine ‚inszenierte Treibjagd' auf Martin Hohmann bejammert und die CDU aufgefordert, der vermeintlich ‚hysterischen Einengung der Meinungsvielfalt, der Stigmatisierung und Ausgrenzung konservativer Auffassungen entschlossen entgegenzutreten'".

Wen wundert es bei diesen Ereignissen und Verhaltensweisen der Politiker, daß Menschen wie Wolfgang Mayer den Glauben an die Redlichkeit der Aussagen der Bundesregierung bezüglich der Bewältigung der DDR-Vergangenheit, ja, den Glauben an unser ganzes System verlieren. Aussagen wie die des Alterspräsidenten des thüringischen Landtages, Siegfried Jaschke, daß es „unwürdig" sei, als Spitzel im Parlament zu sitzen, trösten da nur geringfügig. **R. B.**

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5642**

Geheime Kuriere unter nördlichem Himmel

Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und die Verbindungen zweier Akteure nach Schweden / Von Ulrich SCHACHT



Als die Welt 1932 noch in Ordnung war: *Der Theologe und Widerständler Dietrich Bonhoeffer inmitten einer Jugendgruppe.* Foto: Ullstein

Der 20. Juli 1944 ist weder ein beliebiges noch ein marginales Datum deutscher Geschichte, sondern ein zentrales. Ist er doch die moralisch entscheidende Antwort deutscher Bürger- und Militär-Eliten auf den 30. Januar 1933: An diesem Tag war Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, unter schwersten Bedenken von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und damit machttechnisch in den Stand versetzt worden, in kürzester Zeit aus Deutschland einen totalitären Staat zu machen, mittelfristig mit Hilfe Stalins Europa in den Zweiten Weltkrieg zu manövrieren sowie aus den Juden systematisch ein Objekt politischer Diskriminierung, später physischer Vernichtung werden zu lassen. Diese dreifache destruktive Konsequenz seines Denkens und Handelns, das zum Denken und Handeln einer ganzen politischen Bewegung wurde, war am Beginn seiner Herrschaft für die Mehrheit der Deutschen jedoch kaum zu erkennen. Aufgrund der ökonomisch desaströsen Lage des Landes, das unter den Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges und dem von französischer Rachsucht motivierten Diktat-Frieden des Versailler Vertrags von 1919 litt, das die Weltwirtschaftskrise mit Inflation und Massenarbeitslosigkeit erfuhr, ideologisch inspirierte Bürgerkriegsszenen über sich ergehen lassen mußte und mit ansah, wie hilflose Koalitionsregierungen aus demokratisch orientierten Parteien in immer kürzeren Abständen daran zerbrachen, erschien er vielen Menschen als ein Retter in höchster Not. Sein außenpolitisches Programm, das auf konsequente Revision des Deutschland schwer diskriminierenden Versailler Vertrags abzielte, wurde im Prinzip von allen Parteien der Weimarer Republik, einschließlich der linken, geteilt.



Dem Tode näher als dem Leben: *Adam von Trott zu Solz bei seiner Verurteilung zum Tode am 15. August 1944.* Foto: Trott-Stiftung

Die antisemitischen Fanatismen aus Hitlers Mund galten einer Mehrheit eher als Spleen, mit der Übernahme von Regierungsverantwortung würden sie schon verschwinden. Seine revolutionäre Rhetorik zugunsten des „einfachen Mannes“ und Arbeiters dagegen wurde von den unterprivilegierten Schichten und dem materiell verelendeten Mittelstand vor allem als Gerechtigkeitsversprechen gedeutet. Da aus der sozial-revolutionären Rhetorik Hitlers nach der Machtübernahme sehr schnell hochsymbolische Praxis wurde, sahen große Teile der Arbeiterschaft ihre Interessen vertreten. Daß im selben Atemzuge ihre Gewerkschaften aufgelöst wurden und nach sowjetischem Vorbild ein von der NSDAP kontrollierter einheitlicher Ersatzverband, die Deutsche Arbeitsfront, entstand, begriff man erst, als es zu spät war. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei verboten, kurz darauf lösten sich die bürgerlichen Parteien selbst auf. Bereits am 24. März hatten dieselben Parteien, eingeschüchtert von Terror und Druck durch die Nationalsozialisten, dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ zugestimmt. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Es ermächtigte die Regierung Hitlers, unabhängig von der Verfassung Gesetze zu erlassen. Indem das Parlament so die Diktatur auf legalem Wege einführte, beging es de facto und de jure Suizid und machte sie damit staatspolitisch perfekt.

Mit dem schnellen Ausschalten aller parteipolitischen Gegner hatte Hitler jedoch die gefährlichste oppositionelle Kraft, die bürgerlich-konservativen Kräfte in Militär, Staatsverwaltung und Gesellschaft, immer noch nicht besiegt. Das sollte ihm erst Jahre später, wenige Monate vor seinem eigenen Tod – in den Wochen nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli –, in verheerendem Ausmaß gelingen. Der deutsche Publizist Sebastian Haffner, der 1938 nach London emigrierte, hat in seinem Buch „Anmerkungen zu Hitler“ an dieser grundlegenden Tatsache keinen Zweifel gelassen: „Die einzigen innenpolitischen Gegner oder Konkurrenten, mit denen Hitler ... ernsthaft zu rechnen hatte, waren die Konservativen. Die Liberalen, Zentrumsleute, Sozialdemokraten haben ihm nie im geringsten zu schaffen gemacht, ebensowenig die Kommunisten ... Aber die Konservativen, mit ihren gut verschanzten Positionen in Heer, Diplomatie und Verwaltung, blieben immer ein echtes politisches Problem für ihn ... konservative Wehrmachtsgenerale schmiedeten 1938 und 1939 Putschpläne, konservative Politiker ... konspirierten während der ganzen Kriegszeit mit den verschiedensten Partnern aus Heer, Staat und Wirtschaft gegen Hitler, und 1944 hatte sich schließlich sogar eine Art großer Koalition politischer und militärischer konservativer Hitlergegner gebildet, die in dem Unternehmen des 20. Juli gipfelte.“ Nur von dieser sozial- wie kulturgeschichtlichen Prämisse her konnte die deutsch-jüdische Philosophin Hannah Arendt, die 1933 aus Deutschland fliehen mußte, nach 1945 die elementare Einsicht formulieren, daß „es nicht irgendeine deutsche Tradition als solche“ war, „die den Nazismus herbeigeführt hat, sondern die Verletzung aller Traditionen“.

Aus diesen Traditionen, ihren christlichen Werten und moralischen Konsequenzen, kamen zwei der brillantesten Köpfe des deutschen Widerstandes, deren Aktivitäten bis nach Schweden reichten: der protestantische Theologe Dietrich Bonhoeffer (geboren 1906) und der Jurist und Diplomat Adam von Trott zu Solz (geboren 1909). Ihre Reisen zwischen 1942 und 1944 in das neutrale und deshalb vom Krieg verschonte Land dienten einzig dem Versuch, die Alliierten davon zu überzeugen, dem deutschen Widerstand und seinen Umsturzplänen psychologisch zu vertrauen und friedensstrategisch entgegenzukommen, um den Krieg in Europa und so auch den seit 1942 immer deutlicher werdenden Ausrottungsfeldzug gegen die Juden zu beenden. Insbesondere Adam von Trott zu Solz, Freund und Vertrauter Graf Stauffenbergs, der am 20. Juli 1944 die Bombe in Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen plazierte und anschließend in Berlin im Oberkommando des Heeres den Aufstand erfolgreich zu machen versuchte, bat im Auftrag der Verschwörer, die 1943 in Casablanca von Präsident Roosevelt erhobene Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation“ Deutschlands fallenzulassen, da ihre Existenz psychologisch vor allem die Katastrophendemagogie der Nazis stärke. Zudem widersprach sie seinem eigenen Patriotismus. Ein drittes Hauptmotiv seiner konspirativen Tätigkeit, die ihn im Oktober 1943 in Stockholm schließlich mit zwei als Diplomaten getarnten Agenten des britischen Geheimdienstes Gespräche führen ließ, war die Furcht vor einem möglichen massiven kommunistischen Einfluß auf ein besiegtes Deutschland. Während dreier Besuche Trotts in Schweden (September 1942, Oktober/November 1943, März 1944) traf er auch mit Ivar Anderson, dem damaligen Chefredakteur von *Svenska Dagbladet*, zusammen. Anderson gehörte zu einer kleinen Gruppe christlich orientierter, einflußreicher Schweden, die Dr. Harry Johansson, zu jener Zeit Direktor des Nordischen Ökumenischen Instituts in Sigtuna, gebildet hatte. Sie sollte die Verbindung zum deutschen Widerstand aufrechterhalten. Weitere Mitglieder der Gruppe waren die Bischöfe Björkquist und Cullberg, Kammergerichtsrat Quensel und der Chef von Sandvikens Jernverk, Göransson. Johansson brachte Trott 1942 auch mit Yngve Brilioth, dem Bischof von Växjö, zusammen. Brilioth sollte auf einer bevorstehenden Englandreise die Staatsstreichpläne des deutschen Widerstandes weitergeben, aber auch dessen Vorstellungen zur Neugestaltung Deutschlands nach einem erfolgreichen Umsturz. Beim dritten Treffen mit Ivar Anderson, so notierte der Journalist in sein Tagebuch, sei die Hauptfrage für Trott gewesen, ob England die Luftangriffe auch nach einem gelungenen Umsturz auf Deutschland fortsetzen würde. Falls ja, würde „das deutsche Volk“ dies „so bewerten, daß England nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland als solches mit der Absicht kämpfte, es vollständig zu vernichten.“ Ein Ende der Bombardierungen dagegen „würde ... dem neuen Regime die Möglichkeit geben ... zu bestehen“. Anderson, der von Trott stark beeindruckt war, versprach, die Engländer davon zu unterrichten. Er tat dies wenig später bei einem Mittagessen in der britischen Gesandtschaft, wo er Walter Monckton, einen Junior-Minister aus Churchills Kabinett traf. Aber Monckton wollte auf diese Frage nicht eingehen und betonte zugleich, daß die Alliierten keiner politischen Bewegung in Deutschland entgegenkommen könnten, die nicht die vollständige militärische Niederlage akzeptiere. Tatsächlich gelang es Trott im Juni 1944 ein letztes Mal, nach Stockholm zu kommen. Die Reise, die auf Wunsch der Briten erfolgte, brachte ihn mit David McEwin, einem hohen Beamten und Geheimdienstmann, zusammen, der Trott über bevorstehende massive Bombardements der westlichen Industriezentren Deutschlands informierte. Die Luftoffensive könne aber vermieden werden, falls der Widerstand den Alliierten bei der raschen Beendigung des Krieges helfen könne. Wie stark er denn sei, wollte McEwin von Trott wissen. Trott erklärte sich bereit, die entsprechenden Informationen zu geben, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Forderung nach einer „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands aufgegeben werde. Das konnte McEwin aber nicht, und so bat er Trott um ein schriftliches Memorandum seiner Gedanken. Trott erfüllte die Bitte. Kurz vor seiner Abreise, am 24. Juni, verbrachte er noch das Mittsommerfest in Sigtuna bei Harry Johansson. In einem Brief an Freunde in Schweden spricht er von „guten Gesprächen“ in Sigtuna, aber auch davon, daß man „im Augenblick ... dem fürchterlichen Gericht, das über die ganze Menschheit niedergehen wird, nicht Einhalt gebieten“ könne, wohl aber „dafür sorgen, daß nicht auch die guten Kräfte für die Zukunft mitzerschmettert werden“. Als Trott dies schreibt, ist der andere geheime Emissär, der Theologe der regimekritischen „Bekennenden Kirche“ Dietrich Bonhoeffer, schon über ein Jahr in Deutschland in Haft. Von Widerstandskreisen in der deutschen Abwehr unter Admiral Canaris mit einem Kurierpaß des Auswärtigen Amtes ausgestattet, war Bonhoeffer am 30. Mai 1942 nach Schweden gereist. Dort traf er einen Tag später mit George K. A. Bell, dem anglikanischen Bischof von Chichester, zusammen, den er schon von seiner Zeit als deutscher Pfarrer in London (1933–35) her kannte. Auf Bitten des Bischofs gab Bonhoeffer für dessen Bericht an die britische Regierung Einblick in die Namensliste der Militär- und Zivil-Verschwörer gegen Hitler und betonte, daß ein von diesen Männern geführter Aufstand sehr ernst zu nehmen sei. Im Beisein Dritter wurden schließlich politische Nachkriegspläne erörtert und die Frage weitergegeben, ob England vielleicht die Rückkehr der Monarchie in Deutschland begünstigen würde. Fortgesetzte Kontakte wurden vereinbart, getarnte Informationswege festgelegt.

> Adam von Trott zu Solz traf sich in Stockholm mit einem britischen Agenten

> Bonhoeffer ersuchte in Schweden die Alliierten um Unterstützung

Die Idee, Sigtuna weiterhin als Drehpunkt der geheimen Gespräche zu nutzen, mußte einen Tag später aufgegeben werden, da Dr. Manfred Björquist, der Leiter der Sigtuna-Stiftung, seine Zustimmung dazu verweigerte. Sie verstieße gegen Schwedens Neutralität. Das deckte sich mit Auffassungen des Chefs der politischen Abteilung des schwedischen Außenministeriums, Staffan Söderblom, der, nach einem Bericht Bischof Bells, im Herbst 1943 den Vermittlungsaktivitäten zwischen dem deutschen Widerstand und der britischen Regierung durch die Gruppe um Johansson „absolut negativ gegenüberstand“. Bell und Bonhoeffer sahen sich ein letztes Mal am 1. Juni 1942. Bei diesem Treffen übergab Bonhoeffer Bell einen Brief, in dem er über die Begegnung schrieb: „Ich glaube, ich werde diese Tage unter den größten meines Lebens im Gedächtnis behalten. Dieser Geist des Miteinander und christlicher Bruderschaft wird mir durch die dunkelsten Stunden helfen, und selbst wenn die Dinge schlimmer kommen, als wir hoffen und erwarten, so wird der Lichtschein dieser wenigen Tage in meinem Herzen nicht verlöschen“. Als der Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 scheiterte, trafen für die beiden Emissäre des Widerstands, die auf schwedischem Boden von der Existenz eines besseren Deutschland gezeugt hatten, bald die geahnten „dunkelsten Stunden“ ein. Adam von Trott zu Solz wird am 25. Juli verhaftet, am 15. August vom „Volksgerichtshof“ unter Roland Freisler zum Tode verurteilt und am 26. August 1944 hingerichtet. Bonhoeffers Leidenszeit, der bereits am 5. April 1943 verhaftet worden war, dauert noch bis zum 9. April 1945. Dann wird auch er ermordet. Bischof Bell hatte, wie zugesagt, die ihm vermittelten Informationen und Vorstellungen an den damaligen britischen Außenminister Anthony Eden weitergegeben. Edens Antwort an den Geistlichen enthielt die kategorische Ablehnung jeglicher Reaktion auf den deutschen Widerstand aus „nationalem Interesse“. Das entsprach der Linie seines Premiers Churchill, der in diesem Zusammenhang die Parole „vollkommenen Stillschweigens“ ausgegeben hatte und am 2. August 1944 in einer Unterhausrede glaubte, den Staatsstreichversuch in Deutschland als „Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches“ verunglimpfen zu müssen. Der deutsch-jüdische Historiker Hans Rothfels, der 1939 nach England, später in die USA emigrierte, hat dieses Verhalten in seiner 1948 erstmals erschienenen legendären Studie über „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ als eine Position charakterisiert, die „fast auf ein Bündnis mit Hitler hinauslief“. Erst 1951 bekennt die Londoner *Times*, daß die Alliierten bei ihrer Zurückweisung der Verschwörer vielleicht einen Fehler begangen hätten. Heute besteht daran nicht mehr der geringste Zweifel. ■

Eine Stadt im Schatten

Mieter und Investoren meiden Umgebung des Mahnmals / Von Annegret KÜHNEL



Hier bauen – ja. Hier leben? Lieber nicht: *Die Bekenntnisse von Architekt Peter Eisenman (r.) und Initiatorin Lea Rosh lassen die Wirkung des Holocaust-Denkmals auf Berlin und Deutschland erahnen.*

Foto: pa

Befragt nach der Bedeutung, die das Richtfest für das Berliner Holocaust-Denkmal vom 12. Juli 2004 habe, antwortete Lea Rosh (67), dies sei „ein froher und guter Tag für uns". Sie unterließ es, das „uns" näher zu erklären. Einem anderen Satz kann man entnehmen, daß es einen relativ kleinen Personenkreis bezeichnet. Rosh sagte: „Wichtig ist nun, daß die Menschen in diesem Land das Denkmal annehmen." Woraus man folgern kann, daß die „Menschen in diesem Land" an dem Projekt gar nicht beteiligt waren und es über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde.

Die unter dem Künstlernamen Lea Rosh bekannt gewordene Journalistin hatte 1988 den „Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas" gegründet. Durch die deutsche Einheit ergab sich die unerwartete Chance für sie, es in die Mitte der Stadt zu pflanzen. Der Architekt Peter Eisenman, der das Stelenfeld aus 2.700 Betonsäulen entworfen hat, war sich auf dem Richtfest sicher: „Die Geschichte wird es Ihnen danken."

Auf den künftigen Lorbeer der Geschichte berufen sich vor allem diejenigen, die ahnen, daß ihr Handeln auf unsicherem Grund steht. Da sie in der Gegenwart keine Legitimation finden, vertrösten sie sich und andere auf die Zukunft. Meistens geht das schief. Davon zeugt auch der Mauerstreifen, auf dem das Denkmal sich befindet. Wer die mehrere Fußballfelder große Anlage und die Diskussion dazu betrachtet, stellt fest, daß die Initiatoren sich auf den Gang der Geschichte gar nicht verlassen, sondern selber Geschichte machen und vorausbestimmen wollen, damit das Urteil, das sie gefällt haben, auf alle Zeiten unverrückbar bleibt.

Das Denkmal gibt „Auskunft ... über den spätestens im Historikerstreit von 1986 gefundenen Konsens, den Epochenbruch des NS-Völkermordes als quasi archimedischen Punkt der deutschen Politik nach Hitler zu verstehen", schrieb der Berliner *Tagesspiegel*. Im Historikerstreit ging es freilich nicht um wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern um ihre politische Nutzanwendung und um Macht. Sein Ergebnis kann daher nur als vorläufig begriffen werden.

Die Stadt und das Land aber haben für diese Vorläufigkeit bereits einen enormen Preis zu zahlen. Das Denkmal liegt in der Mitte der Hauptstadt, im Schnittpunkt der Verbindungslinien zwischen Reichstag, Bundesrat, Kanzleramt, Brandenburger Tor und dem Goethe-Denkmal im Tiergarten. Es erhebt damit den Anspruch, die Summe der deutschen Geschichte bis 1945 zu repräsentieren. Das bedeutet auch, daß von hier aus die Bedeutung der deutschen Institutionen und Symbole neu bestimmt wird.

An diesem Konzept ist etwas Totalitäres und Ungeschichtliches. Es kann keinen Widerspruch dulden. Schon hat Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) angekündigt, für den Umkreis des Mahnmals per Gesetz ein Demonstrationsverbot zu verhängen.

Ein anderes Problem hat der Architekt Peter Eisenman selbst berührt. Er finde es gut, in Berlin an dieser Stelle gebaut haben zu dürfen (sehr verständlich), aber in einer Stadt wohnen, in deren Mitte ein symbolischer Friedhof liege, das möchte er nicht. In der Tat: Wie soll sich Urbanität im Schatten eines Friedhofs entfalten? Und was hat das für Auswirkungen auf das Land?

Man kann sie am nahegelegenen Potsdamer Platz erahnen, wo viele Bürogebäude leerstehen. Auch der neue Beisheim-Komplex hat bisher kaum Mieter. Wer will schon mit Blick auf ein Stelenfeld wohnen? Nebenan, in den Ministergärten, liegt die schleswig-holsteinische Landesvertretung. In einer Fernsehreportage entschlüpfte sogar der Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), als sie auf den schönen Ausblick aus ihrer Dienstwohnung angesprochen wurde – er geht auf das Stelenfeld – ein sinngemäßes „na, ich weiß nicht".

Eine politische Generation, die eine untilgbare Staatsverschuldung betrieben und zugleich am meisten von ihr profitiert hat, hinterläßt ihren Nachkommen – soweit sie überhaupt welche hat – neben der verfrühstückten Zukunft ein spirituelles Erbe, an dem diese nur zugrunde gehen können.

Das berühmteste Buch, in dem der Versuch unternommen wurde, die Geschichte vorherzubestimmen, hieß übrigens: „Der Untergang des Abendlandes". Gar kein so schlechter Titel für das, was sich hierzulande gerade abspielt. ■

Krach auf dem Amt

Von Ronald GLÄSER

Schon kleinste Einschnitte in die sozialen Netze riefen bislang oft enormen Widerstand bei den Betroffenen hervor. Pöbelnde, ja prügelnde Sozialhilfeempfänger sind seit langem der Albtraum der Sozialamts-Mitarbeiter, die immer öfter die Polizei zu Hilfe rufen mußten. Nun aber droht es ganz dicke zu kommen: Die Berliner Polizei muß sich – als hätte sie sonst nichts zu tun! – auf sprunghaft vermehrte Einsätze in den Jobcentern einrichten. Wenn „Hartz IV" in Kraft tritt, rechnen die Hüter von Recht und Ordnung mit Randale auf dem Arbeitsamt. „Da kann man sich vorstellen, daß ab Januar in den Jobcentern die Emotionen hochkochen", warnt Detlef Rieffenstahl, Chef der Berliner Polizeigewerkschaft.

Was genau verändert sich ab Januar? Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, fällt in die Sozialhilfe, Vermögen (auch Lebensversicherungen etc.) bis 200 Euro pro Lebensjahr werden de facto Schritt für Schritt weggepfändet. Doch der Weg gerade für ältere Arbeitslose zurück in den ersten Arbeitsmarkt bleibt mindestens so schwierig wie eh und je. Hier verhindert groteske Überregulierung zahllose schnelle Neueinstellungen – ältere Erwerbslose geraten in die Falle.

Werden ab Januar also die Fetzen fliegen, wenn die Betroffenen im neuen Jobcenter mit ihrer sozialen Deklassierung konfrontiert werden? „Bei uns wurden schon Mitarbeiter bespuckt und verbal angegriffen", berichtet der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte Joachim Zeller (CDU). Es sei nicht auszuschließen, daß „in Zukunft aus Enttäuschung Aggression" werde.

Im Sozialamt Treptow-Köpenick wird es neben einem Wachschutz einen Alarmknopf geben. Wie in einer Bank – für Überfälle. In Berlins Sorgenbezirk Neukölln ereigneten sich auch ohne „Hartz IV" bereits zahlreiche Übergriffe: Scheiben und Türen gingen zu Bruch. Sogar eine Bombenattrappe wurde plaziert.

Dies sind Auswüchse einer entsolidarisierten Gemeinschaft. Wem nützt eine Bombe im Sozialamt? Niemandem. Fielen bislang jedoch vor allem „Dauerempfänger" ohne erkennbaren Arbeitswillen durch grobe Übergriffe auf, so könnten bald gewöhnliche Menschen, die aufgrund hoher gesetzlicher und tarifvertraglicher Hürden keinen Weg in reguläre Arbeit mehr finden und nun ins Bodenlose stürzen, auf den Ämtern die Fassung verlieren.

Ausbaden müssen das die kleinen Angestellten am Tresen im Jobcenter und die Berliner Polizisten. Ist das der „gerechte Ausgleich in Deutschland", von dem die Bundesregierung in einer Anzeigenserie strahlend schwärmt?

Bald Funksalat bei der Hauptstadt-Polizei?

»Nur Albanien nutzt noch so alte Technik«: Teure Übergangslösungen bis 2008 / Von Markus SCHLEUSENER

Der Raser wird in Berlin-Zehlendorf von der Polizei verfolgt. Er entkommt nach Kleinmachnow im Land Brandenburg. Die Berliner Polizisten möchten ihre Brandenburger Kollegen um Amtshilfe bitten. Dazu müssen sie jedoch erst ihre Leitstelle in Berlin anfunken, die wiederum telefonisch Kontakt mit der Brandenburger Leitstelle aufnimmt. Denn weil die Brandenburger Polizei einen anderen Funkstandard nutzt als die Berliner, ist direkter Kontakt der Beamten unmöglich. Die Brandenburger Stelle informiert also die Kollegen vor Ort. Auch alle weiteren Absprachen laufen auf dem komplizierten Umweg. Wenn alles „durch" ist, könnte der Raser schon in Sachsen-Anhalt, angekommen sein.

Dies ist bislang nur ein Schreckensszenario, das jedoch in nicht allzu ferner Zukunft Wirklichkeit werden könnte. Anschaulich geschildert von einem Berliner Mobilfunkhändler. Tatsache ist, daß die polizeiinterne Kommunikation in der Hauptstadt vom Zusammenbruch bedroht ist. Der Grund: Amtsschimmel. Das Problem hat sich nach und nach eingeschlichen. Vor rund zehn Jahren haben die einzelnen Dienststellen die ersten Diensthandys angeschafft. Technisch gesehen war der herkömmliche Polizeifunk – der obendrein nicht abhörsicher ist – den Anforderungen nicht mehr gewachsen. „Wir sind kommunikationstechnisch auf dem Stand von 1971. In Europa nutzt nur Albanien noch so alte Technik", so ein Polizei-Insider.

Die Lösung liegt eigentlich auf der Hand: Digitaler Bündelfunk. Diese neue Technik wird in den meisten Staaten längst angewandt und ist abhörsicher. Zudem funktioniert sie wie ein Telefonnetz. Die Polizisten könnten auch untereinander kommunizieren statt nur über die Leitstelle. Doch der Teufel liegt im Detail. Erstens gibt es zwei unterschiedliche Standards, „Tetrapol" und „Tetra 25". Untereinander könnten diese beiden Standards nicht ohne weiteres kommunizieren. Die Entscheidung, welches System eingeführt wird, obliegt den Bundesländern, denn Polizei ist „Ländersache". Führt Brandenburg „Tetrapol" ein und Berlin „Tetra 25", dann scheitert die Amtshilfe über die Ländergrenze am Funkstandard.

Bis der neue Standard eingeführt ist, werden ohnehin Jahre vergehen. So spekuliert ein Mobilfunkhändler, der mit der Berliner Polizei gerade über die Anschaffung der Geräte verhandelt, daß dies bis zur Fußball-WM 2006 nicht zu bewerkstelligen sei. „Obwohl eine Berliner Polizeidirektion testweise mit dem neuen digitalen Bündelfunk ausgestattet ist, wird das flächendeckend wahrscheinlich erst 2008 der Fall sein", sagt er im vertraulichen Gespräch.

Um die Zeit bis dahin zu überbrücken, wurden Diensthandys angeschafft. Das ist teuer: Für jeden Handyvertrag fällt eine monatliche Grundgebühr an – in der Regel etwa zehn Euro. Außerdem sind die Gesprächsgebühren enorm. Gerade bei älteren Verträgen schlägt eine Minute tagsüber schon mal mit einem Euro zu Buche. Die Direktion, mit der gerade über Bündelfunk verhandelt wird, hat mittlerweile rund 900 Verträge mit Mobilfunknetzbetreibern. Richtig Steuergeld kostet, daß im Laufe der Jahre unterschiedliche Anbieter gewählt wurden. Das läßt insbesondere die Kosten für Gespräche der Polizisten untereinander explodieren. Deren Jahresetat 2004 war so bereits im April ausgeschöpft.

Am besten wäre es, wenn eine Direktion alle Verträge bei einem Anbieter hätte. Denn untereinander telefonieren etwa E-plus-Kunden für weniger als vier Cent pro Minute. Die laufenden Kosten hätten dadurch um schätzungsweise 80 Prozent gesenkt werden können. „Halt!" rief da jedoch das Landespolizeiverwaltungsamt (LPVA), als mehrere Direktionen kostenbewußt zu einem einzigen Anbieter wechseln wollten. Diese Investition übersteige den Rahmen von 2.500 Euro, so die leitende Behörde. Damit könne die Direktion dies nicht mehr eigenständig entscheiden, sagten die LPVA-Bürokraten. Vielmehr müsse eine europaweite Ausschreibung erfolgen. Und die dauert. Da waren allerdings einige Verträge bei anderen Anbietern bereits gekündigt. Das LPVA hat den Direktionen jetzt untersagt, neue Verträge abzuschließen. Laufen nun die gekündigten Verträge aus, so stehen Polizisten selbst ohne Handy da. Und ohne den neuen Bündelfunk.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum die Behörde keine Alleingänge der Direktionen wünscht: Angeblich hat das LPVA ohne Wissen der Direktionen teilweise bestehende Handyverträge verlängert. Dafür spendiert der Netzbetreiber alle zwei Jahre ein neues Gerät. Diese wurden dann aber anderen Direktionen zur Verfügung gestellt, die neue Geräte noch nötiger hatten. „Die wissen nicht, was sie wollen", lautet das Fazit des Geschäftsmanns, der monatelang mit der Polizeidirektion über die Anschaffung neuester Technik verhandelt hat. ■

»Geschichtspolitik nach Gutsherrenart«

Auszüge aus der Bundestagsdebatte zum Antrag »Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte« der CDU/CSU

Günter Nooke (CDU/CSU): Zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinten Deutschlands gehört das Gedenken an die Opfer der beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus. Beide sind Bestandteile der deutschen Geschichte. Die nationale Bedeutung der NS-Gedenkstätten für die Erinnerungskultur ist unstrittig. Wenn es um die angemessene und langfristig abgesicherte Finanzierung geht, ist die aktuelle Lage auch für diese Gedenkstätten schon nicht mehr ganz so klar. Die Arbeit dieser Einrichtungen ist nicht nur über Projektförderungen zu unterstützen, sondern sie sollte über eine institutionelle Förderung langfristig abgesichert werden.

Das Gedenken an die SED-Diktatur ist dagegen im öffentlichen Bewußtsein ungenügend verankert und in den Gedenkstätten unzureichend umgesetzt. Das ist der Grund für unseren Antrag.

In unserem Antrag fordern wir ein Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen. Die damit verbundenen inhaltlichen, administrativen und finanziellen Fragen sind zwischen Bund und Ländern zu klären. Daß hier Handlungsbedarf besteht, weiß jeder, der die Szene etwas kennt. Es kann nicht sein, daß die zuständige Staatsministerin, Frau Weiß, einfach verkündet, sie wolle die „Topographie des Terrors“ in Bundeskompetenz übernehmen. Nicht im geringsten wird bedacht, daß es nicht Aufgabe des Bundes sein kann, nur in Berlin und nur Einrichtungen, die sich auf die NS-Zeit beziehen, zu 100 Prozent zu fördern.

Was Rot-Grün und insbesondere die Staatsministerin machen, ist aus meiner Sicht konzeptlos. Es wirkt wie Geschichtspolitik im Zugriffsverfahren nach Gutsherrenart, mehr oder weniger gesteuert durch ideologische Vorbehalte beziehungsweise Vorlieben, als Unterstützung eines Berliner Senats, der völlig unfähig ist, auch nur einen einzigen Bau allein und zu den vorgesehenen Kosten fertig zu stellen ... Was können wir in der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland, in der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, bei der Mitwirkung von Wissenschaft und Universitäten sowie bei der Einbeziehung von Opfergruppen und auch bei der finanziellen Verantwortung des Staates besser machen? Diese inhaltliche Diskussion ist doch überfällig, Frau Staatsministerin; denn es ist durchaus sinnvoll, 15 Jahre nach der friedlichen Revolution eine Zwischenbilanz zu ziehen und nach den unterschiedlichen Erfahrungen bei der Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommissionen zur SED-Diktatur zu fragen. Es ist dabei unvermeidbar, über beide, die NS- und die SED-Diktatur im vergangenen Jahrhundert, zu sprechen, und zwar nicht nur wegen Ihrer eigenen Konzeption, die es schon gibt und an die Sie sich nicht halten, sondern auch wegen der gegenseitigen Bezüge und deshalb, weil es Orte gibt, die an Gewaltverbrechen der beiden Diktaturen erinnern. Noch einmal: Wer von beiden deutschen Diktaturen spricht, der meint damit nicht, daß sie gleichgesetzt werden. Die Unterschiede herauszuarbeiten und zu begründen ist Teil des Konzeptes.

Dr. Christina Weiss, Staatsministerin beim Bundeskanzler: Die Verfasser wollen einen Paradigmenwechsel in der Geschichtsbetrachtung und konsequenterweise auch in der Geschichtspolitik. Zum einen bedeutet dies eine – sei es auch nur eine zu beargwöhnende – Gleichsetzung der Opfer des Nationalsozialismus, der Opfer des SED-Regimes und der deutschen Zivilopfer, die Bombenkrieg und Vertreibung zu erleiden hatten ... Ich will noch einmal sagen: Auch die zu beargwöhnende Gleichsetzung verschiedener Opfergruppen ist eine Relativierung und alles, was nach Relativierung aussieht, nach Relativierung der nationalsozilistischen Verbrechen an den europäischen Juden, kann dem Ansehen Deutschlands im Ausland nur schaden ...

Claudia Roth (Augsburg), Bündnis 90/Die Grünen: Der vorliegende Antrag kündigt natürlich den Konsens der Enquete-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit und das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung von 1999 auf.

In Ihrem Antrag, Herr Nooke, setzen Sie in der Tat auf eine pauschalierende Gleichsetzung von DDR-Unrecht und Nationalsozialismus. Der Antrag spricht von doppelter Vergangenheit. Wer von doppelter Vergangenheit redet, der setzt damit die Identität von scheinbar Gleichem voraus, Herr Nooke. Durch Unterlassen, durch Pauschalieren und durch Vereinfachen signalisiert die Union eine Gleichrangigkeit zweier Systeme, wo keine Gleichrangigkeit ist und wo sie auch nicht herbeigeredet werden darf ... Diese Gleichsetzung ist angesichts der Einzigartigkeit des Holocaust inakzeptabel. Wenn Sie nicht wollen, daß man Ihren Antrag so interpretiert, dann ziehen Sie diesen Antrag bitte zurück; denn genau so ist er zu interpretieren.

Wer nicht unterscheidet, wer nicht differenziert, wer Geschichte als Gleichmacherei betreibt, der macht sich schuldig an der Relativierung des Nationalsozialismus und somit schuldig an der Bagatellisierung des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte ...

Sie, Herr Nooke, oder Teile der Union behaupten, die Erinnerung an das DDR-Unrecht werde vernachlässigt, weil das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus überproportioniert gefördert werde. Unter dem Oberbegriff des Opfergedenkens, Herr Nooke, üben Sie den Schulterschluß mit dem Ewiggestrigen ...

Strategiewechsel?

Die Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die kulturelle Breitenarbeit der Heimatvertriebenen seit Inkrafttreten der Neukonzeption der Bundesregierung gelitten hat, ist das Ziel einer Ende November einberufenen Versammlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Die auf Anregung des Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen Matthias Sehling einberufene Anhörung sieht eine Berichterstattung aller Beteiligten der Vertriebenenkulturarbeit sowie von Vertretern der Bundesregierung und der Bundesländer vor. Was sich daraus für Folgen für die Fortsetzung der Kulturarbeit der Heimatvertriebenen ergeben, wird sich dann zeigen.

Kassenhaß

Ein Mann, der eine ganze Masse
gezahlt hat in die Krankenkasse,
schickt jetzt die nötigen Papiere,
damit auch sie nun tu das ihre.
Jedoch er kriegt nach längerer Zeit
Statt barem Gelds nur den Bescheid,
nach Paragraphenziffer X
bekomme er vorerst noch nix,
weil, siehe Ziffer Y,
man dies und das gestrichen schon,
so daß er nicht, laut Ziffer Z,
beanzusprunchen weiter hätt.
Hingegen heißt's, nach Ziffer A,
daß er vermutlich übersah,
daß alle Kassen, selbst in Nöten,
den Beitrag leider stark erhöhten
und man sich, mit gleichem Schreiben,
gezwungen seh, ihn einzutreiben.
Besagter Mann denkt, krankenkässlich,
in Zukunft ausgesprochen häßlich.

Eugen Roth, aus der Sammlung „Ein Mensch“, 1935

Gedanken zur Zeit:

Die große Flucht in die Unverbindlichkeit

Von Gottfried Loeck

In diesem Land droht ein wichtiges Gut abhanden zu kommen: die Wahrheit. Immer mehr Leute reden mit gestopfter Trompete in unverbindlichen Andeutungen, die glitschig wie ein Frosch und nichtssagend wie Kreise sind. Daß man damit nicht wirklich zu fassen ist, ist gewollt. Begründet Nachteiliges über jemanden zu äußern oder konstruktive Kritik zu wahnwitzigen politischen Entscheidungen zu äußern, ist unschicklich, karrierehemmend. Der gleichgeschalteten Unehrlichkeit in den Medien, der Politik, Schule und Arbeitswelt wird nachgeeifert. Wenn jemand es wagt und der gängigen Norm entflieht, und zum Beispiel von Herrn B. mit Recht sagt, daß er das Sozialsystem schamlos ausnutze, in Wirklichkeit gar keine Lust zum Arbeiten habe, zeigen alle, die genauso denken und sich freuen, daß endlich einer die Wahrheit gesagt habe, mit dem Finger auf den Offenherzigen und beteuern mit vor Vergnügen vibrierender Stimme in anderer Gesellschaft: „Das hat Herr N. allen Ernstes wirklich behauptet! Wenn Herr B. je von der Sache erfährt – mir kann er nichts anhaben. Nicht ich habe ihn im Hausflur als Sozialschmarotzer bezeichnet.“

Findet sich jemand in dem Kreis, der das Verhalten von Herrn B. sogar teilt, ebenfalls nur abkassiert, wird er jenem Urteil nicht widersprechen, sondern eher mit stark betontem „so“ fischig bemerken, „daß man das so nun wirklich nicht sagen könne“. Bei einer solchen unredlichen Wortspielerei wird bereits die schlichte Demaskierung des Mißbrauchs zum Beweis für Unmenschlichkeit. Mißstände beim Namen zu nennen, sie gar öffentlich zu machen, gilt in einer seidenweichen Gesellschaft als unfein, unzeitgemäß. Sich andererseits nur hinter vorgehaltener Hand darüber zu ereifern, ist typisch für die hier weitverbreitete geistige Unredlichkeit.

„Sie tun sich selber keinen Gefallen“, sagt heutzutage der Vorgesetzte, wenn sich ein Untergebener um einen höheren, besser bezahlten Dienstposten bewirbt, dafür aber nach Meinung des Vorgesetzten ungeeignet erscheint. Daß er mit solchen Floskeln vorrangig das Interesse des Betriebes zum Ausdruck bringt, zudem sein eigenes unerwähnt läßt, unterstreicht den fehlenden Willen zur Ehrlichkeit. Daß es sich dabei nicht um die Fürsorglichkeit des Vorgesetzten handelt, merkt der Untergebene schnell. Ihn ärgern die Ablehnung, aber auch die unaufrichtigen Worthülsen. Ähnlich vorsichtig sollte man heutzutage auch mit Arbeitsbescheinigungen, Zeugnissen umgehen, in denen ausschließlich Lobenswertes vermerkt ist, Nachteiliges stets umschrieben oder durch Weglassen angedeutet wird. Um kritische Anmerkungen gegenüber Schülern, Arbeitnehmern nicht in langwierigen und kostenträchtigen Gerichtsverfahren „juristisch“ klären zu lassen, fliehen Lehrer oder Arbeitgeber besser gleich in die bequeme Unverbindlichkeit.

Lügen sind beliebter als unangenehme Wahrheiten

Wer die in unserm Land gleichgeschalteten Medien aufmerksam verfolgt, merkt schnell, daß heute einer den größten Unsinn reden kann, ohne daß ihn jemand darauf hinweist, daß es Unsinn sei. Statt dessen heuchelt man gerne Anerkennung mit der Bemerkung: „Das finde ich überaus interessant“ oder „Das muß ich erst noch verarbeiten“. Wer sich in einer Podiumsdiskussion à la Christiansen aufrafft zu einem lahmen, wenn auch modischen „Das kann ich so schnell noch nicht nachvollziehen“, gilt schon als zänkisch und wird zukünftig zu derartigen karrierefördernden „Weihestunden“ nicht mehr eingeladen. Mit teigigen Leerformeln wie „Ich würde sagen“ oder „Das könnte man auch anders sehen“ umschreiben Politiker gewöhnlich ihre Unfähigkeit zur klaren Entscheidung. Die Scheu vor dem eigenen einklagbaren Standpunkt der geistigen Auseinandersetzung ist weitverbreitet. Selbst im *Stern* (Folge 2/2004), den man üblicherweise als halbamtliches Regierungsblatt bezeichnen kann, beklagt Hans-Ulrich Jörges unter der Überschrift „Kein Kreuz, nirgends“, daß in der derzeitigen Bundesregierung „die chronische Rückgratverweichung grassiert: Lieber krumm im Amt bleiben als aufrecht Verantwortung übernehmen und gehen“. Nicht ohne Grund werden vermehrt teure Gutachter eingesetzt, zeitraubende Gerichtsentscheidungen bemüht, um unbequeme Entscheidungen gegenüber der amorphen Masse zu rechtfertigen. Indem man anderen die Schuld in die Schuhe schiebt, glaubt man sich selber davon freizusprechen. Als es vor einigen Monaten beim plötzlich aufkommenden Thema Leitkultur ums eigene Bekenntnis, um Identität und Wahrhaftigkeit ging, wurde die Diskussion schnell abgewürgt. Hinter Leerformeln wie „europäische Gesinnung, demokratischen Bewußtsein, Toleranz, Antifaschismus“ glaubte man das Gewissen zu beruhigen und das fahle Gesicht wahren zu können.

Selbst bei der Dritten Gewalt wird man zunehmend den Eindruck nicht los, als wollten sich manche Jugend- und Strafrichter selbst bei Verbrechen für das milde Strafmaß entschuldigen. Dem Täter gilt jedwede staatliche Fürsorge, das Opfer muß selbst sehen, wie es klarkommt. In Frankfurt muß sich seit kurzem ein Polizeibeamter rechtfertigen, der dem Mörder eines kleinen Jungen körperliche Zwangsmaßnahmen androhte, falls er das Verbringungsversteck des Opfers nicht preisgebe. Die ehrenwerte Absicht des Vernehmungsbeamten, so das Leben des Jungen möglicherweise zu retten, wird überlagert von einer kühlen Gesetzgebung, die eine vorrangige Fürsorge für das Opfer nicht vorsieht. Strafhaft mit jederzeitigem Fernsehen, unkontrolliertem Telefonieren, frühzeitigem Freigang und grenzenloser Entspannung entbehrt seit langem in der Bevölkerung des Eindrucks einer wirklichen Bestrafung. Wenn sich schon die Judikative derartig hilflos gegenüber Straftätern verhält, der letztlich niemand etwas anhaben kann, braucht man sich über den Mut zur Rechfertigung von Entscheidungen bei den beiden anderen Gewalten nicht zu wundern, die sich weitaus mehr von des Volkes Gunst abhängig fühlen.

Der Mangel an Offenheit, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit, das krankhafte Kriechen und permanente Entschuldigen, die dickwattierte Sprache kommen nicht von ungefähr. Sie alle sind Frucht der seichten, unverbindlichen Überfluß- und Bequemlichkeitsgesellschaft, in der viele Mitbürger qua Anpassung und erfolgversprechendem Mitschwimmen nichts mehr auf sich nehmen wollen, nicht einmal die Last der Ehrlichkeit. ■

Kritischer Blick

Die Slowakei hat ähnlich wie die meisten der neuen EU-Staaten noch erhebliche Probleme, ökonomisch die „alte“ EU aufzuholen, ergibt der aktuelle Bewertungsbericht der Weltbank. Besonders die Unterschiede zwischen einzelnen Regionen innerhalb der jeweiligen Länder bewertete die Weltbank als problematisch.

Die hohe Wirtschafts- und Bildungskonzentration in den Hauptstädten der jeweiligen Staaten sowie das große Lohngefälle von der Stadt zum Land werten die Weltbankexperten als Quelle möglicher Krisenerscheinungen. „Ein Drittel der Klein- und Großbetriebe in der Slowakei befindet sich in der Preßburger Region. In Ungarn, Tschechien und der Slowakei werden zwei Drittel der ausländischen Investitionen in die Hauptstädte gerichtet“, analysiert die Weltbank. Erst im Juni ordnete sie die Slowakei vergleichsweise besonders kritisch im europäischen Wirtschaftsgefüge ein, notierte das Land auf Platz vierzig der ärmsten Staaten der Welt. Die Arbeitslosigkeit dort betrug im ersten Quartal 19,4 Prozent, Tendenz steigend. **SV**

Benesch im Blut

Offenbar weite Zustimmung findet der ehemalige Tschechoslowakische Staatslenker Benesch in Tschechien posthum noch immer für seine Vertreibungspolitik.

Tschechiens Präsident Vaclav Klaus zeigte jüngst demonstrativ seine Solidarität mit einem tschechischen Hotelier im südböhmischen Krumau (Krumlov). Der hatte zuvor öffentlich besonders für Benesch und dessen Umgang mit den Deutschen Partei ergriffen und eine Büste Beneschs in seinem Hotel mit einer von Gästen als eindeutig antideutsch beschriebenen „Gedenktafel“ aufgestellt. Die Prager Kanzlei Klaus’ bestätigte, der Präsident habe sich bewußt auf die Seite des Hoteliers gestellt. Rückendeckung erhielten beide von Politkern aus Krumau und Prag. So sagte Krumaus Bürgermeister Frantisek Mikes, ein Parteigänger von Präsident Klaus’ konservativer ODS, wer Angst vor Benesch habe, solle eben nicht mehr kommen. Zahlreiche Sudetendeutsche riefen indes zum Boykott der zweitwichtigsten Fremdenverkehrsstadt Tschechiens auf. **A. S.**

Krieg der Sterne

Der größte Raketenstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten wird womöglich bald in Polen oder Tschechien entstehen – als Teil des Nachfolgeprojekts von SDI (Strategische Verteidigungsinitiative).

Beide Länder führen bereits seit Monaten intensive Gespräche mit den USA, nun steht offenbar eine Entscheidung bevor. Nach Plänen der US-Regierung soll das ballistische Raketenverteidigungsprogramm Amerika und seine Verbündeten vor Angriffen durch Langstrecken(atom)raketen schützen. Die polnische Regierung bestätigte ihr Interesse an der Stationierung des Abwehrsystems – womöglich in Südpolen. Wie die zwei für die USA selbst geplanten Abwehranlagen, soll auch die osteuropäische allein den Vereinigten Staaten unterstellt sein. Wie Tschechien könnte womöglich sogar Ungarn zumindest Radarstationen beisteuern, oder selbst Standort werden. **SV**

Ausgerechnet

Für einen Gleichstellungsbeauftragten ungewöhnliche Vorwürfe muß sich Ungarns Behördenleiter István Bódis anhören. Nicht er ermittelte wegen Benachteiligung von Frauen, gegen ihn wird ermittelt – von seiner eigenen Behörde. Eine Mitarbeiterin wirft ihm vor, sie sexuell belästigt und begrabscht zu haben. **A.S.**

Die Zeitbombe tickt

Die Gefahr stromspendender nuklearer Altlasten Osteuropas – ein Thema, das keines ist – noch

Die Zeitbombe tickt. Zwar nur ganz leise, die Phonzahl entspricht der des Tickens eines Geigerzählers. Aber gerade das ist das Bedrohliche: Weitgehend unbeachtet von der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, hat die EU sich mit ihrer Osterweiterung nicht nur einen Berg von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen eingehandelt, sondern auch ein erhebliches Gefahrenpotential in Form höchst unsicherer Kernkraftwerke.



Trist und gefährlich: *Das Kernkraftwerk Bohunice in der Slowakei ist trotz Nachbesserungen ein Risikofaktor.* Foto: dpa

Ganz oben auf der Liste steht Litauen. In Ignalina im Nordosten der Baltenrepublik stehen die beiden mächtigsten Reaktorblöcke, die weltweit je gebaut wurden, zwei sogenannte Druckröhren-Siedewasserreaktoren mit je 1.500 Megawatt installierter Leistung. Tschernobyl läßt grüßen: In der Ukraine war 1986 einer der vier Blöcke des baugleichen Typs durchgegangen – der bislang schwerste Unfall, seit der Mensch begann, die Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen.

Die beiden Blöcke in Ignalina gingen 1983 und 1987 (ein Jahr nach Tschernobyl!) ans Netz. Westliche Sicherheitsexperten haben während der EU-Beitrittsverhandlungen immer wieder die sofortige Stillegung gefordert. Begründung: Schon beim Bau wurde auf wichtige Sicherheitseinrichtungen teils verzichtet, teils wurden sie falsch installiert. Im Betrieb kamen erhebliche Risiken hinzu, unter anderem durch unerfahrenes und schlecht ausgebildetes Personal. Eine Beseitigung der schlimmsten Baumängel würde mehrere hundert Millionen Dollar kosten; außerdem müßte das Kraftwerk für mindestens zwei Jahre abgeschaltet werden. Dann aber gingen in Litauen im wörtlichen Sinne die Lichter aus: Ignalina liefert 80 Prozent des landesweiten Strombedarfs.

> Reaktoren vom Tschernobyltyp sind noch im Einsatz

In zähen Verhandlungen einigte sich die EU mit Litauen darauf, daß der erste Block Ende 2005 und der zweite Ende 2009 abgeschaltet werden soll. Dafür verlangt das Land aber eine Kompensation in Milliarden-Euro-Höhe – wenn Brüssel und seine Finanziers (in erster Linie also Berlin) nicht entsprechend zahlen, läßt man die Zeitbombe eben weiterticken.

Doch auch wenn das Ausstiegsszenario verwirklicht wird: Bis zum endgültigen Abschalten vergehen noch fünfeinhalb Jahre. Jederzeit kann es zum GAU (**G**rößter **a**nzunehmender **U**nfall) kommen, und dessen Folgen würden sich mit ein paar Milliarden Euro dann nicht mehr bemessen lassen.

Große Sorgen bereiten auch die Kernkraftwerke in der Slowakei. Sie entsprechen zwar nicht dem Tschernobyl-Katastrophen-Typ RBMK, sondern der Bauart WWER, die eher mit westlichen Druckwasserreaktoren vergleichbar ist und bauartbedingt ein nicht ganz so hohes Sicherheitsrisiko darstellt.

In Bohunice, nur 100 Kilometer nordöstlich von Wien, stehen vier Reaktorblöcke, von denen zwei inzwischen heruntergefahren wurden. Die beiden anderen, 1984/85 in Betrieb genommen, waren ursprünglich für 40 Jahre Betriebsdauer ausgelegt. Mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Dollar wurden zwar einige gravierende Sicherheitsmängel behoben, das Unfallrisiko ist aber immer noch um tausendmal höher als bei westlichen Kernkraftwerken. Die Stillegung wurde im Rahmen des EU-Beitritts für Ende 2006 bzw. Ende 2008 zugesagt.

Zwei weitere WWER-Blöcke, in Mochovne östlich der slowakischen Hauptstadt Preßburg, gingen 1998/99 ans Netz. Sie gelten unter Experten als „geringeres Übel“, aber immer noch mit zu hohen Risiken behaftet. Dennoch ist damit zu rechnen, daß sie bis etwa 2030 in Betrieb bleiben.

Die Tschechen betreiben in Dukovany westlich von Brünn seit 1985/87 vier WWER-Blöcke, die Ende der 90er Jahre mit 750 Millionen Dollar Aufwand auf westliche Digital-Steuerung umgerüstet wurden. Seither haben sich die zuvor auffällig häufigen Störfälle (unter anderem kleinere Brände) deutlich reduziert. Nach wie vor liegt das Sicherheitsniveau deutlich unter dem in Deutschland üblichen. Dies gilt auch für das neue Kernkraftwerk Temelin, (100 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt), dessen zwei Blöcke schon in der Anfahrphase durch immer neue Pannenserien unangenehm auffielen.

> Selbst wenn die Reaktoren abgeschaltet sind, droht Gefahr

Hingegen gelten die vier Blöcke des ungarischen Atomkraftwerks Paks seit ihrer Inbetriebnahme 1982 bis 1987 als die sichersten und seriösesten im gesamten Bereich des ehemaligen Sowjet-Imperiums. Budapest hatte nach dem Zerfall des Ostblocks besonders großen Ehrgeiz bei der Nachrüstung von Sicherheitstechnologien gezeigt. Unter den neuen EU-Mitgliedern nimmt Slowenien eine Sonderstellung ein. Die kleine, ehemals jugoslawische Republik betreibt seit 1981 ein Kernkraftwerk amerikanischer Bauart (Westinghouse) – zuverlässig und ohne nennenswerte Störfälle.

Jenseits der EU-Außengrenzen hingegen wird es umso bedrohlicher. Rußland unterhält allein im europäischen Teil des Riesenreiches 21 Reaktorblöcke, davon gut die Hälfte vom Tschernobyl-Typ. Sie gelten in Fachkreise ebenso als nukleare Zeitbomben wie die sechs Blöcke der bulgarischen Atomanlage Kosloduj (Kommentar deutscher Experten: „verantwortungslose Schlamperei bei den Sicherheitsvorkehrungen“). Ähnlich sieht es bei den sechs Blöcken des ukrainischen Kraftwerks Saporoschje aus. Für sie alle gilt: Abschalten allein reicht nicht, sie stellen auch danach noch jahrzehntelang ein hohes Gefahrenpotential dar.

Im Umfeld der Osterweiterung wurden die neuen Mitglieder insbesondere von deutschen Politikern mit lautem Jubel über die „Heimkehr nach Europa“ begrüßt. Kritische Worte wegen der nuklearen Zeitbomben waren nicht zu vernehmen, auch nicht von den Grünen. Deren Ideologie ist mit dem Ausstieg aus der sicheren deutschen Kernkraftnutzung offenbar Genüge getan – für den drohenden GAU aus dem Osten sind sie blind. **H.J.M.**

Wie im Rausch

Bis zum Bosporus und weiter soll sie gehen, die EU

Nicht einmal ein Dreivierteljahr nach der Aufnahme von insgesamt zehn neuen Mitgliedsstaaten ziehen erneut „Erweiterungswolken“ über den EU-Himmel. Angetrieben von den US-Amerikanern und kräftig unterstützt vor allem von der rot-grünen Koalitionsregierung in Berlin, will die Gemeinschaft noch in diesem Jahr die Aufnahme offizieller Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen – ob der vor allem vom konservativen Lager betriebene Widerstand da noch etwas verhindern kann, erscheint zweifelhaft.

So ist zu erwarten, daß schon in der ersten Hälfte des Jahres 2005 die amtlichen Gespräche der Brüsseler Unterhändler mit Ankara aufgenommen werden. Und auch wenn sie sich über einen längeren Zeitraum hinziehen dürften – vieles deutet darauf hin, daß am Ende die Aufnahme dieses überwiegend nichteuropäischen Landes in die Europäische Union stehen wird.

> Im Beitrittsfieber – hat die EU die jüngst Integrierten vergessen?

Damit nicht genug: Kritische Beobachter sehen hier nur den ersten Schritt einer geradezu uferlosen Beitrittswelle. Aus Polen und Tschechien werden bereits Forderungen laut, die Ukraine zum offiziellen Beitrittskandidaten zu erklären. Selbst für Weißrußland wird ein solcher Status nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. Zumindest sieht Italiens Regierungschef Berlusconi – was immer ihn dazu bewogen haben mag – das Land im Kreise der EU-Bewerberstaaten, falls es sich zu einer demokratischen Entwicklung bequeme. Vorerst droht hier freilich noch kein Beitritt – Weißrußland ist auch von den Demokratie-Kriterien des Europarates noch meilenweit entfernt.

Hingegen steht fest, daß Rumänien und Bulgarien 2007 die „Abteilung Armenhaus“ verstärken werden. Dann aber wird man auch Länder wie Serbien oder Mazedonien kaum noch aus dem Anwärterkreis fernhalten können. **EB**

»Gott ist der Größte« in Fraktur

Alt-neue Flagge weht im Irak

Nach einer Befreiung wechselt man meist auch die Nationalflagge – und wie hält es da der Irak? Das bisherige Banner – rot-weiß-schwarz mit drei grünen Sternen im Mittelbalken – stammt noch aus der Zeit des (theoretischen) Dreibunds Ägypten-Syrien-Irak. Saddam Hussein setzte später „Allahu“ und „akbar“ zwischen die Sterne, um die religiösen Gefühle der Untertanen seinem Regime nutzbar zu machen. Denn „Allahu akbar“, wörtlich „Gott größer“ und sinngemäß „Gott ist der Größte“, ist ein alter islamischer Schlachtruf.

Was aber sollten „die Neuen“ tun? Auf die Königsfahne zurückgreifen? Der haschemitische Thronprätendent Sharif Ali würde zwar keine üble Figur machen, wäre aber den Besatzern viel zu unbequem, und daher darf ihm auch keine Fahne die Stange machen. Und das von Saddam stammende „Allahu akbar“ streichen? Das würde die Islamisten noch mehr auf die reichlich vorhandenen Palmen bringen. Im Frühjahr hatte man sogar etwas völlig Neues probiert, mußte aber nach wütenden Protesten wieder aufgeben: Denn ein weißes Feld mit blauem(!) Halbmond und zwei blauen Streifen erinnerte allzusehr an die Flagge Israels.

Seit kurzem ist, wenn die neue „Führung“ vor die Kameras tritt, jeweils im Hintergrund die Lösung zu erkennen: Dem „Allahu akbar“ wurde statt der simplen Kursivschrift – vielleicht Saddams Handschrift? – ein der kufischen Schrift nachempfundenes Aussehen verpaßt! „Kufisch“, nach der irakischen Stadt Kufa, ist eine eckige, stark stilisierte und schwer lesbare „alte“ Schrift – im weitesten Sinne vergleichbar der Fraktur. Jetzt können sich die Saddamfreunde über die Änderung ärgern und die Saddam-Gegner über die Kontinuität, die untergeordneten Dienststellen können die alten Fahnen „aufbrauchen“ – und den Befreiern ist der neue Schriftzug wohl noch gar nicht aufgefallen. **RGK**

Macht bricht Recht

Trotz Verstößen gegen den Rechtsstaat biedert sich Schröder bei Putin an



Im Polizeigewahrsam: *Dem ehemaligen Yukoschef und Putinkritiker Chodorkowski wird der Prozeß gemacht.* Foto: Reuters

Es ist eine Farce, das potemkinsche Dorf vom Rechtsstaat Rußland. Präsident Putin weiß es, und alle am Prozeß gegen den Ölkonzern Yukos Beteiligten wissen es auch. Und sie wissen, daß hier ein altes ungeschriebenes Gesetz, eine allgemeine Erkenntnis wieder Anwendung findet: Macht bricht Recht. In seinem philosophischen Entwurf „zum ewigen Frieden“ hat Kant das so ausgedrückt: „Es ist nicht zu erwarten, daß Recht vor der Macht komme. Es sollte so sein, aber es ist nicht so.“ Die Lösung wäre die Machtteilung, wie etwa Montesquieu, Locke, Hobbes und andere Staatsdenker es forderten. Dieses als Gewaltenteilung in die Geschichte eingegangene und in Europa und Amerika praktizierte Prinzip kennt das größte Land der Erde, Rußland, nur in Ansätzen. Hier herrschte fast immer die Macht des Einzelnen oder einer Clique. So ist es auch beim Geheimdienstler Putin und man kann sogar konstatieren, daß das Riesenreich unter Jelzin der Demokratie näher war als unter dem jetzigen Herrscher aus den Kellern des KGB.

Der Yukos-Konzern ist am Boden. Es kümmert Putin nicht, daß rund 100.000 Menschen Arbeit und somit ihr Einkommen verlieren. Er will die Struktur und das Geld. Richter und Geschworene sind Büttel der Exekutive. Wie zu Sowjetzeiten wird die Telefonjustiz ausgeübt, man sagt dem Richter, wie das Urteil auszusehen hat. Am anderen Ende der Leitung sitzt jemand im Kreml oder in der Zentrale des Geheimdienstes. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, die belegen, daß die Willkür in Putins Reich um sich greift. Anwälte, Industrielle, Wissenschaftler – wer sich nicht beugt, verschwindet in Haft. Manche müssen für 15 Jahre in verschärfte Lagerhaft, wie der Medienfachmann Sutjagin, dem man Spionage vorwarf. Der Archipel GULag taucht aus Putins Nebel wieder auf.

Die Skrupellosigkeit des Regimes Putin wird schon seit Jahren in Tschetschenien sichtbar. Aber der Westen schweigt. Europa schweigt auch zum Fall Yukos. Zum ersten Mord an einem ausländischen Journalisten, dem Chef der russischen Ausgabe von Forbes, Paul Klebnikow, ergeht man sich sogar in mafiösen Spekulationen. Niemand weiß, in wessen Auftrag Klebnikow erschossen wurde. Irgendwann wird der russische Geheimdienst einen Täter präsentieren, der Justiz zuführen und damit Rechtsstaatlichkeit demonstrieren. Das wird die Investoren im Westen dann beruhigen.

Bundeskanzler Schröder hingegen scheint beruhigt. Er hat bei seinem jüngsten Besuch das deutsch-russische Projekt einer Gaspipeline bis zur deutschen Ostseeküste unter Dach und Fach gebracht. Partner der Deutschen ist der halbstaatliche Energieriese Gazprom. Ferner sind enge russisch-deutsche Kooperationen in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Automobil- und Informationstechnologie geplant. Mit Putin läuft das Geschäft, da gibt es keine lästigen Gremien oder widerborstige Manager. Und wenn doch, dann verschwinden sie nach einer Weile. Daß Europa sich mit dieser Haltung selber verrät, das kann nur dem einsichtig sein, der an das Primat des Rechts und den Segen der Gewaltenteilung glaubt. Schröders Haltung läßt da Zweifel aufkommen. **J. Liminski**

Und der Stimmenkauf geht weiter

Japan versucht auf ungewöhnliche Art und Weise, den Walfang wieder zu legalisieren

Im italienischen Sorrent ging es Anfang der Woche um Leben oder Tod – der Wale. Japan hatte versucht, bei der dort tagenden Internationalen Walfangkommission (IWC) die seit Mitte der 80er Jahre verbotene kommerzielle Jagd wieder zu legalisieren. So verkündete das Land, daß es beabsichtige, demnächst fünfmal soviel wie zu wissenschaftlichen Zwecken erlaubt, nämlich 2.900 Zwergwale, zu erlegen. Da Walfleisch in Japan als eine besondere Delikatesse gilt, berief sich der Vertreter der japanischen Delegation sogar auf die Tradition seines Landes. So sei das Fangverbot in seinen Augen letztendlich nichts anderes als „westlicher Kulturimperialismus“.

Japans Verhalten bei der Konferenz empörte allerdings nicht nur Tierfreunde und Organisationen wie den Worldwide Fund for Nature (WWF) und Greenpeace, auch weniger naturverbundene Personen waren entsetzt. Denn erstaunlicherweise ist die Zahl der Mitglieder der IWC im vergangenen Jahr überraschend angestiegen. Länder wie die Elfenbeinküste, Mauretanien, Surinam und Kiribati sind neuerdings Mitglied. Auch der gerade einmal 11.000 Einwohner zählende pazifische Inselstaat Tuvalu begehrte Einlaß in die IWC. Grund dafür, daß sogar Entwicklungsländer ohne Meeresanschluß Mitglied sind, ist die Tatsache, daß Japan ganz offen für Stimmen „pro Walfang“ zahlt. So sind die IWC-Mitglieder Ghana, die Mongolei und Nicaragua schon seit Jahren Empfänger von japanischer Entwicklungshilfe, wohingegen sich die Tschechei schon 1999 empört gezeigt hatte, da Japan ihr für ihre Stimme Geld geboten hatte. Noch allerdings hat Japan erst 24 der 56 Mitglieder auf seiner Seite, eine Dreiviertelmehrheit ist aber vonnöten. Der Stimmenkauf geht also weiter, im schlimmsten Fall kündigt Japan einfach seine Mitgliedschaft auf. **R. B.**

Schlechtes Image

Österreicher verbinden mit der EU nichts Positives

Subjektive Eindrücke, wie man sie aus Alltagsgesprächen gewinnen kann, werden durch die jüngste Eurobarometer-Umfrage bestätigt: Die Meinung der Österreicher über die EU war noch nie so schlecht wie heute. Bloß 30 Prozent der Befragten sehen in der EU eine positive Sache – ein Wert, der nur von Großbritannien mit 29 Prozent unterboten wird.

> Informationskampagne wird kaum helfen, die EU beliebter zu machen

Bei der Volksabstimmung 1994 hatten sich zwei Drittel der Österreicher für den EU-Beitritt ausgesprochen. Vorausgegangen war allerdings eine „Informations“-Kampagne, die in ihrer Totalität an andere Zeiten oder Länder erinnerte. Diese „Bearbeitungskosten“ – von Marketing-Experten auf mindestens eine Milliarde Schilling (70 Millionen Euro) geschätzt – wurden zwar von Staat, Gebietskörperschaften, sämtlichen Interessensverbänden, Großunternehmen und Banken ausgelegt, mußten aber letztlich von den Österreichern selber getragen werden. Viele der einstigen Versprechungen haben sich längst als haltlos erwiesen, und neue, zwar vorhersehbare, doch damals unter den Teppich gekehrte Probleme sind auch für den „Mann von der Straße“ unübersehbar geworden. Der eigentliche Stimmungsumschwung kam Meinungsforschern zufolge aber erst mit den harten „Sanktionen“ vor vier Jahren.

Daß gleich nach Bekanntwerden der schlechten Umfragedaten EU-Advokaten wieder von „mehr Information“ zu reden begannen, dürfte eher kontraproduktiv sein. Denn mittlerweile kamen zwei weitere Hiobsbotschaften: Nach der geplanten Änderung der Beitragszahlungen zur EU wird sich Österreichs Nettobeitrag mehr als verdoppeln. Und Brüssel droht mit einer Beugestrafe von 100.000 Euro pro Tag, weil die Brenner-Maut angeblich zu hoch ist – und das, nachdem es nun ohnehin keinerlei Transitbeschränkungen mehr gibt. Fehlt nur noch, daß Österreich in der neuen EU-Kommission mit einem Alibi-Referat wie Entwicklungshilfe oder dergleichen abgespeist wird.

Bezeichnend ist, daß sowohl Bundeskanzler Schüssel als auch SPÖ-Chef Gusenbauer eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung als „nicht nötig“ bezeichnen. FPÖ, Grüne und namhafte Rechtsexperten sind da zwar anderer Ansicht. Aber vielleicht rechnet der gewiefte Taktiker Schüssel ohnehin damit, daß andere Länder das Machwerk zu Fall bringen werden und man sich diesmal den „Schwarzen Peter“ ersparen kann. **R. G. Kerschhofer**

Breiter Konsens in Frankeich

Die politische Klasse ist für die EU-Verfassung und für ein Plebiszit

Wie allgemein in den Medien berichtet, hat Frankreichs Staatschef Jacques Chirac bei seinem traditionellen Fernsehinterview anläßlich des Nationalfeiertags der Franzosen am 14. Juli angekündigt, daß er voraussichtlich Ende kommenden Jahres sein Volk über den EU-Verfassungsentwurf abstimmen lassen wird.

Damit ist die Französische Republik in der EU der zehnte Mitgliedsstaat, der den Weg des Referendums gewählt hat. Die Polen werden mit ihrer für Anfang 2005 angesetzten Volksabstimmung die ersten sein und die Briten Ende 2006 die letzten. Da alle französischen Parteien einen Plebiszit vom Staatsoberhaupt gefordert hatten und er derzeit Sorgen mit seiner parlamentarischen Mehrheit hat, ist Chiracs Entscheidung nicht erstaunlich. Zudem ging der Präsident europapolitisch kein großes Risiko ein, da die vor seiner Entscheidung durchgeführten Meinungsumfrage des staatlichen Rundfunksenders *France-Info* zum Ergebnis hatte, daß bis zu 66 Prozent der Franzosen die EU-Verfassung billigen.

Das Referendum über die EU-Verfassung wird das zehnte in Frankreich seit 1958 sein. Fünf wurden unter de Gaulle, eins unter Pompidou und zwei unter Mitterrand abgehalten. Chirac hatte von seinem sozialistischen Regierungschef Lionel Jospin eine Volksabstimmung über die Verkürzung der Dauer der Amtszeit des Staatsoberhaupts akzeptieren müssen. Seit seinem Amtsantritt im Jahre 1995 hat Chirac in Fragen der Außenpolitik und der EU jedoch noch nie die Franzosen konsultiert. Vielleicht weil er sich 1992 von einem Maastricht-Kritiker zu einem Maastricht-Befürworter gewandelt hat, um dadurch die Stimmen der Giscardisten bei der 1995er Präsidentschaftswahl erlangen zu können. Insofern wird die Volksabstimmung nächstes Jahr die einzige sein, in welcher er sich wirklich einsetzen wird. Chirac hat bei seinem Gespräch klargemacht, er wolle persönlich für das „ja“ Kampagne machen.



Von oben herab: *Chirac entschied sich, das Volk zu befragen.* Foto: Reuters

In der politischen Klasse der Fünften Republik gibt es einen breiten Konsens von links bis rechts für den Verfassungsentwurf. Für ihn haben sich die Sozialisten Dominique Strauss-Kahn und Jacques Delors ebenso ausgesprochen wie die Konservativen Nicola Sarkozy und Valéry Giscard d'Estaing. Die heikle Frage ist, ob die Sozialistische Partei geschlossen für die Verfassung stimmen wird, da rund ein Drittel ihrer militanten Mitglieder gegenwärtig für ein „nein“ wäre. Mit der Opposition der Extreme muß Chirac allerdings rechnen. Beide Extreme sehen in der Verfassung eine Zwangsjacke, die entweder den Verlust der nationalen Unabhängigkeit mit sich zieht oder den Weg zu einem liberalen, unsozialen Bundesstaat ebnen wird. **P. C.**

Weitere EU-Förderung ist lebensnotwendig

Sachsens Ministerpräsident Georg MILBRADT über Fehler und Chancen des stagnierenden »Aufbau Ost« / Teil II

Ostdeutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn seine Wirtschaft innovative Spitzenprodukte hervorbringt. Die hohe Wertschöpfung innovativer Bereiche ermöglicht auch den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei einem höheren Lohnniveau. Ostdeutschland verfügt im Vergleich zu Westdeutschland jedoch weder über Großunternehmen, die in der Lage sind, zielgerichtet Forschung und Entwicklung (FuE) zu betreiben, noch über eine ausgeprägte Clusterlandschaft (wirtschaftliche Kernregionen), die selbsttragende Innovationsprozesse in Gang bringt.

Ferner sind ostdeutsche Unternehmen noch zu wenig in der Lage, Innovationen – insbesondere in zukunftsträchtigen Hochtechnologiesektoren – kommerziell zu erschließen. Gute Ideen für neue Produkte und Dienstleistungen sind häufig vorhanden, doch werden daraus zu selten marktfähige Angebote. Aus diesem Grund kommen nur zehn Prozent der neu gegründeten Unternehmen in Ostdeutschland aus technologie- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen, in Westdeutschland dagegen sind es 15 Prozent. Eine wichtige Rolle spielen dabei die noch bestehenden Unterschiede in der Unternehmensgrößenstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die Förderung von industriellen Clustern muß daher durch die komplementäre Förderung von Innovationsclustern, die Know-how, Unternehmen und Kapitalgeber miteinander verknüpfen, ergänzt werden. Die Förderung solcher Innovationscluster erhöht zudem die Wirksamkeit der eingesetzten öffentlichen Mittel.

Die EU-Erweiterung setzt die neuen Länder in ein neues Wettbewerbsumfeld

Bei der Innovationsförderung ist die öffentliche Hand insbesondere gefordert, weil ostdeutsche Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten haben, Darlehen am Kapitalmarkt aufzunehmen. Selbst kleine Unternehmen in Westdeutschland haben oft eine bessere Bonitätsbeurteilung als große ostdeutsche Unternehmen. Dies gilt besonders für risikoreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung. Ohne Technologieförderung könnte ein großer Anteil der ostdeutschen Firmen auf Grund von Kreditmarktrestriktionen keinerlei Forschung und Entwicklung mehr finanzieren. Somit machen Kapitalmarkthemmnisse in Bezug auf Forschung und Entwicklung weiterhin eine – zukünftig allerdings gestraffte – Innovationsförderung auf hohem Niveau erforderlich.

Sowohl regional- als auch wachstumspolitische Erwägungen sprechen dafür, die unternehmensorientierte Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland auf die Clusterbildung zu konzentrieren.

Die Technologieförderung muß auf wenige „marktnahe“ Förderprogramme konzentriert werden. Der Freistaat Sachsen verbessert den Kapitalmarktzugang für technologieorientierte Unternehmen in Ostdeutschland, indem er die Risiken von erfolgversprechenden privatwirtschaftlichen Investments teilweise übernimmt.

Sachsen schlägt einen gemeinsam von Bund, ostdeutschen Ländern und Großunternehmen in Ostdeutschland getragenen Business-Plan-Wettbewerb vor, der den Unternehmen hilft, sich am Markt durchzusetzen.

Die Erweiterung der Europäischen Union hat die wirtschaftliche Entwicklung dynamisiert. Neben den Chancen birgt die EU-Erweiterung aber vor allem für die ostdeutschen Länder nicht zu unterschätzende Risiken. Niedrigere Löhne, Sozialabgaben und Unternehmenssteuern in den Beitrittsländern schmälern die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen im deutschen Grenzgebiet vor allem in arbeitsintensiven Bereichen. Aber vor allem die ostdeutschen Regionen, die als Ziel-1-Gebiete die größtmögliche EU-Strukturförderung erhalten, müssen umdenken. Durch die EU-Strukturförderung soll die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Infrastruktur gestärkt werden. Der Ziel-1-Status verschafft Ostdeutschland auch umfangreiche Spielräume für Investitionsbeihilfen. Er ermöglichte die Förderung von Investitionen wie die Ansiedlungen von BMW in Leipzig oder AMD in Dresden. Allerdings ist dieser Ziel-1-Status in Gefahr. Denn das Kriterium dafür ist ein BIP pro Kopf von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Dieser Durchschnitt wird wegen der Erweiterung deutlich sinken, so daß Teile Ostdeutschlands aufgrund des sogenannten statistischen Effekts automatisch über der 75-Prozent-Marke liegen. Damit laufen diese – noch immer strukturschwachen – Regionen Gefahr, den Ziel-1-Status und die Beihilfemöglichkeiten für Investitionsförderungen aus rein statistischen Gründen bar jeder ökonomischen Grundlage zu verlieren. Zwar hat die EU-Kommission in ihren Vorschlägen zum 3. Kohäsionsbericht den Nachholbedarf Ostdeutschlands anerkannt und ist bereit, bis 2013 den vom statistischen Effekt betroffenen Regionen eine umfangreiche Förderung zukommen zu lassen, doch sperren sich einige Regierungen gegen diesen Vorschlag, darunter die Bundesregierung.

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 brauchen die neuen Länder vergleichbare Fördermöglichkeiten, um im Standortwettbewerb mit den osteuropäischen Nachbarländern Schritt zu halten. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, sich dafür einzusetzen, daß die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen weiterhin Ziel-1-Status erhalten, beziehungsweise den originären Ziel-1-Regionen gleichgestellt werden. Ebenso muß der Beihilfestatus nach Art. 87 Abs. 3 a EG-Vertrag erhalten bleiben.

Aber auch der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für mehr Wachstum in den neuen Ländern. Die auf Grund der Teilung Deutschlands bestehenden Standortnachteile sind bei weitem noch nicht beseitigt. Dies behindert nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten bereits ansässiger Unternehmen, es stellt auch ein nicht zu vernachlässigendes Hindernis für Neuansiedlungen dar.

Die neuen Länder müssen jedoch nicht nur die infrastrukturellen Defizite beseitigen, sondern auch im Zuge der EU-Erweiterung zusätzliche Verkehrsströme bewältigen. Die heutigen Verkehrsverbindungen zu unseren Nachbarn, den EU-Mitgliedern Polen und Tschechien, entsprechen aber nicht den zu erwartenden Belastungen.

Verkehrsprojekte für die EU-Erweiterung sind im Bundesverkehrswegeplan in den Vordringlichen Bedarf einzustellen. Die zentralen Verkehrsverbindungen (paneuropäische Korridore) mit Polen und Tschechien müssen zügig ausgebaut werden. Insgesamt müssen die Anrainer die Verkehrsinfrastruktur in den Grenzregionen zügig ausbauen.

Die demograpische Entwicklung muß berücksichtigt werden

Die Herausforderungen der EU-Osterweiterung im Verkehrsbereich sind durch ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ zu bewältigen. Auf deren Projekte sind die Regelungen des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes auch im Bereich der Staats- und Kreisstraßen auszudehnen.

Um den Aufbauprozeß voranzutreiben, muß es den neuen Ländern (einschließlich ihrer Kommunen) unbedingt gelingen, ihre Investitionen auf hohem Niveau zu halten und diese in die wachstumsstrategisch richtigen Bereiche zu lenken. Verkehrsbedeutende Maßnahmen müssen zügig umgesetzt werden. Die Solidarpaktmittel müssen zum Aufbau einer bedarfsgerechten, leistungsfähigen und wirtschaftsnahen öffentlichen Infrastruktur verwandt werden.

Der Bund seinerseits muß verkehrsbedeutende Vorhaben, wie die ICE-Anbindung von Leipzig über Erfurt in den Raum Rhein-Main und nach Süddeutschland, gegenüber den Planungen im Bundesverkehrswegeplan deutlich vorziehen. Vor allem die vom Bund bereits zugesagten Projekte müssen jetzt und nicht erst in einigen Jahren umgesetzt werden.

Vor allem die Kommunen berücksichtigen bei Investitionsprojekten die Folgekosten häufig nicht ausreichend. Diese belasten die künftigen Haushalte jedoch dauerhaft. Aufgrund von Abwanderung und geringen Geburtenraten wird die Bevölkerung in Ostdeutschland schrumpfen, die Einnahmen der Haushalte werden sinken. Schon heute sind viele Investitionsprojekte wie Abwasseranlagen überdimensioniert, in Zukunft werden sie es erst recht sein. Daher muß bei Investitionsentscheidungen künftig die demographische Entwicklung berücksichtigt werden.

(Fortsetzung folgt)



Georg Milbradt wurde am 23. Februar 1945 in Eslohe/Sauerland geboren, aufgewachsen ist er in Dortmund, wo die Familie, die aus Wongrowitz in der Nähe von Posen stammt, nach Kriegswirren und Flucht schließlich landete. 1964 machte er in Dortmund sein Abitur. Im selben Jahr begann er ein Studium der Fächer Volkswirtschaft, Jura und Mathematik an der Universität Münster, welches er 1968 mit dem Diplom als Volkswirt und der Note „sehr gut“ abschloß. 1973 promovierte er zum Dr. rer. pol. „summa cum laude“. 1980 erhielt er die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaft. In den Jahren 1983 bis 1990 war er als Finanzdezernent der Stadt Münster tätig. Von November 1990 bis Februar 2001 war er sächsischer Staatsminister der Finanzen. 1973 wurde er Mitglied in der CDU, und 1991 wurde er in den Landesvorstand, im November 1999 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sächsischen Christdemokraten gewählt. Im September 2001 wurde er dann Landesvorsitzender der Sachsen-CDU. Seit dem 18. April 2002 hat Georg Milbradt das Amt des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen inne. ■

Der Große Kurfürst: *Dieses eindrucksvolle Reiterstandbild schuf der 1659 in Danzig geborene Bildhauer und Baumeister Andreas Schlüter. Der Sohn eines Steinhauers ging bei dem Bildhauer Christoph Sapovius in Danzig zur Lehre und hielt sich anschließend in Warschau auf. 1694 wurde er von Kurfürst Friedrich III. nach Berlin berufen, wo er bald zum Oberbaudirektor ernannt wurde. Neben bildhauerischen Arbeiten (Masken sterbender Krieger im Zeughaus) war er vor allem mit dem Bau des Berliner Schlosses befaßt. Nachdem er sein bisher ehrgeizigstes Bauvorhaben, den auf 96 Meter Höhe geplanten Münzturm, wegen Einsturzgefahr einreißen lassen mußte, begann auch Schlüters Stern zu sinken. Die Schloßbauleitung wurde ihm genommen. Als Baudirektor in St. Petersburg starb Schlüter schließlich im Juni 1714.* Foto: Archiv

Konzert für den Fürsten

Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr gibt ein Benefizkonzert

Alle Achtung! Man möcht's kaum glauben, was die mit dem Alten anstellen!" Der Mann brummte und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Als hätt' er nicht schon genug erlebt!" Sein kräftiges Gesicht, das von tiefen Falten durchzogen war, rötete sich vor Erregung. „Da wollen sie ihm doch tatsächlich mit Pauken und Trompeten ein Ständchen spielen." Er neigte sich seinem Nebenmann zu und hob beschwörend die Hand: „Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr, so nennen sich die Spielleute der Infantrie jetzt wohl, will ein Konzert geben für den Großen Kurfürsten. Für *meinen* Kurfürsten. Das Geld, das sie einnehmen, wollen sie dann spenden, damit der alte Herr wieder in vollem Glanz erstrahlen kann. Also, weißt du", er neigte sich diesmal seinem Gegenüber zu, „was der schon alles erlebt hat, das geht auf keine Kuhhaut. Apropos Haut: Staub, Ruß und saurer Regen, was immer das ist, haben sich auf der Haut des Denkmals niedergelassen und sich in eine fette Kruste verwandelt. Das muß runter, sagen die Experten." Der Alte schüttelte den Kopf. „Potzblitz! 400.000 bis 500.000 Euro, das ist wohl so was ähnliches wie unsere Goldtaler, soll der Spaß kosten. Die Kassen sind leer, das ist ja wie zu meiner Zeit", der Alte kicherte, wurde aber schnell wieder ernst. „Da müssen also andere Quellen angezapft werden. Diesmal nun ein Konzert. Das wird ein Spaß!"

Er wandte sich an die Männer, die gleich ihm im Gasthaus Schutz vor dem Regen gesucht haben mochten, der auf die Hauptstadt niederprasselte. „Der Alte, hm, ich meine, der Große Kurfürst, ist es wert, meine Herren. Schließlich ist es die letzte Arbeit, die von mir, der ich einst einen Namen hatte am Hofe – nun ja, bis zur unseligen Katastrophe mit dem Münzturm, Ihr werdet davon gehört haben ... nicht? Na, immer größer und höher sollte er werden, dieser Turm, da kannte mein Herr kein Erbarmen. Höher als das Straßburger Münster sollte er werden und von der Macht meines Herrn künden. Dabei war der Untergrund gar nicht geeignet für solch ein Bauwerk. Ich mußte schließlich alles einreißen lassen. Und als ein Bergrutsch auch noch das Lustschloß in Freienwalde heimsuchte, just als Seine Majestät dort nächtigte, da war's um mich geschehen. Einen Schelm hat er mich genannt und von dem Amt des Hofbaumeisters entbunden ..."

Die Umstehenden merkten dem Alten an, daß er immer noch nicht gut auf seinen König zu sprechen war. Dann aber schüttelte er seinen schweren Kopf und winkte die Zuhörer näher an sich heran. „Den Sarkophag habe ich dann noch für ihn gestalten können, das Schloß aber hat ein anderer weitergebaut. Nun, die Zeit vergeht, und die Wunden heilen. Das Schloß steht ja schon lange nicht mehr, einige Barbaren aus Eurer Zeit haben es kurzerhand abgerissen. Ich habe gehört, daß es Bestrebungen gibt, es wieder aufzubauen. Stimmt das? Nun ja, es wär' schon schön, sag ich Euch. Denn so ist das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten das einzige Zeugnis meiner Arbeit, das erhalten blieb, sieht man einmal von den Masken der sterbenden Krieger im Zeughaus ab. Ach was, Masken! – Das sind Köpfe, lebensecht in ihrem Schmerz und Todeskampf. Na, Schwamm drüber ..."

Der Alte blickte ernst in die Runde, dann aber zog ein breites Grinsen über sein Gesicht. „Der Kurfürst, was der alles durchgemacht hat. Ich meine das Standbild, kaum zu glauben. 1696 hab' ich damit angefangen, ein Modell zu fertigen. Auf der Langen Brücke sollte es stehen, das Monument. Und den Großen Kurfürsten, den Vater meines Königs, sollte es zeigen, schließlich wurde er als mutiger Retter des Vaterlandes, als zweiter Stifter des Staates geschätzt, wegen des Sieges bei Fehrbellin 1675, wißt Ihr. Es war schon eine gewaltige Aufgabe für einen Künstler. Zur Krönung 1701 wurde es nicht ganz fertig . Ein Provisorium aus vergoldetem Gips mußte aufgestellt werden. Dann der Guß in einem Stück – das war schon eine Meisterleistung, meine Herren. 1703 dann stand die Arbeit endlich auf der Brücke, die Ihr heute Rathausbrücke nennt. Im Weltkrieg, den Ihr den Zweiten nennt, hat man Roß und Reiter auf ein Schiff verladen und nach Ketzin gebracht. Als man alles zurückholen wollte, versank der Kahn im Tegeler See. Nun, man hat das Standbild geborgen, gereinigt und dann im Ehrenhof des Schlosses Charlottenburg aufgestellt."

Der Alte senkte den Kopf und es schien, als wischte es sich eine Träne aus dem Auge. Dann aber blickte er in die Runde, schmunzelte und sagte: „Nun, meine Herren, wie wär's, gehen wir gemeinsam zum Platzkonzert zu Ehren des Großen Kurfürsten?" **SiS**

Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr spielt für den Großen Kurfürsten, Sonntag, 8. August, 11 Uhr, vor dem Schloß Charlottenburg (Orangerie); Eintritt 15 und 30 Euro. Karten in den Museumsshops der Schlösser Charlottenburg, Sanssouci, Neues Palais und Cecilienhof, im Internet unter www.kartenhaus.de oder unter Telefon (0 40) 43 30 39.

»Flüssige und luftige Zaubereien«

Zwei Ausstellungen in Hamburg zeigen Wolkenbilder und machen die Entdeckung des Himmels in der Kunst deutlich

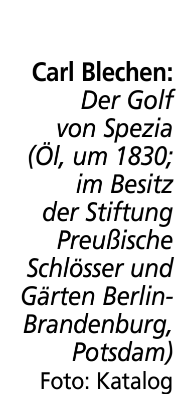
Christian Morgenstern spricht von den „Gedanken des Himmels", und Charles Beaudelaire nennt sie „flüssige und luftige Zaubereien". Heinrich Heine vergleicht sie mit den Göttern des alten Griechenland, „die einst so freudig die Welt beherrschten, doch jetzt verdrängt und verstorben, als ungeheure Gespenster dahin ziehen am mitternächtlichen Himmel". Wolken – faszinierend und geheimnisvoll. Wer hat ihnen nicht als Kind auf dem Rücken im Gras liegend die Gedanken mit auf die Reise gegeben? Und wer hat nicht versucht, die seltsamen Gestalten zu deuten, die Wolken annehmen können? Selbst Shakespeare läßt seinen Hamlet grübeln, ob die Wolke über seinem Haupt ein Kamel, ein Wiesel gar oder ein Walfisch sei.

Leicht und fedrig, dunkel drohend oder von der Sonne bestrahlt so kommen sie daher. Wolken, aufgebaut zu gewaltigen Türmen oder wie Wattebäusche am blauen Himmel schwebend – vielfältig sind ihre Formen und Farben. Kein Wunder also, wenn auch Maler sich den Wolken und ihren Erscheinungsformen gewidmet haben. Barock, Romantik oder Moderne – immer wieder sind Wolken auf Gemälden großer Künstler zu finden. Während die Meister des Barock Wolken noch als Throne der Heiligen nutzten, sahen die Künstler um die Wende zum 19. Jahrhundert die Himmelserscheinungen plötzlich mit ganz anderen Augen. Sie wurden zum eigenständigen Motiv, waren nicht mehr nur Staffage. Naturwissenschaftler und Maler waren in diesen Zeiten gleichermaßen an einem Thema interessiert – die einen deckten die physikalischen Geheimnisse der Wetterkunde auf, während die anderen ein wirklichkeitsgetreues Bild der Wolken erfassen und darstellen wollten. Neben ersten illustrierten Abhandlungen über die Entstehung des Wetters schufen Künstler in Europa Bildwerke, in deren Mittelpunkt das dramatische Geschehen am Himmel stand. Eine Entdeckung, die bis heute in der Kunst Folgen zeitigt.

Dieser „Entdeckung des Himmels" sind zur Zeit gleich zwei Ausstellungen in Hamburg gewidmet. Einmal zeigt das Bucerius Kunst Forum, direkt neben dem Hamburger Rathaus gelegen, anhand von Gemälden, Ölstudien und Zeichnungen bedeutender Künstler aus unterschiedlichen Epochen die Auswirkungen des Studiums von Wolken und Licht auf die europäische Landschaftsmalerei. Wetter, Licht und Luft wurden zum eigentlichen Bildgeschehen. Auch wurde die heimatliche Landschaft mit einem Mal aufgewertet. Künstler entdeckten die Schönheiten ihrer Umgebung und den für diese Landschaft charakteristischen Himmel. Auch lösten sie sich von dem akademischen Zwang, jedes Motiv genau auszumalen; bald erkannten sie den Reiz kleiner Ölstudien, die auch beim Publikum Anklang fanden. Der Schritt zur Abstraktion war nun nicht mehr weit. Die europaweite Begeisterung für Wolken erfaßte so renommierte Maler wie John Constable, William Turner, Caspar David Friedrich oder Friedrich Dahl und Carl Blechen. Ihre Werke zählen zweifellos zu den Höhepunkten der Schau in Hamburg. Leihgaben aus ganz Europa zeugen vom hohen Stellenwert dieser Ausstellung, die noch bis zum 5. September (täglich von 11 bis 19 Uhr) zu sehen ist.

Wer es nicht scheut, einmal quer durch die Stadt zu fahren, der findet auch an dem zweiten Teil der Ausstellung „Wolkenbilder", zu der übrigens ein sehr informativer Katalog erschienen ist (Hirmer Verlag, München. 240 Seiten, farbige Abbildungen aller ausgestellten Werke, 24,80 Euro), im Jenisch Haus Gefallen. Die Außenstelle des Altonaer Museums macht in der klassizistischen Villa am Elbufer vor allem die Beziehungen zwischen Kunst und Wissenschaft um 1800 deutlich (bis 5. September, täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr). Wolkenatlanten und alte Fotos, aber auch Wetterberichte aus jüngerer Zeit zeigen, daß der Engländer Luke Howard, der vor 200 Jahren als erster den Wolken Namen gab, so falsch nicht lag. Howard erkannte zehn Wolkengrundformen in drei Höhenschichten, die er Stockwerke nannte. Seine Bezeichnungen Cirrus, Cumulus und Stratus werden heute noch verwendet, wenn auch die moderne Meteorologie mittlerweile zehn Wolkengattungen, 14 Arten, neun Unterarten und neun Sonderformen und Begleitwolken unterscheidet. Der wissenschaftlichen Aspekt des Themas wird sehr anschaulich dargestellt, so durch altertümliche meteorologische Instrumente wie etwa ein Haarhygrometer, mit dem man mittels eines Menschen- oder Tierhaares die Luftfeuchtigkeit messen konnte. Daneben sind im Jenisch Haus aber auch kuriose Exponate zu sehen. Faszinierend das Transparentbild aus dem Nachlaß von Caspar David Friedrich, das in einer Mischtechnik aus Aquarell und Tempera eine gebirgige Flußlandschaft bei Tag und bei Nacht zeigt – ein Trick, der durch die rückseitige Beleuchtung des Bildes erklärt wird. Papiertheater, eines davon aus dem Besitz von Goethes Sohn August (der berühmte und geniale Vater beschäftigte sich selbst eingehend mit dem Thema Wolken und ihren Erscheinungsformen), werden nur noch übertroffen von dem Nachbau eines sogenannten Eiduphusikon, eines „Wolkentheaters", das Mithilfe von beweglichen Kulissen die Illusion von einem lebhaften Wettergeschehen vorgaukeln konnte (Vorführungen dienstags bis freitags 16 Uhr, am Wochenende 13 und 16 Uhr). Wer Gefallen findet an dem wolkenverhangenen Sommerhimmel, der wird sich der Faszination der Wolkenbilder in der Kunst keineswegs entziehen können. Und so sollen nicht nur Hanseaten ihren Spaß haben: Die Doppelausstellung ist vom 24. September bis zum 30. Januar 2005 auch noch in der Alten Nationalgalerie Berlin und vom 26. Februar bis 8. Mai 2005 im Aargauer Kunsthaus, Aarau/Schweiz, zu sehen. **Silke Osman**





Carl Blechen: *Der Golf von Spezia (Öl, um 1830; im Besitz der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Potsdam)* Foto: Katalog

Faszination eines Malers

Von Andreas ALBERT

Der Dresdner Künstler Georg Gelbke (1882–1947) weilte nachweislich in den Jahren 1934 bis 1937 mehrere Monate auf der Kurischen Nehrung. Zunächst im alten Künstlerort Nidden bei seinem Schwager und Malerfreund Richard Birnstengel angesiedelt, erkundete Georg Gelbke in rastloser Tätigkeit mit Pinsel und Zeichenstift die weitere Umgebung. So tauchen in seinen Skizzenbüchern Ortsnamen wie Pillkoppen, Rossitten sowie die jenseits des Haffs gelegenen Dörfer Gilge und Inse auf. Die sich über dem schmalen Land entfaltenden weiten Räume von Wasser und Himmel regten den Maler zu überaus fruchtbarem Schaffen an. Erstaunlich ist die sommerliche Ausbeute in einer Fülle von Skizzen und Aquarellen.

Der Segelflug auf der Kurischen Nehrung regte den Künstler aus Dresden zu einer Fülle von Skizzen und Aquarellen an

Auf seinen Wanderungen über die Dünen faszinierte Gelbke aber nicht nur die Landschaft in ihrem wechselvollen atmosphärischen Reiz, sondern auch die Menschen in dieser Landschaft. Zu den Fischern, die mit dem Element des Wassers vertraut sind, zu den an der Erde, in ihren farbenprächtigen Blumengärten arbeitenden Frauen der Fischer gesellten sich als ein herausragender künstlerischer Themenkomplex auch die Eroberer der Lüfte, die Segelflieger.

Zwischen den Fischerdörfern Pillkoppen und Rossitten auf der Nehrung entfaltet sich ein langgezogenes Dünengebiet mit in der Sonne gleißenden Steilhängen bis zum Haff. Der Altdörfer, der Skielwiet, der Predin und der Schwarze Berg ragen mit ihren höchsten Erhebungen von 30 bis 60 Metern über die etwa acht Kilometer lange Dünenkette heraus. Dieses Gelände zwischen dem Predin und dem Schwarzen Berg eignete sich vortrefflich für die Segelfliegerei. Bereits im Mai 1923 fand der „Erste Deutsche Küsten-Segelflug“ statt. Ein Jahr darauf gründete die Rhön-Rossitten-Gesellschaft eine Segelfliegerschule, die bis 1944 bestand. Der ostpreußische Segelflieger Ferdinand Schulz stellte 1924 einen Weltrekord auf, indem er 8 Stunden und 42 Minuten in der Luft blieb. Später steigerte er diese Zeit auf einen Rekord von 14 Stunden und 7 Minuten.

Der Maler und Graphiker Archibald Bajorat, ein Zeitzeuge jener Tage, als man sich über mögliche Schäden an den Dünen noch keine Gedanken machte, berichtete: „Vor dem Kriege dachte man noch nicht an die Zukunft der Düne. Da wurde munter mit Segelflugzeugen drauflos gesegelt! Die Seilmannschaft, bestehend aus mindestens acht Mann, lief mit dem gespannten Gummiseil den steilen Abhang hinab und zog so das Segelflugzeug in den Aufwind hinein, der vom Haff herüberwehte ...

Wie eine Möwe flog man lautlos hoch über die Dünenwelt hin und her und hatte von oben einen überwältigenden Blick über die Dünen und die Nehrung sowie gleichzeitig über Haff und Meer. Man war so fasziniert von allem, daß man ungern dem Winken des Fluglehrers mit seiner Fahne folgen wollte, um wieder zur Erde zurückzukehren.“

Es nimmt nicht Wunder, daß Georg Gelbke immer wieder die Segelflieger beobachtete und schließlich mit dem Zeichenstift zu Papier brachte. Dabei schuf er eine fast lückenlose Dokumentation, die mit dem Flugzeugtransport auf dem Weg zum Startplatz beginnt. Unter dem Kommando „Laufen“ beugen sich die Rücken der Männer, straffen sich die Muskeln beim Ziehen der Gruppe am Gummiseil. Diese Dynamik der laufenden Mannschaft am Dünenhang faszinierte nicht nur den Künstler, sondern auch ein zahlreich erschienenes Publikum, welches in seiner Absonderlichkeit dem karikierenden Zeichenstift Gelbkes zum Opfer fiel.

Natürlich finden sich nach dieser humorvollen Einlage auch Blätter, welche den schwerelos scheinenden Flug über der Dünenlandschaft festhielten. Wir gönnen es den Fliegern, daß sich diese nach der Anspannung der Flugvorbereitung oder dem erfolgten Flug ausruhen möchten, allein – oder in lockerer Gruppe zum Erfahrungsaustausch. Auch diese Augenblicke ließ Georg Gelbke in seiner Dokumentation nicht aus. Hinzuweisen wäre noch auf eine Vielzahl von porträtierten Segelfliegern, welche individuell-charakteristische Züge tragen und oft mit landschaftlichen Andeutungen oder der Fliegermontur eine Einheit zum Thema „Segelflug auf der Kurischen Nehrung“ darstellen.

Das Motiv des Fliegens, des schwerelosen Schwebens, hat den Künstler Georg Gelbke lebenslang beschäftigt. Wir finden es in Radierungen, beispielsweise in der Folge „Der Wind“ (1913) und zahlreichen weiteren schwebenden oder tanzenden figürlichen Darstellungen. Auf der Kurischen Nehrung beschäftigte ihn der Vogelflug. Blitzschnell wurden die Bewegungen der Möwen erfaßt und skizziert. Schwebende Wolken und schwimmende Fische vervollkommnen Gelbkes Sehnsucht, die Schwere zu überwinden, sich freier im Raum ausbreiten und bewegen zu können. Diese Sehnsucht wird um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß der Künstler infolge eines Wirbelsäulenleidens einen mißgestalteten Körper trug, dem er nur unter zeitweiligen Schmerzen sein Lebenswerk abrang. So glich er im künstlerischen Schaffen, in der Hinwendung zum Licht und zur Überwindung der Schwere in der Wahl seiner Motive aus, was ihm an eigener physischer Beweglichkeit versagt bleiben mußte. ■



Georg Gelbke: *Am Steilhang (Litho auf Stein, 1935)*

An diesem Wochenende wird im Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloß Ellingen, die Ausstellung „Mit Windkraft und Propeller“ eröffnet, zu sehen bis 7. November. – Über den Autor sind zwei verschiedene Postkartenkalender zur Kurischen Nehrung für 2005 von Gelbke und Birnstengel für je 9 Euro zuzüglich Porto erhältlich, Am Beutlerpark 7, 01217 Dresden.

Träume und Märchen – so alt wie die Welt

Von Erika YOUNG

Seine Bilder faszinierten mich, als ich sie auf einer Ausstellung in München sah. Bei dieser Gelegenheit erzählte Dietmar Damerau von einem großen Deckengemälde, das er in einem Privathaus in Lafkos auf der Halbinsel Pelion gemalt hatte und erweckte somit meine Neugier. Geboren 1935 in Pr. Holland wanderte Damerau nach einer fundierten Ausbildung als Schriftsetzer und Graphiker nach Kreta aus. Er blieb dort jahrelang, baute ein Haus, heiratete eine Münchnerin und wurde Vater eines Sohnes. Die Ehe hatte keinen Bestand. Die griechischen Obristen verwiesen ihn des Landes, und er betrat erst wieder kretischen Boden, als Griechenland frei wurde. Der Massentourismus im freien Griechenland schreckte ihn dann jedoch ab, auf Kreta wieder Fuß zu fassen. Er entdeckte den Pelion, der sich etwa 70 Kilometer südlich von Volos zwischen Ägäis und Pegasistischem Golf erstreckt, dort lebt der Ostpreuße nun seit gut 20 Jahren in Lafkos, einem kleinen Bergdorf unweit von Volos.

Der Pelion mit seinen kleinen Berg- und Hafendörfern und ein Besuch des Künstler-Hauses lohnen sich allemal. Die Vegetation ist üppiger als sonst in Griechenland, weil es im Herbst und Winter viel regnet. Auch in Dameraus kleinen Vorgärten wachsen Feigen-, Maulbeer-, Lorbeerbäume und Wein. Sein Haus ist im traditionellen Pelionstil aus graubraunen Natursteinen gebaut, steht in einer kleinen Gasse und lehnt sich eng an die anderen Häuser des Dorfes, dadurch geschützt vor der sommerlichen Hitze und winterlichen Kälte.

Das Haus des Künstlers hebt sich durch einen Zaun hervor, der durchbrochen ist von schmiedeeisernen Fabelwesen, natürlich vom Künstler selbst geschaffen. Die Vorgärten schmücken kleine bunte Skulpturen aus Treibholz und Metallschrott. Die in Griechenland üblichen großen Olivenölkanister als Pflanzbottiche für Blumen, die den Weg und Terrasse einsäumen, hat er ebenfalls bemalt. Das ganze Haus trägt überhaupt den Stempel seines künstlerischen Schaffens: der Wandteppich von einheimischen Frauen nach seinem Entwurf gewebt, der Entwurf für die Bodenfliesen, die selbstbemalten Vorhänge, die bemalte Verbindungstür zur Ferienwohnung, ein bemalter Fußabstreifer, bemalte Deckenbeleuchtung in der Gästetoilette, so daß man meint, man säße unter einem Märchenhimmel. Ja, Dietmar Damerau hat es nicht versäumt, selbst das Zeichen von „Männlein“ und „Weiblein“ an der Toilettentür zu fertigen.

Wer nun aber denkt, der Künstler malt die typisch griechischen Motive – Meer, Boote und weiße Häuser – irrt sich gewaltig. Einzig die griechische Mythologie hat Eingang in seine Kunst gefunden. Zentauren, die der griechischen Mythologie zur Folge aus dem Pelion stammen sollen, liebt er besonders, vielleicht aber geistern auch manche prußische Götter durch seine Bilder. Gefragt welcher Gruppe oder Richtung, welchem „Ismus“ er sich zurechne, sagt Dietmar Damerau: „Keinem ... meine Themen sind die große Welt, die gesamte Natur. Wenn ich teilweise auf alte Formen zurückgreife, so geschieht dies, weil meine Inhalte so alt sind wie die Welt. Träume und Märchen kann man nicht modernisieren. Sie sind stärker und tiefer als jede Meinung, Ideologie oder Vernunft.“

Natürlich hängen in jedem Raum Bilder von Damerau; Bilder manchmal voll hintersinnigem Humor und einer primitiven Naivität, ohne je süßlich oder kitschig zu sein. In seinem geräumigen Atelier ist ein großes Wandgemälde zu bestaunen, ein weiteres ist in Arbeit. Zu diesem Raum gehört ein Balkon, von dem man einen schönen Blick auf Lafkos hat, dort genießt der Künstler oft seinen Morgenkaffee mit einer griechischen Zigarette und am Abend, wenn er noch nicht nach griechischer Art das Kafeneion auf der Platia aufgesucht hat, seinen Wein. Fernseher, Auto oder Telefon hat Damerau nicht, dafür aber eine umfangreiche Bibliothek. Eine schwarze Katze leistet ihm das Jahr über Gesellschaft und ab und zu seine Lebensgefährtin aus Dänemark, wo er oft seine Winter verbrachte.

Dietmar Damerau spricht mittlerweile auch griechisch, deshalb ist sein Kontakt zu den Einheimischen gut und er ist voll in das Dorfleben integriert. Auch pflegt er Kontakt zu Deutschen, die in Lafkos ein Haus besitzen. Ein Ehepaar aus Düsseldorf, das am Rande des Dorfes ein modernes Haus gebaut hat, gestattete ihm, ein 10 x 10 Meter großes Deckengemälde für ihren Wohn-Schlafraum zu malen. Er brauchte drei Jahre dazu. Entstanden ist ein sehr buntes Werk, das Tiere, Menschen, Fabelwesen und Gegenstände zeigt. Damerau sagt von sich: „Kunst ist so etwas für mich wie Aus-sich-selbst-Schöpfen, ist oft schwierig und wird transportiert ins Hintersinnige, Skurrile.“ Skurril und surrealistisch ist dieses Deckengemälde. Zur Einweihung wurde das ganze Dorf geladen, es kam auch der Kultusminister aus Athen und das Fernsehen. Eine gute Reklame für den Künstler, der eine nächste Ausstellung mit anderen deutschen in Griechenland lebenden Künstlern in Volos plant. Auch in München ist wieder eine Ausstellung vorgesehen.



Ein Ostpreuße in Griechenland: *Dietmar Damerau und sein Atelier in Lafkos* Fotos (2): Young

Alles Zucker oder was?

Ausstellungen und Museen würdigen Rolle des süßen Stoffs in Geschichte und Alltag

Was gibt es Köstlicheres an heißen Sommertagen als ein kühles Eis? Vergessen wir einmal für einige Minuten die kleine Sünde, vergessen wir den Zucker in dieser Köstlichkeit, vergessen wir den Angriff auf die gute Linie. „Ein bißchen Spaß muß sein“, heißt es in einem alten Schlager. Ein bißchen Zucker darf sein, haben Ernährungswissenschaftler inzwischen erkannt. Unsere Vorfahren hätten sich über unsere „Angst“ vor Zucker gewundert, galt doch der weiße Stoff einst als besonders kostbare Köstlichkeit. Fürsten widmeten gar ganze Festbankette dem Zucker und den schönen Dingen, die Künstler daraus zauberten.

Der Apotheker und Chemiker Andreas Sigismund Marggraf war es, der 1747 in Berlin den Zucker in der Rübe entdeckte. Er untersuchte den weißen Mangold (Runkelrübe), die Zuckerwurzel und die rote Rübe. Mittels Alkohol zog er den Zucker aus den Rüben, ein Verfahren, das allerdings für die industrielle Verwertung nicht in Frage kam, war es doch zu kostspielig. Marggraf war übrigens der erste, der das Mikroskop bei chemischen Untersuchungen verwendete. Er erkannte auch, daß Rübenzucker dem sonst verwendeten teuren Rohrzucker, der aus den Kolonien kam, durchaus ebenbürtig war.

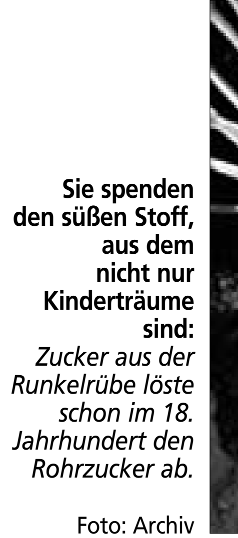
Schüler und unbezahlter Gehilfe von Marggraf war später der 1753 in Berlin als Nachkomme von Hugenotten geborene Franz Carl Achard. Bereits mit 21 Jahren wurde er 1774 als Ehrenmitglied in die „Naturforschende Gesellschaft in Berlin“ aufgenommen. Zwei Jahre später berief ihn Friedrich der Große in Anerkennung seiner Leistungen zum Ordentlichen Mitglied der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Dort hielt Achard Vorlesungen über Chemie und Experimentalphysik.

Als sein Lehrer Marggraf 1782 starb, wurde Achard zu dessen Nachfolger als Direktor der Physikalischen Klasse der Königlich-Preußischen Akademie berufen. Im gleichen Jahr erwarb er ein kleines Gut in Kaulsdorf bei Berlin, wo er begann, „Zucker aus europäischen Pflanzen mit Vorteil zu gewinnen“. Ein Brand zerstörte 1786 das Gut und Achard setzte ab 1792 seine Versuche in Französisch Buchholz bei Berlin fort.

Erst 1799 ersuchte Achard König Friedrich Wilhelm III. um ein Darlehen zur weiteren Erforschung des Rübenanbaus. Der König gewährte Achard 50.000 Taler, eine ansehnliche Summe, mit der das Gut Cunern im schlesischen Kreis Wohlau erworben werden konnte. Dort errichtete Achard 1801 eine Zuckerfabrik und erntete noch im selben Jahr 250 Tonnen Zuckerrüben. Im März 1802 verarbeitete er die Rüben zu Zucker – die erste Rübenzuckerfabrik nahm ihren Betrieb auf. Die sogenannte „Kontinentalsperre“ Napoleons I. begünstigte auch noch den Anbau heimischer Zuckerrüben, kam doch in dieser Zeit kaum noch Rohrzucker aus den Kolonien. In Berlin war es auch, daß Carl Scheibler 1867 ein Forschungs- und Ausbildungslabor einrichtete, das sich bald zum Zentrallaboratorium der deutschen Zuckerindustrie entwickelte und nun seit 100 Jahren unter der Bezeichnung „Institut für Zuckerindustrie“ weltweite Anerkennung findet. Zugleich wurde im Haus in der Amrumer Straße 32 ein Zucker-Museum eröffnet. Seit 1995 gehört es nun zum Deutschen Technikmuseum Berlin. Mit einigen exquisiten Ausstellungsstücken wird dort die Geschichte des Zuckers dargestellt. Viele Bilder und Dokumente erzählen von Zuckerrohr und Zuckerrübe; silberne Zuckerlöffel oder die hölzerne Zuckerrohrmühle, Rübenhacke oder Kandiskristalle machen neugierig auf die wirtschaftliche und kulturelle Rolle des süßen Stoffs. Eine umfangreiche Bibliothek steht nicht nur Schülern und Lehrern zur Verfügung, die das Zucker-Museum in Berlin gern als außerschulische Lehrstätte nutzen. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 9–16.30 Uhr, Sonntag 11–18 Uhr.

Ein Vergnügen für das Auge bietet derzeit eine Ausstellung im Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe. „Alles Zucker ...!?“ fragt man dort noch bis zum 8. August (täglich außer montags von 10–12 Uhr und von 15–17.30 Uhr). Vom Luxusgut bis zur Alltagsware führt die Bildungsreise durch die Kulturgeschichte des Zuckers, der auch in Itzehoe in einer, inzwischen allerdings abgerissenen Zuckerfabrik raffiniert wurde.

Clou der Ausstellung sind zweifellos die kleinen Kunstwerke aus Zucker, wie etwa ein Modell des Prinzeßhofs, aber auch alte Dosen, in denen die süße Köstlichkeit in Form von Schokolade oder Bonbons verwahrt wurde. Ob Sarotti-Mohr oder Cadbury-Schokolade, ob Lakritz oder Limonade, ob Marzipan oder Marmelade – ohne Zucker geht gar nichts. **Silke Osman**



Sie spenden den süßen Stoff, aus dem nicht nur Kinderträume sind: *Zucker aus der Runkelrübe löste schon im 18. Jahrhundert den Rohrzucker ab.*

Foto: Archiv



Süßes Kunstwerk: Ganz aus Zucker schuf Corinna Jansen den *Itzehoer Prinzeßhof, derzeit Schauplatz einer Ausstellung über dieses süße Lebensmittel.*

Foto: Museum / Michael Ruff

Vom »Sonnengebet« bis zur »Heuschrecke«

Yoga macht nicht nur fit, sondern auch viel Spaß / Sverre Gutschmidt besuchte ein Studio in Hamburg

Yoga – Ein Jahrtausende altes System körperlicher und geistiger Übungen, das meditative und sportliche Aspekte zu einem ganzheitlichen Bewußtsein verbinden will. So läßt sich die aus Indien stammende Lehre knapp erklären. Keine Angst: Die inzwischen zahlreichen Yogastile versprechen mehr als Esoterik – eben eine gelungene Mischung körperlichen und mentalen Trainings für jeden. Die fernöstliche Trendsportart ist so vielfältig, daß sie eher ruhige und sehr individuelle Übungen und Trainingsmethoden aber auch harte Proben für die eigene Kondition bietet. Was entgegen landläufiger Meinung einen Yogaexperten sicher nicht ausmacht: im Lotussitz zu hocken oder auf dem Kopf zu stehen. Mehr Fitneß oder ein verbessertes Körperbewußtsein und geistiges Training stehen allerdings bei allen Arten hoch im Kurs. Yoga ist daher ideal zur Steigerung des allgemeinen Wohlbefindens.

Auch Caroline (40) ist überrascht – „Bikram Yoga“, sie lacht über den Beitrag im Regionalfernsehen: „Kuck mal wie die alle schön schwitzen, die sind schon ganz rot.“ Noch albert sie, sie ahnt nicht, daß ihre Tochter den Beitrag nicht aus Zufall eingeschaltet hat. Die ungewöhnliche Lust an yogischen Übungen bei 32 Grad Celsius kommt aus den USA und wird dort von Prominenten wie Michael Jackson und Barbra Streisand zelebriert. „Bikram“ verspricht intensive Fitneß – wegen der Hitze garantiert ohne Muskelkater. Da der Körper nicht aufgewärmt werden muß, ist auch das Verletzungsrisiko geringer als bei herkömmlichen Übungen. Selbst bei geringster sportlicher Neigung läßt sich jederzeit einsteigen. Im Gegensatz zum öden Gestrampel an Trimm-Dich-Maschinen findet Yoga-Fitneß meist in der Gruppe statt, benötigt keine Geräte und ist daher jederzeit überall durchführbar.

Der erste Besuch im Yoga-Zentrum ist Caroline von der Tochter geschenkt worden. Nun muß sie hin. Im noblen Hamburger Stadtteil Eppendorf führt eine steile Treppe im Hinterhaus in die Räume eines der angesagtesten Studios. Doch ist Caroline nicht wegen der Star-Vorbilder hier. Die Geigerin erhofft sich Besserung für ihre Nacken- und Gelenkschmerzen. Schnell umgezogen, die große Wasserflasche gepackt, erklimmt sie erwartungsfroh eine schmale gußeiserne Treppe, die ins ausgebaute Dachgeschoß führt. Jetzt noch eine Schaumstoffmatte nehmen und schon beginnt das erste „Set“: sichtbar stolz auf ihre amerikanische Yogaausbildung begrüßt die Trainerin „alle neuen Yogis“. Der verspiegelte Raum mit seinem peinlich sauberen Spezialfußboden ist brütend heiß.

Mit Atemübungen geht es los, dann folgen die ersten einfachen Trainingseinheiten: „Abgesehen von der gewöhnungsbedürftigen Hitze ist es wie in jeder Muckibude“, sagt sich Caroline. Vergeblich versuchte sie bisher mit klassischen Fitneßstudiobesuchen ihre Wehwehchen zu kurieren und Kalorien zu verbrennen. Heute wird sie 26 neue Übungen kennenlernen und in zwei Stunden so ziemlich alle Muskeln und Bänder beanspruchen, die der Körper hat. Doch davon ahnt sie bestenfalls etwas. In glockenheller Stimme ruft die Yogameisterin zum „Sonnengebet“. Für Laien mutet es wie eine Mischung aus Liegestütze und Hände-hoch an. Caroline hält eisern durch. Währenddessen flötet Trainerin Judith suggestiv ein paar amerikanisierte Weisheiten aus dem Wissensschatz der fernöstlichen Lehre: „Clean the house and let it shine“, will heißen „Dein Körper ist wie ein Haus, räum mal richtig auf!“ Caroline stöhnt. Etwas monoton, die minutenlangen Wiederholungen, andererseits merkt sie erst jetzt, wie verspannt ihr Körper ist.

Die Yogastellungen wirken systematisch auf den ganzen Körper, machen ihn wieder beweglich. Auch innere Organe werden teils gezielt trainiert. Atemübungen sollen helfen, Energie zu tanken. Neben dem meditativen, auf Klänge und Melodien zur Entspannung bauenden Nada-Yoga setzen spezielle Formen wie Craniosacrales Yoga, der Name verweist auf die lateinischen Wörter für Kopf und Kreuzbein, auf gezieltes Training geschwächter Körperpartien, in diesem Fall der Wirbelsäule. Meist bekannt sind die Unterarten des auf Körpertraining ausgerichteten Hatha-Yoga, zu dem auch Bikram zählt. Für fast jeden findet sich eine passende Traditionsrichtung. Wer schnell Energie tanken will, sollte das vom nordindischen Volk der Sikh entwickelte Kundalini-Yoga nutzen.

„Bikram ist gut für dich“, weiß auch Judith und sagt es zur Bestätigung nochmals. Caroline ist inzwischen bei der „Heuschrecke“ angekommen. So wie das Tier zur Plage werden kann, scheint die Übung auch Caroline zu plagen: Auf den Armen vor der Brust liegend, streckt sie, dem Insekt ähnlich, die Beine nach oben. Wechsel dynamischer Bewegungen und statischer Halteübungen kennzeichnen die meisten Figuren. Beim plötzlichen Ausatmen aus der gestreckten Rückenlage ist ein lustiges aber gewolltes Ploppgeräusch zu hören. Den Oberkörper heben die Yogis nach vorn über die Beine, bis die Fingerspitzen die Zehen fassen. Ein erfahrener Yogi neben ihr nimmt das stoßweise Ausatmen sehr genau: „Puhh“ – Caroline hält sich lachend die Zehen. Jetzt weiß sie: Yoga macht nicht nur fit, sondern auch Spaß. ■



Yoga: *Viele der Übungen haben meditativen Charakter.*

Foto: C. Schacht



Kurz nach dem Attentat vom 20. Juli 1944: *Wilhelm Keitel, Hermann Göring, Adolf Hitler und Martin Bormann (v.l.n.r.) bereiten sich in der Wolfsschanze schon wieder auf den Besuch Benito Mussolinis vor.* Fotos (2): Archiv

Das feige Vorgehen der Attentäter schockierte uns

Betr.: „Sie mußten sich für ein Unrecht entscheiden" (Folge 29)

Ich möchte heute den 20. Juli 1944 schildern, wie ich ihn als junger Fähnrich erlebt habe. Allerdings bin ich überzeugt, daß der Artikel bei linkslastigen Zeitungen wenig Anklang finden wird, weil er nicht dem heutigen Zeitgeist entspricht.

Damals war ich mit etwa 60 jungen Offizieren und Offiziersanwärtern vom Fähnrich bis zum Leutnant in einem Waldhotel in Holland stationiert. Als wir am 20. Juli gemeinsam das Abendessen im Speisesaal eingenommen hatten, erhob sich der Hauptmann und teilte uns mit, daß auf unseren Führer ein Attentat verübt worden sei. Wahrscheinlich durch Funkverbindung oder sonstige Nachrichtenübermittlung waren auch schon Einzelheiten desselben bekannt, vor allen Dingen, daß Hitler überlebt hatte. Zunächst herrschte betroffenes Schweigen, dann brach ein Sturm der Entrüstung über den feigen Anschlag los. Am verwerflichsten fanden alle Kameraden die hinterhältige Ausführung des Attentats. Einfach die Aktentasche mit dem Sprengstoff abstellen und sich dann aus dem Staub machen, dabei das Leben und Verstümmelungen unschuldiger Teilnehmer der Führerbesprechung in Kauf nehmend, erregte starke Mißbilligung. Hätte der Attentäter erst Hitler von Mann zu Mann mit der Pistole niedergestreckt und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt oder die Aktentasche unmittelbar neben sich und ihm zur Explosion gebracht, dann hätte man dieser Selbstaufopferung wenigstens Achtung zollen können. Doch diese, meist blaublütigen Verschwörer, die sich bis zum Wendepunkt des Krieges von Hitler hoch dekorieren und in diverse Ämter hieven ließen, wollten sich bei den späteren Siegern eine günstige Ausgangsposition schaffen.

Bis tief in die Nacht und noch tagelang wurde zwischen uns jungen Offizieren diskutiert. Jeder sagte frei seine Meinung, ohne Folgen befürchten zu müssen. Es war nicht so, wie heutzutage die mit der Gnade der späten Geburt ausgestatteten Klugscheißer und Pseudohistoriker behaupten, das deutsche Volk hätte den Tod Hitlers jubelnd herbeigesehnt. Davon habe ich nichts gemerkt. Im Gegenteil stand das Volk nach der einsetzenden brutalen Kriegsführung der Alliierten gegen die Zivilbevölkerung und deren Ablehnung mehrerer Friedensvorschläge Hitlers größtenteils hinter ihm.

Nach dem Krieg und der politischen Umschulung wollte fast jeder zweite Deutsche ein Hitlergegner gewesen sein. Da muß ich damals wohl in einem anderen Land gelebt haben.

Horst Gabriel, Spangenberg

Bitte eines Stalingraders

Betr.: Patenschaftsabo

Gestatten Sie mir eine Bitte zu. Ich bin Hochschuldozent für Zeitgeschichte und Politikwissenschaften. Auf dem wissenschaftlichen Gebiet untersuche ich die Probleme der sozial-politischen und ökonomischen Geschichte Deutschlands in der neuesten Zeit. Jetzt bin ich arbeitender Rentner als Hochschuldozent an der Universität tätig (bei uns kann ein Rentner ohne Arbeit nicht existieren). In der heutigen russischen Situation ist es mir leider auch als Dozent aus materiellen Gründen nicht möglich, die *Preußische Allgemeine Zeitung* zu beziehen. Wäre jemand so freundlich für mich, einen gebürtigen Stalingrader, der die schrecklichen Luftangriffe der Augusttage 1942 überlebt hat, ein Patenschaftsabo zu übernehmen? Ich hoffe, daß sich jemand meiner heiklen Bitte annimmt, und möchte meinen besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit aussprechen.

Dr. Viktor Popow, Wolgograd, Rußland

Scheitern des Attentats zerstörte unsere Hoffnung

Betr.: „Sie mußten sich für ein Unrecht entscheiden" (Folge 29)

Nun jährte sich der 20. Juli 1944 zum 60. Mal. Diesen Tag erlebte ich als Kriegsgefangener östlich des Urals.

1941 hatte mein Bruder, der damals Jura in Königsberg studierte, gejubelt: „Wie lange wird es dauern, bis wir am Ural sind? Drei Wochen? Länger? Ach wo! Kaum so lange!" Diese Notizen meines Bruders fand ich erst kürzlich in alten Briefen, die meine Eltern aufbewahrt hatten. Ich war erschüttert. Ich hatte meinen Bruder, der stets bessere Zensuren in der Schule hatte als ich, nüchterner eingeschätzt.

Drei Jahre danach befand ich mich einige Kilometer hinter dem Ural, den mein Bruder und seine Studienfreunde 1941 in drei Wochen erreicht haben wollten. Und wie sah es dort aus? Die Bewohner im Ural brauchten ihre Fenster nicht abzudichten, und um die Kriegsgefangenenlager brannten nachts am Stacheldrahtzaun elektrische Lampen.

Als uns am 20. Juli 1944 der sowjetische Lagerkommandant mitteilte, daß auf Hitler ein Attentat verübt worden war, brüllten wir alle „Hurra!", denn mit der Beseitigung des Nazidiktators, das wußten wir, würde der Krieg enden und für uns eine Aussicht auf Heimkehr leuchten. „Hurra! Hurra! Hurra!" hatten wir gebrüllt und uns gestrafft. Und unser deutscher Lagerleiter ließ uns vor dem sowjetischen Major paradieren, obwohl die meisten von uns so etwas nie geübt, geschweige denn gemacht hatten. Vor allem auch nicht in Leinenschuhen mit Holzsohlen. Es klappte dennoch. Und der Major hob ernst seine Rechte an seinen Mützenschirm. So endete der Zählappell am Abend des 20. Juli 1944 im Lager II von Asbest hinter dem Ural.

Am Tag danach vernahmen wir, daß der Anschlag auf Hitler mißlungen war und Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine engsten Freunde bereits am Abend erschossen worden waren.

Unsere Hoffnung auf Frieden und eine baldige Heimkehr war damit zerschlagen.

Heinz Glogau, Brandenburg

Kein Interesse der Enkel bemerkt

Betr.: „Oma und Opa: Gefahr für die Moral" (Folge 23)

Leider habe ich noch nicht den Eindruck gewonnen, daß die Generation der Enkel sich für das Erleben ihrer Großeltern interessiert. Jedenfalls habe ich aus der jüngeren Generation noch keinen Leser für die Zusammenstellung meiner Erinnerungen und dokumentarischen Unterlagen („War Phoebes Opa wirklich zehn Jahre im Knast? Eliteschüler – Soldat – Kriegsgefangener") gefunden. Vielleicht finden sich aber Leser der *PAZ*, die sie an ihre Enkel weitergeben können.

Dieter Pfeiffer, Berlin

Verpflichtung gegenüber den Opfern, nicht den Tätern

Betr.: Zentrum gegen Vertreibungen

Völkermord und Vertreibung sind auch knapp 60 Jahre nach der Vertreibungsorgie der Sieger des Zweiten Weltkrieges noch immer nicht von unserer Welt gebannt. Staaten aus unserer nächsten Nachbarschaft sind wieder daran beteiligt. Dagegen gilt es Zeichen zu setzen. Solche Zeichen können Zentren gegen die Vertreibung sein, die nicht nur in Berlin, sondern beispielsweise auch in Warschau oder Prag errichtet werden, haben doch Polen wie Tschechen wieder einen „großen Bruder" gesucht, sind einer Allianz beigetreten, die Kriegsverbrechen begeht, als Besatzungsmacht die Bevölkerung quält, terrorisiert, einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung führt. Diese Staaten, die augenscheinlich Unrecht als Staatsdoktrin praktizieren, haben weder etwas gelernt noch ihre Vertreibungsverbrechen gegen die deutsche Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, in Pommern, Schlesien, in Ostbrandenburg und den Sudeten bereut. Letztendlich brauchen wir nicht nur ein Zentrum, sondern viele – an den Orten des begangenen Unrechts. Aber anfangen müssen wir jetzt mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin als Zeichen der Erinnerung, der Mahnung, aber auch der Anklage der Schuldigen brutalster Menschenrechtsverletzungen nach 1945 wie heute. Gegen solche Zentren können nur die Täter und ihre Komplizen von einst und jetzt protestieren. Doch deren Haßtiraden dürfen uns nicht schrecken, da wir uns nicht den Tätern, sondern den Opfern verpflichtet fühlen sollten.

K. Radzimanowski, Eggersdorf

Wieder Monarchie!

Betr.: „Gottlos in die Zukunft" (Folge 26)

Zu der Ausgabe kann man Ihnen mal wieder gratulieren. Ihr Artikel „Gottlos in die Zukunft" über den fehlenden Gottesbezug in einer europäischen Verfassung ist klar und eindrucksvoll. Die Ideologie von 1789 mit ihrem Götzen „Vernunft" ist geistig, moralisch und politisch am Ende. Sie und ihre Töchterideologien haben genug Unheil angerichtet. Uns bleibt als Ausweg nur die Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie, in der das so oft falsch interpretierte „von Gottes Gnaden" und das Fundament der zehn Gebote die Selbstherrlichkeit einschränkten. Die Parteienherrschaft hat zur Entartung geführt.

Besonders gefreut habe ich mich über den Leserbrief von Herrn Wilhelm Kümpel mit dem so ansprechenden Foto SKH Prinz Georg Friedrich.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Otto Rehagel: *Der deutsche „König der Griechen" hat den Job des Trainers der deutschen Nationalmannschaft dankend abgelehnt.*

Richtige Richtung

Betr.: „Rot-Grün – wie lange noch?" (Folge 25)

Ich denke, Rot-Grün wird schon durchhalten, vor allem, wenn es denn Schröder und Müntefering gelänge, die SPD auf einen Kurs zu bringen und von ihrer Schaukelpolitik Abstand zu nehmen. Die große Richtung stimmt ja, eine andere könnte die Opposition auch nicht einschlagen. Und ob sie es so viel besser machen würde, ist auch nicht gewiß. Ich halte Frau Merkel nicht für eine Hoffnungsträgerin.

Günther Wolfsberg, Köln

Ehrenkranz für Brentano

Betr.: „Sein Leitbild war das christliche Abendland" (Folge 25)

Vielen Dank für die ausführliche und eindrucksvolle Dokumentation zum Leben und Wirken von Heinrich v. Brentano. Ja, das christliche Abendland sollte verstärkt wieder zu unserem Fundament werden.

Heinrich v. Brentano wirkte Jahre für die CDU hier in Südhessen, und er hatte sein CDU-Büro auch in Heppenheim, Schunkengasse 4. Er verstarb am 14. November 1964 und wurde auf dem Waldfriedhof in Darmstadt beigesetzt. Heinrich v. Brentano, dessen Geburtstag sich am 20. Juni zum 100. Mal jährte, zählte zu den prominentesten Politikern der Bonner Nachkriegsdemokratie. Am 20. Juni 2004 haben die Christdemokraten vom Kreis Bergstraße und Vertreter der Stadt Darmstadt zur Würdigung und Ehre einen Kranz auf dem Waldfriedhof Darmstadt niedergelegt. Der Schreibtisch von Heinrich v. Brentano diente mir von April 1972 bis 1976 als Arbeitsplatz.

Renate Klause, Heppenheim

Wahlpleite ein Aufschrei des Volkes

Betr.: „Die Saat einer falschen Politik" (Folge 25)

Nun scheint die Saat aufzugehen. Die Früchte zeigen ihre verheerende Wirkung. Der Bürger hat es bereits gemerkt. Er macht da nicht mehr mit. Nur die Politiker in allen Parteien spüren es noch nicht. Der Wahlboykott von über 55 Prozent ist das erste ernstzunehmende Alarmzeichen. Der Bürger dieses Landes hat die „Schnauze" voll. Lediglich die Politiker glauben noch immer, im richtigen Boot zu sitzen, um das Staatsschiff vor dem Untergang zu bewahren. Nun wird es ernst. Wenn Deutschland nicht gänzlich zwischen den Mühlsteinen des ganzen multikulturellen Zinnobers erdrückt werden soll, so muß die Wahlpleite der etablierten Parteien bei den Europawahlen als ein Aufschrei des ganzen Volkes verstanden werden.

J. F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn/Ts.

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Rehagels »nein« zeugt von Charakter

Betr.: „Die Griechen und ihr Otto" (Folge 28)

Ich kann dem Gedanken, den Sie in Ihrem Leitartikel darlegen, nur voll zustimmen. Es ist eben nicht nur das spielerische Können allein, das über und für den Erfolg einer Mannschaft entscheidet.

Bei den Griechen, die sich in einem antiquierten Spielsystem (von der Technik aus gesehen) die Europameisterschaft „erschossen", waren wohl primär so etwas wie die „preußischen Tugenden" der „Vater des Erfolges". Und nun wundert sich noch die gesamt Spitze des DFB, wenn ein Mann wie Otto Rehagel Charakter und Rückgrat zeigt, sein Wort gegenüber den Griechen hält und wahrscheinlich auf ein hohes „Lockgeld" verzichtet.

Unser „Wunder von Bern" hatte einen ähnlichen Ausgangspunkt. Vor einigen Wochen lief darüber ein Film im Fernsehen. Da man als guter und politisch korrekter Deutscher ein Nestbeschmutzer sein muß, hatte man auch sofort den Grund des Erfolges gefunden: die Deutschen hätten von sich aus gar nicht so gut spielen können, da mußte etwas anderes im Spiel gewesen sein: Doping!

Wiltrud Becker-Wessels, Hamburg

Neuer Uni-Preis

Die Universität von Ermland und Masuren sowie die italienische Universität Bari haben gemeinsam für ihre jungen Mitarbeiter den Königin-Bona-Preis gestiftet. Benannt ist der mit 1.000 Euro dotierte Preis nach der Ehefrau des polnischen Königs Zygmunt I. aus dem italienischen Hause Sforza, die schon 1545 und damit 400 Jahre vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges die östliche Hälfte des Kreises Lyck Polen zugeschlagen wissen wollte. Über den gemeinsamen Preis hinaus kamen die beiden Hochschulen auch überein, daß sie ihre Diplome gegenseitig anerkennen werden. Nach den Worten des Rektors der Universität Bari, Giovanni Giro, wird die polnische Akademikerschmiede eine führende Rolle in den Außenbeziehungen seiner Einrichtung einnehmen. Außer mit der Universität von Ermland und Masuren arbeitet die Universität Bari mit fast 50 weiteren Hochschulen in ganz Europa zusammen. An der italienischen Bildungs- und Forschungsstätte wurde für diese Aufgabe im vergangenen Jahr sogar eine eigene Gesellschaft gegründet. ■

Neue Hummer

Russischer Kaviar ist bekannt, doch russischer Hummer? Spätestens jetzt gibt es auch ihn. Bei „Avtotor“ im Königsberger Gebiet wird neben deutschen und koreanischen Modellen nun auch der nach dem Krustentier benannte Geländewagen hergestellt, der bei den US-Streitkräften die Nachfolge des Jeeps angetreten hat, und zwar das aktuelle Modell, der H2. ■



Hummer H2: *Die zweite Generation des Jeep-Nachfolgers* Foto: Archiv

Schreckensfund

Einen grauenvollen Fund machten die herbeigerufenen Rettungskräfte auf der Nevskij-Straße in Königsberg: Sie zogen aus einem Kanalisationstrog die verbrannte Leiche eines Obdachlosen. Ein Anwohner hatte die Feuerwehr gerufen, weil die Nachbarn sich seit einer Woche über den immer stärker werdenden Gestank beschwert hatten, der ihnen beim Passieren der Stelle entgegenschlug. Nach vorläufigen Ermittlungen war der Obdachlose in die Kanalisation geklettert und hatte dort ein Feuer entfacht, um sich zu wärmen. Dabei muß er eingeschlafen sein. Nach Angaben der Polizei soll dies kein Einzelfall sein. Fast wöchentlich würden ähnliche Fälle bekannt, in denen Obdachlose entweder verbrennen oder am Rauch des Feuers ersticken. **MW**

Visumfrei

Jaroslaw Czubinski, Polens Generalkonsul in Königsberg, hat offiziell bestätigt, daß Personen, die vom südlichen Ostpreußen aus mit Ausflugs- und Touristenschiffen über das Frische Haff nach Pillau oder Königsberg fahren, auch weiterhin kein Visum brauchen, daß vielmehr wie bisher ein Eintrag in die Passagierlisten, die mindestens drei Tage vor der Fahrt bei den zuständigen russischen Stellen eingereicht werden müssen, genügt. Letzten Monat hatten die russischen Grenzbehörden damit gedroht, den Passagierschiffsverkehr zwischen Elbing und Frauenburg sowie Königsberg und Pillau längerfristig zu unterbinden (siehe Folge 27). ■



Die Ausgangssituation: Eine durch Brand völlig zerstörte Gründerzeitvilla

Drei Flaggen im Wind

Deutsch-Russisches Kulturhaus »Friedland-Prawdjinsk« eingeweiht

Im Königsberger Gebiet ist nach dem von der Stiftung Königsberg getragenen Deutsch-Russischen Haus in der Pregelstadt eine zweite Begegnungsstätte für das Miteinander von Russen, Rußlanddeutschen und Deutschen eröffnet worden. In Friedland wurde das Deutsch-Russische Kulturhaus „Friedland-Prawdjinsk“ am 19. Juni mit einem Festakt feierlich eröffnet.

Das Haus – eine Villa aus der Gründerzeit – wurde mit Mitteln der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen restauriert. Das Haus war zuvor durch Brand völlig zerstört worden. Das Projekt – Rayonchef Bakalin hatte es zur Chefsache gemacht – wurde auch durch die Stadtverwaltung Friedland gefördert.

An der Einweihung nahmen der Landesgruppenvorsitzende der LO in Bremen, Helmut Gutzeit, und seine Ehefrau Irmchen teil. Gutzeit, selbst Bauunternehmer, hatte die Restaurierung fachlich begleitet und war während der Rekonstruktionsphase wiederholt vor Ort.

Dem Ehepaar Gutzeit wurde nach altem Brauch bei der Einweihungsfeier Brot und Salz überreicht. Für die erste Etage des Hauses hat sich die LO für 20 Jahre ein Nutzungsrecht vertraglich einräumen lassen. Neben einem größeren Sitzungszimmer befinden sich dort eine Küche, sanitäre Einrichtungen und ein voll ausgestattetes Schlafzimmer.

Rayonchef Bakalin dankte in seiner Ansprache der LO und dem Ehepaar Gutzeit für die tatkräftige Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland. Seine Stadt habe durch das fertiggestellte Projekt an Anziehungskraft gewonnen.

Helmut Gutzeit, der die Grüße des Sprechers der LO überbrachte, gab seiner Freude über die fachmännische Restaurierung des Kulturhauses Ausdruck. Er und seine Frau hätten sich als gebürtige Ostpreußen gerne in den Dienst der deutsch-russischen Zusammenarbeit gestellt.

Die russischen Gastgeber hatten zur Eröffnungsfeier neben den Fahnen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland auch die Elchschaufelflagge der LO gehißt. **EB**



Am Tage der Einweihung: *Das Deutsch-Russische Kulturhaus „Friedland-Prawdjinsk“ mit den im Garten gehißten Flaggen Rußlands, Deutschlands und der Landsmannschaft Ostpreußen* Fotos (3): privat



Haben sich um das Entstehen des Kulturhauses verdient gemacht: *Irmchen Gutzeit, ihr Ehemann, der Landesgruppenvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Bremen Helmut Gutzeit, und der zuständige russische Rayonchef Bakalin (von links)*

Zeckengefahr

Polens Epidemiologen schlagen Alarm. In den letzten Wochen ist es im südlichen Ostpreußen zu auffallend vielen Borrelieninfektionen gekommen. Die Zahl der Erkrankungen an Borreliose liegt mit über 120 bereits zweimal so hoch wie im vergangenen Jahr. Die gefährliche Krankheit wird von Erregern der Gruppe Borrelia hervorgerufen. Infizierte Zecken übertragen die Krankheitserreger beim Ansaugen des menschlichen Blutes mit ihrem Speichel. Die wärmeren Monate von April bis Oktober sind die gefährlichsten. Im Frühling und Sommer übertragen die Blutsauger auch Hirnhautentzündung auslösende Viren. Erkrankte letztes Jahr eine Person an diesem heimtückischen Leiden, so waren es in diesem Jahr bereits fünf.

Deshalb ist insbesondere jetzt bei jedem Betreten des Waldes Vorsicht geboten. So sollte man nicht ins Unterholz oder Gebüsch gehen. Ebenso sollte man sich nicht im Freien ohne Unterlage auf Baumstämme und Bootsstege oder in Wiesen legen. Empfehlenswert sind helle, einfarbige Kleidung und feste Schuhe mit Strümpfen. Starker, die Zecken anziehender Körpergeruch sollte vermieden werden, und auf die ungeschützte Haut sollte man Insektenschutzmittel auftragen. Abends sollte man seinen Körper nach Zecken absuchen und duschen. Falls sich trotz solcher Vorsichtsmaßnahmen eine Zecke festgesaugt hat, ist diese möglichst schnell zu entfernen, da eine Übertragung von Erregern meist erst nach Stunden erfolgt. Im Zweifelsfall ist ein Arzt zu Rate zu ziehen. ■

Brachert-Reliefs

Aus dem Werk Hermann Bracherts sind fünf Reliefs, die sich bisher im Hof des Königsberger Dom-Museums befanden, dem Brachert-Museum in Georgenswalde übergeben worden. Wie die Museumsdirektorin Alla Sarul mitteilt, stammen vier der Kunstwerke vom Gebäude der ehemaligen Spulenfabrik im Königsberger Hafen. Ein zwei Meter breites dreieckiges Relief ist sogar in Herbert Meinhard Mühlpfordts „Königsberger Skulpturen und ihre Meister 1255 bis 1945“ verzeichnet. Auch das dreiteilige Relief „Pastorale“ aus dem Jahre 1930 befindet sich unter den Kunstgegenständen. Allen diesen Arbeiten ist gemein, daß sie wertvolle Meisterwerke des Bildhauers sind und im Museum auch ausgestellt werden sollen. **MRK**

Gift im Müll

Als in Seerappen, Kreis Samland ein Fahrer der Müllabfuhr in der Straße Schelesnodoroschnij den Müll einsammelte, machte er eine seltsame Entdeckung. Er hob wie gewöhnlich eine Tonne auf den Wagen, kippte den Inhalt hinein und betätigte das Mahlwerk. Plötzlich floß aus der Karosserie ein silberfarbener Rinnsal, der sich als Kügelchen über den Asphalt verteilte. Sofort griff er zum Telefon. Nach einer Stunde trafen Mitarbeiter des chemisch-radiometrischen Labors aus Königsberg ein. Sie sammelten über drei Kilogramm Quecksilber ein. Woher das giftige Metall stammte, konnte noch nicht geklärt werden. **JJ**

Wechselkurse

Ein Euro hatte vorletzten Donnerstag den Wert von 4,43753 polnischen Zloty, 36,01849 russischen Rubeln oder 3,45280 litauischen Litas. Umgekehrt war ein Zloty 22,535 Cent, ein Rubel 2,776 Cent oder ein Litas 28,962 Cent wert. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr. ■

Das Ostpreußenblatt
Preußische Allgemeine Zeitung

Deutsche Oper gastiert in Königsberg

Für Siegfried Matthus' Opernvision von Rilkes »Cornet« sind noch Karten zu haben

Reiten, reiten, reiten, durch den Tag, durch die Nacht, durch den Tag. Reiten, reiten, reiten ..." Diese einprägsamen Worte des Dichters Rainer Maria Rilke (1875–1926) haben Generationen beeindruckt. Landser trugen sie gar im Ersten und im Zweiten Weltkrieg als Insel-Taschenbuch mit ins Feld. Sie stammen aus der Prosa-Dichtung „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke". Der Dichter beschreibt, wie der junge Christoph in den Krieg gegen die Türken reitet. Seine Einheit wird jedoch auf einem Schloß von dem heranrückenden Feind überrascht, das Schloß in Brand gesteckt. Der Cornet (Fahnenträger) aber hat just in diesem Schloß seine erste Liebesnacht in den Armen der Gräfin erlebt. Er ergreift die Fahne („Er muß eher das Leben, als sich seine Standarten nehmen lassen", Der Vollkommene Teutsche Soldat etc., Leipzig 1726) und eilt aus dem brennenden Schloß, wirft sich aufs Pferd und reitet den Kameraden voraus. Schließlich fällt er auf dem Schlachtfeld.

Der „Cornet" entstand in einer ersten Fassung 1899, wurde aber erst 1904 veröffentlicht. Rilke schrieb einmal, der „Cornet" sei das Produkt einer einzigen Nacht gewesen, „einer Herbstnacht, hingeschrieben bei zwei im Nachtwind wehenden Kerzen". Auf das Thema war der Dichter bei einem Onkel gestoßen, der Ahnenforschung betrieb. In einer alten Akte fand sich der Name „Christoph Rülcke zu Linda", der 1660 als junger Cornet im österreichischen Heer gestorben war. Rilke verlegte den Tod seines Helden um drei Jahre in den Krieg Österreichs gegen die Türken und schuf eine heroische Prosadichtung. Er verklärte den „Heldentod" und verknüpfte ihn mit erotischen Motiven, so traf er mit der „Weise von Liebe und Tod des Cornet Christoph Rilke" den Geschmack seiner Zeit. Der „Cornet" wird Rilkes erfolgreichstes und bekanntestes Werk, ist aber wegen der Verherrlichung des Soldatentodes durchaus umstritten.

Als der Komponist Siegfried Matthus, geboren 1934 in Mallenuppen, Kreis Darkehmen (Angerapp) sich daran machte, den „Cornet" musikalisch zu bearbeiten, wußte er um diese Problematik. Er weist den Gedanken der Opferverherrlichung entschieden zurück, sieht ganz andere Motive in der Rilke-Dichtung: „Mir war von vornherein klar, daß der Rilkesche Text nicht die Realität des Krieges spiegelt", so Matthus, „sondern die Vision des Cornets ... Die psychologische Entwicklung des Cornets ist von Rilke phantastisch beobachtet und erfaßt. Wie aus der Streßsituation des Reitens, Tag und Nacht, visionäre Bilder Gestalt annehmen, wie er in einer steinernen Säule eine Frau sieht, wie aus dem Alleinsein die Vision des jungen Weibes entsteht ... das sind Situationen, die zum Höhepunkt der Geschichte führen, seiner ersten Begegnung mit einer wirklichen Frau. Und trotz alledem ist die drohende Realität des Krieges der reale Hintergrund dieser psychologischen Geschichte ..."



Der Veranstaltungsort: *Die mittlerweile als „Kaliningrader Philharmonie" genutzte ehemals katholische Kirche „Zur Heiligen Familie"* Foto: Archiv

Visionen statt Opfertod. Und so nannte Siegfried Matthus dann auch sein 1985 von der Deutschen Oper Berlin uraufgeführtes Werk „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" eine Opernvision nach Rainer Maria Rilke. „Ich meine, ‚Opernvision' trifft konkret auf die vorliegende Partitur zu", so Matthus. „Und zwar deshalb, weil ja in dieser Oper auch Visionäres, Utopie gestaltet wird." Immer wieder ist diese Oper aufgeführt worden. Die Kritik äußerte sich lobend, etwa *Die Presse* in Wien 1987: „Matthus hat eine ‚spielbare' Oper geschaffen, die auch einem Publikum, das nicht Rätsel raten mag, etwas sagt." Oder *Die Welt* 1993: „Matthus' Musik fasziniert durch ihre Eigenständigkeit und setzt den berühmten Text ohne Gefühligkeit um. Matthus geht jeder Verkitschung aus dem Weg ..." Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zur selben Münchner Aufführung 1993: „Matthus ... hat einen Ton gefunden, der das zwischen Vision und Realität spielende Geschehen nicht in die rauhe und allzuoft grobe Bühnenwirklichkeit zerrt. Die Instrumentation ist luftig und schlank, mit Flöten, Harfen, Horn, Xylophonen und Glockenspiel; ein großer Schlagapparat sorgt für die Härten militärischer Akzente ..."

Im Rahmen der deutsch-russischen Kulturbegegnungen wird nun „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" in einer halbszenischen Aufführung von Chor, Orchester und Solisten der Deutschen Oper Berlin in Königsberg aufgeführt. Mit von der Partie sind auch Solisten der Kammeroper Schloß Rheinsberg. Unter der Leitung von Will Humburg, der schon an drei verschiedenen Inszenierungen der Opernvision von Matthus mitwirkte, werden die Künstler am 4. und 5. September in der „Kaliningrader Philharmonie", der ehemals katholischen Kirche „Zur Heiligen Familie", auftreten, leider nicht wie ursprünglich geplant im Königsberger Dom. Das Musikerlebnis wird dennoch ein vollkommenes sein, dessen sind sich die Veranstalter gewiß. Eine Maschine mit Mitgliedern der Deutschen Oper Berlin wird am 2. September von der Bundeshauptstadt aus in Richtung der Pregelmetropole fliegen. Die Maschine startet um 7.30 Uhr und fliegt am 6. September wieder zurück nach Berlin. Auf dem Flug sind noch einige Plätze frei (Flug 385 Euro, zuzüglich Visagebühren und Hotelkosten). Wer Interesse an dieser Reise hat, wende sich bitte direkt an das Lufthansa City Center, Übersee Reisebüro GmbH, Uhlandstraße 162, 10719 Berlin, Telefon (0 30) 88 03 13 21, Fax (0 30) 88 03 13 33; Ansprechpartner sind Frau Jahn und Frau Scharrenberg.

Es ist übrigens nicht das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, daß Kompositionen von Siegfried Matthus in Königsberg aufgeführt werden. Bereits 1992 erklangen sein Oktett „Ich komme einen Weg" und das Konzert für Violine und Orchester sowie das „Kleine Orchesterkonzert" in der Interpretation des Symphonieorchesters der Pregelmetropole unter der Leitung von Arkadij Feldman. Es war allerdings das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, daß in Königsberg zeitgenössische deutsche Musik aufgeführt wurde. Eine Entwicklung, die hoffen läßt. **Silke Osman**

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

„Wo ist Hildegard?" könnte über der Frage stehen, die uns als E-Mail aus Israel erreichte. Sie könnte aber auch anders formuliert werden: „Wer ist Hildegard?" Denn Dr. **I. Machtey** sucht eine Frau, von der er nur den Vornamen weiß und die er schon vor 59 Jahren aus den Augen verloren hat. Damals war Hildegard von den russischen Besatzern aus ihrer Heimat Ostpreußen in den Ural verschleppt worden. Im GULag Nummer 4, neben Nizhnii-Tagil, half die Gefangene dem jungen Arzt I. Machtey bei der Arbeit. Es ist möglich, daß die damals etwa 20jährige bereits Erfahrungen auf medizinischem Gebiet hatte, vielleicht als Krankenschwester, oder sie erwies sich als geeignet für diese Arbeit. Dr. Machtey weiß nichts über ihre Familie, nur, daß Hildegard aus dem Raum Königsberg stammte. Er besitzt aber noch ein Foto, das ein junges Mädchen zeigt, nicht sehr groß, mir rundem, freundlichem Gesicht und dunkelblondem oder braunem Haar, über der Stirn hochgekämmt. Das Bild ist in der Zeit zwischen dem April und dem Juni des Jahres 1945 aufgenommen worden. Ob Hildegard in dem Lager verblieb oder in ein anderes kam, ob und wie sie nach Deutschland zurückkehrte, ist unbekannt. Falls sie noch lebt und diese Zeilen liest, wird sie sich wohl an das Lager und den jungen Mediziner erinnern. Vielleicht können nen auch ehemalige Leidensgefährtinnen oder Familienangehörige Auskunft über Hildegards Schicksal geben. (Dr. I. Machtey, 3, Brande St., 49600 Petah Tiqva, Israel, E-Mail: machtey@zahav.net.il.)

Auf der Suche nach Informationen über seine aus dem Raum Danzig/Westpreußen stammende Familie hat sich **Horst Kreft** an uns gewandt. Sein Schwiegersohn **Dirk Oelmann** übermittelte die Wünsche, die wir auch veröffentlichten. Nun erhielt dieser neue Unterlagen und bittet uns um eine weitere Suche. Es geht um **Werner Kreft**, * 1926 in Danzig-Langfuhr, eingeschult 1932/33 in Zoppot oder Schulitz. Sein Vater **Paul** Kreft, * 21. Februar 1893 in Wertheim bei Neustadt/Westpreußen war von Beruf Bauarbeiter und wohnte in Zoppot, Erlenstraße 3. Mit seiner Ehefrau **Maria** geborene **Vogt** (**Voigt**) hatte er fünf Kinder. Paul Kreft wurde am 11. Dezember 1942 wegen seiner politischen Haltung vom Hamburger Oberlandesgericht verurteilt und kam am 22. Januar 1943 in das Lager Griebo bei Zerbst. Am 16. April 1943 wurde er nach Hamburg-Fuhlsbüttel verlegt und bereits eine Woche später in das Zuchthaus Rendsburg eingewiesen. Wer hat Paul Kreft und seinen Sohn Werner gekannt, wer kann sich an die Familie erinnern? (Dirk Oelmann, Bernauer Straße 61 in 16515 Oranienburg.)

„Es ist doch schön, wenn Landsleute in ihren Erinnerungen kramen und anderen damit eine Freude machen können!" schreibt **Ruth Töppel**. Sie hat es wieder einmal zu spüren bekommen, denn kaum war ihr Wunsch nach der Geschichte vom „Meister Hämmerle" in unserer Zeitung erschienen, hatte **Horst Borowsky** sie in einem alten Lesebuch entdeckt und eine Fotokopie Frau Töppel zugesandt. Und nicht nur sie freute sich darüber, sondern auch ihr Pfarrer, der sie seit langer Zeit vergeblich gesucht hatte! Ja, eine Ostpreußische Familie muß man haben!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schanko, Johanna, geb. Sujatta, aus Grünheide, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 53, 24147 Kiel, am 1. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eichler, Fritz, Hauptmann a. D., aus Wolfshagen, jetzt Schulstraße 11, 57629 Atzelgift, am 26. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bergmann, Susanne M., aus Burdungen, Kreis Neidenburg, jetzt Wienerstraße 86, 64287 Darmstadt, am 31. Juli

Janz, Antonia, geb. Hellwich, aus dem Kreis Elchniederung, jetzt Natelsheideweg 16, 30900 Wedemark-Bissendorf, am 30. Juli

Mertins, Gertrud, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Burgjosser Straße 4, 63637 Jossgrund-Oberndorf, am 30. Juli

Pertek, Friedrich, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Georg-Böhm-Straße 11, 21337 Lüneburg, am 27. Juli

Rogge, Minna, geb. Rehberg, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Krieterstraße 7, 21109 Hamburg, am 28. Juli

Scheffler, Erna, geb. Teschner, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Seniorenwohnanlage Am Burgplatz 2, 28719 Bremen, am 27. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brozio, Martha, geb. Czybulka, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Am Kirchtor 2, 31085 Everode, am 1. August

Gerlach, Lotti, aus Königsberg, jetzt Seniorenzentrum, 26419 Schortens, am 28. Juli

Morgenroth, Frida, geb. Bordihn, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Am Gartenheim 8, 24119 Kronshagen, am 1. August

Peikowski, Hildegard, aus Lötzen, jetzt Dorfstraße 27, 25770 Lieth, am 31. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dzingel, Helene, geb. Saborowski, aus Legenquell, Kreis Treuburg, jetzt Grupellostraße 21, 40210 Düsseldorf, am 15. Juli

Hans, Ruth, geb. Jankowski, aus Lyck, Lycker Garten 57, jetzt Hospitalstraße 6, 48727 Billerbeck, am 30. Juli

Paetz, Otto, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Ostdeutsche Straße 11, 33034 Brakel, am 30. Juli

Rehbein, Erika, geb. Budnik, aus Treuburg, Markt 60, jetzt Prediger Straße 13, 17207 Röbel/Müritz, am 13. Juli

Sack, Ursula, aus Königsberg, jetzt Haus der Bremischen Schwesternschaft, St. Pauli-Deich 26, App. 307, 28199 Bremen, am 30. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Richardt, Eva, geb. Richert, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Sonnenhof Aligse, 31275 Lehrte, am 28. Juli

Schlenther, Alfred, aus Warsche, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 38, 23627 Groß Grönau, am 26. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Friedrich, Herta, geb. Schurna, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, jetzt Schwabstraße 8, 72581 Dettingen, am 28. Juli

Giese, Erna, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Bonnusstraße 3, Gerstung-Haus, 23568 Lübeck, am 1. August

Szameizent, Herbert, aus Memel, jetzt Plumpstraße 6, 23701 Eutin, am 31. Juli

Zurawski, Hans, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Straße des Friedens 93 a, 09337 Reichenbach, am 4. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bojarra, Herbert, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Holtener Straße 32, 46539 Dinslaken, am 27. Juli

Fuchs, Gustav, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Dorfplatz 4, 18230 Roggow, am 27. Juli

Hammer, Reinhard, aus dem Kreis Elchniederung, jetzt Doris-Heye-Straße 43, 2693 Elsfleth, am 28. Juli

Korella, Wilhelmine, geb. Symannek, aus Klein-Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Biebersteiner Straße 26, 51674 Wiehl, am 17. Juli

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** S. Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon	**(040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

Krause, Erna, geb. Pawellek, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Rohlingstraße 5, 45899 Gelsenkirchen, am 28. Juli

Mau, Hedwig, geb. Radzio, aus Masuren, jetzt Auf der Heide 12, 30855 Langenhagen, am 15. Juli

Monkowius, Eva, geb. Feuerabend, aus Allenburg, Herrenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Südliche Ringstraße 16, 91126 Schwabach, am 1. August

Natan, Frieda, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, jetzt Hirschdorfer Straße 15, 87493 Lauben, am 28. Juli

Natau, Frieda, geb. Schaguhn, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Hirschdorfer Straße 15, 87493 Lauben, am 28. Juli

Preuss, Elly, geb. Wittwer, aus Treuburg, Bahnhofstraße 28, jetzt Potsdamer Straße 3, 55543 Bad Kreuznach, am 15. Juli

Schedlinski, Helene, geb. Tomkowitz, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, jetzt Holitzberg 89 b, 22417 Hamburg, am 26. Juli

Schiminowski, Anna, geb. Falkowski, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmansker Straße 5 c, 06130 Halle, am 30. Juli

Weimar, Lydia, geb. Topeit, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Spliedtring 20, 22119 Hamburg, am 27. Juli

Woldt, Elsa, geb. Becker, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Meierskamp 5, 29225 Celle, am 20. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Ernst (Uhrmachermeister), aus Groß Medunischken, Kreis Darkehmen, jetzt Ginnheimer Landstraße 198, 60431 Frankfurt am Main, am 27. Juli

Bassen, Liesbeth, aus Insterburg, Albert-Stadie-Straße 1, jetzt Lohmüllenstraße 3, 27383 Scheeßel, am 27. Juli

Behrendt, Anna, geb. Zucht, aus Waschetta, Kreis Osterode und Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Wildnis 20, 52134 Herzogenraht, am 26. Juli

Dzwingel, Martha, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Im Nordfeld 6, 31535 Neustadt, am 30. Juni

Fidorra, Ottilie, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Ulitzkastraße 24, 51036 Köln, am 28. Juli

Grasteit, Auguste, geb. Schmidt, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Walkmühlenstraße 39, 27432 Bremervörde, am 30. Juli

Kemke, Ingeborg, geb. Ruer, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Schloßstraße 7, 71570 Oppenweiler, am 24. Juli

Kühl, Horst, aus Klein-Katz/Neustadt, jetzt Kransberger Weg 9, 60439 Frankfurt am Main, am 28. Juli

Michalski, Friederike, geb. Brenda, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Schönscheidstraße 13, 45307 Essen, am 28. Juli

Neumann, Rolf, aus Treuburg, Markt 53, jetzt Bördestraße 8, 28717 Bremen, am 12. Juli

Rutte, Charlotte, geb. Rauter, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Dithmarscher Straße 5, 24539 Neumünster, am 29. Juli

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Grootmoor 130, 22175 Hamburg, am 26. Juli

Zander, Erich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Fürstenbrünnchen 25, 51429 Bergisch Gladbach, am 21. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balzer, Elly, geb. Wilzopolski, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Altluneberger Straße 14, 27619 Schiffdorf, am 25. Juli

Deggim, Luise, geb. Endschen, aus Pillkoppen, Kreis Fischhausen, jetzt Cecilienstraße 61, 47443 Moers, am 30. Juli

Dlugokinski, Hildegard, geb. Hoffleit, aus Schönkau, Kreis Neidenburg, jetzt Haart 9, 24534 Neumünster, am 30. Juli

Eskierski, Helene, geb. Schipper, aus Welmdeich, Kreis Labiau, jetzt Lohmühlenstraße 5 a, 58509 Lüdenscheid, am 28. Juli

Heinz, David, aus Wolfshagen, Kreis Rastenburg, jetzt Alter Markt 14, 99510 Willerstedt, am 30. Juli

Hiller, Reinhold, aus Pabbeln, Kreis Gumbinnen, jetzt Dwoberger Heuweg 16, 27753 Dehnenhort, am 30. Juli

Knischewski, Herta, geb. Jeworrek, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Kriegerstraße 35, 53359 Rheinbach, am 20. Juli

Koch, Heinrich, aus Treuburg, Morgenstraße 15, jetzt Hauptstraße 24, 29640 Schneverdingen, am 19. Juli

Laws, Lotte, geb. Sonnenberg, aus Treuburg, Schmiedegasse 1 und Goldaper Straße 44, jetzt Goldröschenweg 44, 22391 Hamburg, am 5. Juli

Marquart, Otto, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Überm Gänseholze 16, 99427 Weimar, am 3. Juli

Ruhe, Alfred, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Lärchenweg 5, 37079 Göttingen, am 31. Juli

Sadlowski, Heinrich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bastionstraße 54, 59555 Lippstadt, am 27. Juli

Stankewitz, Max, aus Geigenau, Kreis Lyck, jetzt Berliner Straße 22, 61449 Steinbau/Taunus, am 29. Juli

Stief, Anna, geb Jewski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Karlstraße 45, 45699 Herten, am 26. Juli

Wydrinka, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Schützenstraße 81, 44147 Dortmund, am 29. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Amenda, Alfred, aus Peterswalde, Kreis Osterode, jetzt Rosenweg 2, 58256 Ennepetal, am 13. Juli

Beil, Joachim, aus Königsberg, Lüderitzstraße 11, jetzt Elbinger Straße 7, 41469 Neuss, am 27. Juli

Bieber, Siegfried, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Augsburger Weg 17, 59439 Holzwickede, am 31. Juli

Böttger, Gertrud, geb. Lehnert, aus Treuburg, jetzt Damaschkeweg 26, 39122 Magdeburg, am 2. Juli

Davies, Edda, geb. Orlowski, aus Lötzen, jetzt Tegeler Plate 23 a, 28259 Bremen, am 31. Juli

Dotzki, Helmut, aus Jarken, Kreis Treuburg, jetzt Dattenberg 24, 45257 Essen, am 19. Juli

Drossel, Theodor, aus Treuburg, Markt 52, jetzt Brunnengasse 9, 55444 Seibersbach, am 21. Juli

Ebel, Hildegard, geb. Boseniuk, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Schubertweg 12, 50389 Wesseling, am 3. Juli

Fehrmann, Elsa, geb. Carsjens, aus Königsberg, Kunkelstraße 24, jetzt Rissener Straße 75, 22880 Wedel, am 30. Juli

Fischer, Irmgard, geb. Szendeleit, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Anger 19 a, 06543 Wippra, am 19. Juli

Fritschi, Johanna, geb. Maseyzik, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Donaustraße 5 a, 76199 Karlsruhe, am 28. Juli

Führer, Willi, aus Ohldorf, Kreis Gumbinnen, jetzt Dinslakener Straße 191, 46562 Voerde, am 31. Juli

Golimbus, Heinz, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Lohnerhof 30, 49088 Osnabrück, am 8. Juli

Großheim, Erna, geb. Hirt, aus Tilsit, jetzt Beethovenstraße 2 b, 45478 Mülheim a. d. Ruhr, am 30. Juli

Heyduck, Karl, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Kirchstraße 11, 17454 Zinnowitz, am 30. Juli

Hoellger, Ingeborg, geb. Miez, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Längerbohlstraße 35, 78467 Konstanz, am 27. Juli

Hoge, Anita, geb. Hofer, aus Weidenfließ, Post Eichenhorst (bei Schillen), Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Moorweg 4, 49406 Barnstorf, am 30. Juli

Hutschenreiter, Bruno, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Reiherweg 37, 47877 Willich, am 27. Juli

Jeglinski, Gerhard, aus Herrenbach, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 50, 50968 Köln, am 24. Juli

Jelinski, Erich, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Römerweg 10, 77839 Lichtenau, am 11. Juli

Jonigkeit, Kurt, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Höfele 23, 78604 Rietheim, am 1. August

Köhler, Kriemhild, geb. Wegner, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Marstallstraße 47 b, 68723 Schwetzingen, am 4. Juli

Konopka, Erich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Milseburger Straße 1 a, 36145 Hofbieber, am 30. Juli

Krieg, Werner, aus Treuburg, jetzt Feldsieperstraße 137, 44809 Bochum, am 8. Juli

Krupp, Gertrud, geb. Wolff, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Saselheider Straße 43, 22159 Hamburg, am 28. Juli

Mehlkopf, Dora, geb. Kleiss, aus Mühle Klodtken, Kreis Graudenz, jetzt Ünglinger Straße 9, 39576 Stendal, am 30. Juli

Mertinat, Walter, aus Babeck, Kreis Treuburg, jetzt Rennweg 9, 79106 Freiburg, am 25. Juli

Mozarski, Siegfried, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Lewitstraße 45, 40547 Düsseldorf, am 29. Juli

Neumann, Irmgard, aus Treuburg, Markt 53, jetzt Auf den Erlen 77, 65207 Wiesbaden, am 23. Juli

Rath, Grete, geb. Sacht, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Friedensstraße 29, 52134 Herzogenrath, am 3. Juli

Rieger, Ruth, geb. Sadlowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Blumenstraße 16, 49152 Bad Essen, am 30. Juni

Rose, Edith, geb. Fischer, aus Wehlau, Langgasse, jetzt Heimatstraße 15, 28217 Bremen, am 30. Juli

Siegmundt, Elftrudt, aus Siewen und Angerburg, jetzt Altkönig-Stift, Aptm. A205, Feldbergstraße 13–15, 61476 Kronberg, am 24. Juli

Skubowius, Martha, geb. Wirsching, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 5, 30851 Langenhagen, am 31. Juli

Schuba, Hildegard, geb. Reetz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Fohlenstraße 16, 45897 Gelsenkirchen, am 24. Juli

Schütz, Herbert, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Berliner Ring 25, 65779 Kelkheim, am 30. Juli

Schulz, Erich, aus Sanditten und Schaberau, Kreis Wehlau, jetzt Carl-Koch-Straße 12, 55276 Oppenheim, am 28. Juli

Stanko, Edelgard, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Charlottenburger Straße 19, 37070 Göttingen, am 18. Juli

Tessarzik, Bernhard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Semmelweisstraße 78, 78532 Tuttlingen, am 3. Juli

Till, Herbert, aus Wehlau, Schwarzorter Straße, jetzt Overbergstraße 21–25, 45141 Essen, am 30. Juli

Tomann, Gertrud, geb. Steinert, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Bahnhofstraße 80, 64367 Mühltal, am 29. Juli

Tscherwen-Kopl, Willi, aus Stobingen und Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt Moselstraße 51, 53842 Troisdorf, am 31. Juli

Voß, Gerda, geb. Schwanke, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Stickenbütteler Weg 26, 27476 Cuxhaven, am 29. Juli

Wiesner, Elfriede, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, jetzt Greiselbach 13 b, 91634 Willburgstetten, am 31. Juli

Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Schliemannstraße 30, 33605 Bielefeld, am 1. August

Wirbeleit, Ursula, geb. Thiel, aus Langwalde, Kreis Braunsberg, jetzt Liebermannstraße 18, 31303 Burgdorf, am 1. August

Wysotzki, Horst, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Bottroper Straße 34, 28327 Bremen, am 19. Juli

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Bohnke, Heinz, aus Braunsberg, Poststraße, und Frau Elfriede, jetzt Hans-Sachs-Straße 2 b, 23566 Lübeck-Eichholz, am 17. Juli

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Girth, Walter, aus Elchwinkel, und Frau Helga, geb. Purwien, aus Ibenhorst, Kreis Elchniederung, jetzt Altenessener Straße 484, 45329 Essen, am 24. Juli

Jung, Hans, und Frau Renate, geb. Silberbach, aus Heiligenbeil, Straße B, jetzt Am Lützerfeld 24, 99334 Rudisleben, am 28. Juli

Plotzki, Günter, aus Ortelsburg, und Frau Karin, geb. Plettner, aus Hamburg, jetzt Holstenviete 6, 25469 Halstenbek, am 24. Juli

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BUND JUNGES OSTPREUSSEN



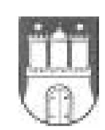
Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein @lm-ostpreussen.de

Sommerexkursion – Vom 13. bis 22. August führt eine Sommerexkursion durch das nördliche Ostpreußen. Die Kosten betragen 200 Euro für Schüler, Azubis und Studenten sowie 250 Euro für alle übrigen. Anmeldungen an: BJO, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: .

Sportfest – Sonnabend, 24. Juli, 15 Uhr, findet im Rahmen des Sommerfestes der LO in Lötzen (25. Juli) ein Sportfest der Jugend statt. Organisiert und durchgeführt durch den BJO. Die Anmeldungen sind zu richten an: BJO, Bernhard Knapstein, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg.

BJO-Paddeltour – Vom 6. bis 14. August findet in Masuren die diesjährige BJO-Paddeltour statt. Im Anschluß lockt eventuelle ein Besuch am Frischen Haff. Nähere Informationen bei Jochen Bauer, Telefon (09 31) 4 26 37, E-Mail:

HAMBURG



Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridsun, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Freitag, 17. September, 8.30 Uhr, Fahrt der Landesgruppe zum „Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern“ nach Rostock. Die Abfahrt erfolgt ab Dammtor/Moorweide (8.30 Uhr) mit dem Bus. Es geht über Ribnitz-Dammgarten zur Besichtigung des Bernsteinmuseums (nicht im Preis enthalten) weiter über Warnemünde zur Übernachtung nach Rostock. Übernachtung einschließlich Busfahrt, HP, im DZ pro Peron 95 Euro (EZ 105 Euro). Anmeldungen bis zum 31. Juli bei W. Bridszun, Telefon und Fax 6 93 35 20 oder H. Klingbeutel, Telefon 44 49 93. Einzahlungen auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen, Konto: 9 605 201, BLZ: 200 100 20 (Postbank Hamburg). – Jeden 1. Mittwoch im Monat, von 15 bis 17 Uhr, wird im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, der Raum Nr. 13 für Interessierte geöffnet sein.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. Juli, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Titel der Zusammenkunft „Die beste Zeit im Jahr ist mein ...“ nach dem Motto: „Sommer, Sonne, Singen“.

Hörfunk und Fernsehen

Montag, 26. Juli, 21.45 Uhr, ARD: Der Erste Weltkrieg (1/5) – Dokumentation in fünf Teilen.

Dienstag, 27. Juli, 20.15 Uhr, ZDF: Seine Majestät – Wilhelm II. (2/2).

Mittwoch, 28. Juli, 20.40 Uhr, Arte: Der Untergang des alten Europas – Der Erste Weltkrieg.

Mittwoch, 28. Juli, 23 Uhr, NDR: Fremde Heimat Breslau – Dokumentation über Vertriebene und Gebliebene.

Mittwoch, 28. Juli, 23 Uhr, ARD: Das Ministerium für Staatssicherheit.

Donnerstag, 29. Juli, 20.15 Uhr, NDR: Eine Reise durch Pommern – „Von Danzig nach Stettin“.

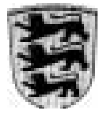
Freitag, 30. Juli, 21.40 Uhr, ARD: U 31 – streng geheim!

Freitag, 30. Juli, 20.15 Uhr, 3 sat: Der SS-Mann. Josef Blösche – Leben und Sterben eines Mörders“.

Freitag, 30. Juli, 20.15 Uhr, WDR: Helmut Kohl – ein deutscher Kanzler (1/2).

Freitag, 30. Juli, 22.15 Uhr, Arte: Der Erste Weltkrieg – Themenabend.

BADEN-WÜRTTEMBERG



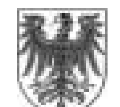
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Metzingen – Heinz Scheffler begrüßte die Teilnehmer. Auftakt bildete das traditionelles Frühstück, welches die Vorstandschaft bei der ersten Busrast servierte. Bei Kaffee und Brötchen entstanden gute Gespräche. Die Fahrt durch das Allgäu und das Tannheimer Tal zeigte viel Sehenswertes. Ziel der Reise war das autofreie Naturschutzgebiet Vilsalpsee – man sagt, Europas schönstes Hochtal. Die Eindrücke waren für die Ausflügler überwältigend. Da lag der dunkelgrün schimmernde See, eingerahmt von einem schmalen Wanderweg, mit angrenzenden Bergwiesen, auf denen viele Heilkräuter blühten, mit Übergang in Waldgebiete und eingebettet in schneebedeckte Berge. Manche marschierten um den See, andere suchten sich ein sonniges Plätzchen und ließen die Atmosphäre auf sich wirken. Mit dieser Hochstimmung wurde das gemeinsame Mittagessen in Tannheim im Hotel Schwarzer Adler eingenommen. Ein weiterer Höhepunkt war die Fahrt auf dem steilen Paß, die Schloßbanger Alp bei Pfronten mit Blick auf die Burg Falkenstein. Oben gibt es nur ein Anwesen, das Berghotel Schloßanger Alp. Auf der Hotelterrasse wurden Sonne, Kaffee und Kuchen genossen. Bei der abschließenden Einkehr in Feldstetten waren alle Ausflügler von den Erlebnissen begeistert. Heinz Scheffler dankte dem Fahrer für sein umsichtiges gestalten der Tour und seinen Landsleuten für die gute Stimmung.

Pforzheim – Mit 32 Teilnehmern an Bord startete der Bus. Erster Halt war die Raststätte Hegau. Es gab Kaffee und Gebäck. Nach der Weiterfahrt war das erste Ziel die Stadt Überlingen. Ein Teil der Gruppe besichtigte die Stadtkirche St. Nikolaus die nach 200- jähriger Bauzeit im 17. Jahrhundert fertiggestellt wurde, während der übrige Teil der Gruppe es vorzog, an der Promenade entlang des Bodensees spazierenzugehen. Auf dem Gutshof Birnau war die Gruppe zum Mittagessen angemeldet. Es gab ein reichhaltiges, gutes Essen nach Wahl. So gestärkt wanderte die Gruppe zur Basilika des Klosters Birnau. Die Besichtigung war sehr beeindruckend. Anschließend ging die Fahrt mit dem Bus zum Pfahlbaumuseum in Unteruhldingen. Es ist schon staunenswert, wie die Menschen dieser Zeit gelebt und mit primitivem, selbst erstellten Werkzeugen ihren Lebensunterhalt bestritten haben. Die Pfahlbauten am Ufer waren ein Schutz der Menschen vor den wilden Tieren, die im Urwald, der an den Bodensee grenzte, lebten. Die erste Besiedlung am See fand in der Steinzeit rund 4.000 Jahre vor Christus statt. Nach dieser interessanten Besichtigung fuhr man am Spätmachmittag mit dem Motorschiff der weißen Flotte von Unteruhldingen nach Überlingen. Dort wartete der Bus. Die letzte Station dieser Reise war „Bodmann“. Gut gestärkt mit Kuchen oder einem Vesper trat die Gruppe die Rückfahrt an. Während der Heimfahrt wurden im Bus viele Lieder gesungen. Diese Tagesfahrt wird allen noch lange in guter Erinnerung bleiben.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 4. August, 15 Uhr, Grillnachmittag im Seniorenstift der Bausparkasse „Im Lindach“. Anmeldungen an Ursula Gehm, Telefon (07 91) 5 17 82.

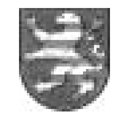
BRANDENBURG



Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Brandenburg a. d. H. – Dienstag, 27. Juli, Busfahrt zur Malge.

HESSEN

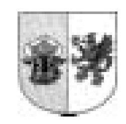


Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Darmstadt – Einen Empfang zu ihrem 95. Geburtstag gab Jenny Walter im Darmstädter Reinhard-Zinkmann-Haus. Das Haus konnte die Besucher kaum fassen. Vorsitzende Adelheid Heintze begrüßte die Jubilarin, die bis heute trotz ihres Alters Geschäftsführerin der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft in Darmstadt ist. Der hessische Landesvorsitzende Heinz Luther würdigte die verdienstvolle Arbeit des guten Geistes des Hauses und überreichte ihr einen Geldbeitrag, mit dem sie „zweimal eine große Reise in die Heimat antreten kann“. Auch Vorsitzender Gerhard Schröder von den Ost- und Westpreußen sowie der Ehrenvorsitzende, Horst Jantzon, und Vorsitzender Dieter Leitner vom Bund der Danziger überbrachten ihrem Ehrenmitglied Glückwünsche und Geschenke. Walter ist Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens Hessen-Thüringen und der „Wolter-von-Plettenberg-Medaille“. Dem offiziellen Teil schloß sich eine gemütliche Kaffeetafel an.

Kassel – Dienstag, 3. August, 15 Uhr, Treffen im „Alt Süsterfeld“, Eifelweg.

MECKLENBURG-VORPOMMERN



Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Landesgruppe – Sonnabend, 18. September, 10 bis 17 Uhr, Stadthalle am Hauptbahnhof, Rostock. Landestreffen der Ostpreußen. Alle Landsleute und Heimatgruppen werden um eine entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.

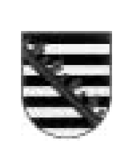
NIEDERSACHSEN



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Delmenhorst – Dienstag, 3. August, 9.30 Uhr, ZOB, Busausflug nach Haselünne. Anmeldungen bei Irmgard Lange, Telefon 5 02 26 der bei Kurt Mertins, Telefon 6 18 30.

SACHSEN



Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Chemnitz – Unter dem Motto „Rund ums Herz“ stand die letzte Veranstaltung der Gruppe. Wilma Kleinertz, Leiterin der Herzinitiative e. V., gestaltete mit ihrem Team eine interessante und lehrreiche Stunde. Vor Beginn der Veranstaltung konnte jeder Teilnehmer seinen Blutdruck kostenlos messen lassen. Diverses Material und Broschüren waren für jedermann zum Mitnehmen ausgelegt. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Gertrud Altermann und Überreichen eines Blumenstraußes an Kleinertz zur gewonnenen Wahl als Stadträtin in Chemnitz erläuterte Wilma Kleinertz die Gefahren einer „zu guten Lebensweise“; Bluthochdruck, hoher Cholesterinspiegel und Bewegungsarmut sind nur allzu förderlich für einen Herzinfarkt. Anschaulich wurden auf einer Leinwand zum besseren Verständnis Übersichten gezeigt und auch die Merkmale eines Herzinfarktes demonstriert. In aufgelockerter, interessanter Form wurde der Vortrag gehalten und von allen Anwesenden aufmerksam verfolgt. Der Kulturkreis „Simon Dach“ hatte sich auf diese Veranstaltung besonders vorbereitet. Er trat mit Liedern und Gedichten auf, die sich mit dem Herz beschäftigten, aber nicht aus medizinischer Sicht, sondern das Herz als Hort der Liebe und Menschlichkeit. Die Anwesenden sangen kräftig mit. Selbst beim Kaffeetrinken wurde man durch die Herzform des Kuchens an das Motto der Veranstaltung erinnert. Allen Mitwirkenden und besonders Wilma Kleinertz sei für diese schöne Veranstaltung gedankt.

SACHSEN-ANHALT



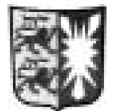
Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 4. August, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 9. August, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Es gibt Berichte über die Heimfahrten.

Giersleben – Donnerstag, 5. August, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Seniorenbegegnungsstätte Giersleben.

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Vors.: Günter Petersdorf Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Uetersen – Freitag, 6. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe vor dem Moorreger Bienen-Museum, Klinkerstraße, Alte Schule. Nach der Besichtigung des Museums fahren alle mit Privatwagen zur Gaststätte Himmelsbarg. Dort gibt es eine reichliche Kaffeetafel.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

GUMBINNEN

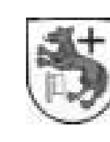


Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73

Bezirkstreffen Großwaltersdorf – Anläßlich des Kreistreffens der Gumbinner und Salzburger am 11. und 12. September 2004 in der Gesamtschule Stieghorst, Am Wortkamp 3, 33605 Bielefeld, wird auch in einem gesonderten Raum ein Treffen des Bezirks Großwaltersdorf stattfinden. Auskunft und Organisation: Christel Motzkus, Heeperholz 13a, 33719 Bielefeld, Telefon (05 21) 33 01 24. Es wird um zahlreiche Teilnahme gebeten.

Gumbinnertreffen für den norddeutschen Raum – Am Sonnabend, 25. September, 9.30 bis 16.30 Uhr, findet im Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, ein Gumbinnertreffen statt. Das Hotel, in dem auch Übernachtungsmöglichkeiten bestehen, ist mit der U-Bahn (Station Ochsenzoll) zu erreichen. Auskünfte und Organisation: Hans Henning Balk-Rothgaenger, Seehofallee 19, 22177 Hamburg, Telefon und Fax (0 40) 6 41 45 74.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Konfirmations-Jubiläen – Wir möchten in diesem Jahr am Kreistreffen in Burgdorf mit den Konfirmanden aus den Jahren 1933/34, 1938/39, 1943/44, 1953/54 ihre Konfirmationsjubiläen feiern. Das sind 70 Jahre – Gnadenkonfirmation, 65 Jahre – Eiserne Konfirmation, 60 Jahre – Diamantene Konfirmation und 50 Jahre – Goldene Konfirmation. Aus allen Kirchspielen des Kreises Heiligenbeil. Wir feiern Ihr Konfirmationsjubiläum am Sonntag, den 12. September um 14 Uhr in der St. Pankratiuskirche am Spittaplatz in Burgdorf. Wenn Sie daran teilnehmen möchten, sollte Ihre Anmeldung bis spätestens 10. August bei Ihrem Kirchspielvertreter oder bei Lm. Konrad Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60, sein. Denn Sie sollen ja für Ihr Konfirmationsjubiläum einen Konfirmationsbrief erhalten. Mit Ihrer Teilnahme rechnen Ihre damaligen Mitkonfirmanden!

KÖNIGSBERG-STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Tragheimer Mädchen-Mittelschule – Zum zehnten und letzten Mal Treffen sich die ehemaligen Schülerinnen der Tragheimer Mädchen-Mittelschule des Abgangsjahrgangs 1941 (Rektor Kowalsky) im Ostheim in Bad Pyrmont, und zwar vom 16. bis 19. August 2004. Kontaktadresse: Annemarie Fidorra, Friedrich-Ebert-Straße 101, 47226 Duisburg, Telefon (0 20 65) 7 51 56.

Körte-Oberschule für Mädchen Abiturjahrgang 1944 – 22 ehemalige Schülerinnen der Körte-Schule trafen sich zur Feier ihres 60. Abiturjubiläums im Ostheim in Bad Pyrmont. Ein Rückblick auf das erlebte 20. Jahrhundert und ein Ausblick auf die Ungewißheiten des 21. Jahrhunderts leiteten das festliche Mittagessen im Hotel Fürstenhof ein. Zum 23. Mal seit 1969 traf sich diese Gruppe der Ehemaligen, die ihr Bestehen der Initiative von Doris Allers zu verdanken hat. Sie rührt auch heute unermüdlich die Trommel, um diesen durch die Jahre hindurch gewachsenen Freundeskreis zu erhalten, den die gemeinsame Schulzeit vereint. Die Jahre danach verliefen verständlicherweise auf getrennten Wegen. Für ein erneutes Wiedersehen sind die Tage vom 13. bis 16. Juni 2005 in Bad Pyrmont vorgesehen. Wir sind dann zum zehnten Male im Ostheim zu Gast.

Gruppe Dortmund – Mit über 100 Teilnehmern waren die Parallelveranstaltungen der Dortmunder Gruppe erneut ein Beweis für den starken Zusammenhalt der Landsleute aus Ostpreußens Hauptstadt. Mit der Begrüßung erfolgte auch die Erinnerung an das 400. Universitätsjubiläum der Albertina vor 60 Jahren. Nachfolgend stand dann der Bericht der Junireise im Mittelpunkt, der mit der Vorführung von rund 100 Dias verbunden war. Erfreulich hierbei, daß erkennbar wurde, wie in den letzten Jahren das Stadtbild sich doch zum Positiven verändert hat, und auch die Vorbereitungen für die 750. Geburtstag der Stadt voran schritten. Ebenso die fortschreitende Wiederherstellung der Kathedralekirche und des Domes, wurden begrüßt, wie auch andere sichtbaren Bautätigkeiten im Hinblick auf die Jubiläumsfeierlichkeiten. Berichtet wurde auch von den verschiedenen Fahrten nach Tilsit, Pillau, Rauschen und auf die Kurische Nehrung, die zu unvergeßlichen Erlebnissen wurden für diese Gruppe, in der sich viele Landsleute befanden, die sich bereits zum wiederholten Mal in der Heimat aufhielten. In Verbindung mit dem Bericht der Königsbergfahrt 2004 wurde bereits das kommende Reisejahr angesprochen, für das sich schon rund 20 Teilnehmer für die Fahrt in der ersten Augusthälfte vorangemeldet haben. Eine gute Zustimmung fand auch die Fahrt zur Immanuel Kant Ausstellung im Stadtmuseum Haus Königsberg in Duisburg, die für den 7. September 2004 geplant ist und für die zur Zeit 30 Anmeldungen vorliegen. Auch dies ein positiver Beitrag der Erinne-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

rung an Königsberg, der unvergeßlichen Stadt in Deutschlands Osten. Auskünfte zu den Verschiedenen Veranstaltungen, Zusammenkünften, Museumsbesuch und der Königsbergfahrt im August 2005 bei Horst Glaß, Hörder Straße 55, 44309 Dortmund, Fax (02 31) 25 52 18.

KÖNIGSBERG-LAND



Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24

Ortstreffen der Gr. Ottenhagener und Umgebung (*Fortsetzung aus Folge 29*) – Einige Gr. Ottenhagener konnten sich noch an die Grabungsaktionen in den Jahren 1928 und 1930 erinnern, denen von den Dorfbewohnern damals allerdings wenig Beachtung geschenkt worden war, die neusten Untersuchungen dagegen boten viel Gesprächsstoff und erweckten so reges Interesse, daß der Archäologe herzlich gebeten wurde, in zwei Jahren auf dem nächsten Treffen von den diesjährigen Ausgrabungen, hoffentlich vor einem noch größeren Kreis, zu berichten. Der Archäologe seinerseits war sehr erfreut, viele frühere Bewohner seines Grabungsortes persönlich kennengelernt zu haben. Auch bei der diesjährigen Veranstaltung mußten wir der Gr. Ottenhagener gedenken, die seit dem letzten Treffen für immer von uns gegangen sind: Christel Leckies geb. Lorenz hat uns stets mit ihrem fröhlichen Wesen erfreut; wir haben sie in diesem Jahr sehr vermißt. Noch kurz vor unserer Zusammenkunft erhielten wir die traurige Nachricht, daß Franz Wittke verstorben war. Er war einer, der sich um die Gr. Ottenhagener verdient gemacht hat. Er hat es durch viele Vorbereitungsarbeiten erst ermöglicht, daß ein erstes Treffen zustande kommen konnte. Auch weiterhin hat er unsere Arbeit aktiv begleitet und war immer glücklich, wenn wir uns wieder zu den Ortstreffen zusammenfanden. Selbst noch, als er mit seiner Frau nicht mehr reisen konnte, war er mit dem Herzen bei seinen Landsleuten. Die Gr. Ottenhagener werden die beiden treuen Landsleute nicht vergessen.

Ortstreffen Wickbold und Ludwigswalde – Liebe Heimatfreunde aus Wickbold und Ludwickswalde im Kreis Königsberg. Das diesjährige Treffen findet am 28. und 29. August (jeweils 15 Uhr), wie immer am letzten Wochenende im August, im „Fährhaus Kirschenland“, Wisch 9, 21635 Jork an der Elbe statt. Zimmer sind unter Telefon (0 41 62) 72 49 zu bestellen. Wegen der regen Nachfrage ist das Buch von Brigitte Profé „... nur die Störche sind geblieben – eine Chronik von Wickbold im Kreis Königsberg-Land“ in Neuauflage erschienen. Aus Nachforschungen in Archiven, beantworteten Fragebögen, Fotos aus der Zeit vor und nach dem Kriege und weiteren Artikeln umfaßt das Buch 176 Seiten und kostet einschließlich Porto 14 Euro. Auskünfte und Bestellungen bei Brigitte Profé, Fohlenweg 13, 24539 Neumünster, Telefon und Fax (0 43 21) 8 23 14.

PREUSSISCH EYLAU



Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Telefon (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, E-Mail: lehmann.vinxel@t-online.de. Referent für Museum und Kreiskartei: Manfred Klein, Breslauer Straße 101, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 83, E-Mail: Manfred.Klein.Rositten@malle-Tech.de. Termine zum Besuch des Museums im Kreishaus Verden/Aller (Partnerkreis), Lindhooper Straße 67, bitte mit Herrn Klein telefonisch absprechen.

Einladung zum Kreistreffen 2004 vom 17. bis 19. September in Verden – Liebe „Kreis Preußisch-Eylauer“. Hiermit lade ich Sie sehr herzlich gemäß § 12 der Satzung zum diesjährigen Hauptkreistreffen nach Verden an der Aller ein. Der Vorstand hat sich Mühe gegeben, ein reichhaltiges Programm aufzustellen: Freitag, 17. September: 14 Uhr Sitzung des Gesamtvorstands im Kreishaus, Lindhooper Straße 67; 18 Uhr Empfang für die Teilnehmer des Kreistreffens im Kreishaus, Haupteingang; 20 Uhr Vortrag: Lorenz Grimoni, Leiter des Museums Stadt Königsberg in Duisburg, spricht über „Kant und Königsberg“, im großen Saal des Tagungslokals Parkhotel „Grüner Jäger“, Bremer Straße 48; Sonnabend 18. September: 9 Uhr öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung im Kreishaus, Haupteingang; 20 Uhr Heimatabend im großen Saal des Parkhotels „Grüner Jäger“, mit Ruth Geede, den „Schapstalldänzern“ und der bewährten Kapelle; Besichtigungsmöglichkeiten am Tage: Deutsches Pferdemuseum, Verden, Holzmarkt 9, das sich seit dem Jahr 2000 am neuen Standort befindet, von Grund auf neu gestaltet und einen Besuch wert ist; vor dem Haus grüßt der Tempelhüter! Historisches Museum im „Domherrenhaus“, Nähe Dom, mit der Ausstellung „Die Verdener Artillerie“ (nicht im Deutschen Pferdemuseum!); Sonntag, 19. September: 11.15 Uhr, Feierstunde Mahnmal im Bürgerpark Verden (nahe Parkhotel „Grüner Jäger“, zu Fuß zu erreichen); danach Fortsetzung des Kreistreffens an den Tischen der Ortsgemeinschaften im großen Saal des „Grünen Jägers“.

Das Museum/die Heimatstube Pr. Eylau im Kreishaus Verden, ist zur Besichtigung geöffnet: am Freitag, 17. September, durch den Haupteingang, von 9 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, sowie am Sonnabend, 18. September, durch den Eingang Ost, von 12.30 bis 15 Uhr; siehe die Wegweiser im Gebäude.

Der Bücherstand im Parkhotel „Grüner Jäger“ bietet Ostpreußen-Literatur, darunter Neues und CD's, auch zum Anhören, sowie die Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: am Freitag von 19 bis 20.30 Uhr, am Sonnabend von 15 bis 19.30 Uhr und am Sonntag von 12.15 bis 16 Uhr. Weitere Hinweise finden Sie in der Mai-Ausgabe vom „Preußisch Eylauer Kreisblatt“. Wer das Kreisblatt noch nicht regelmäßig erhält, melde sich bitte bei Manfred Klein (Adresse s. o.). Verabreden Sie sich rechtzeitig mit Ihren Verwandten und Freunden und buchen Sie früh Ihre Unterkunft (Tourist-Info, Telefon (0 42 31) 80 71 71, Internet: , E-Mail:). Bis zum Wiedersehen in Verden grüßt Sie herzlich Ihr Martin Lehmann.

Termine

Caputh/Brandenburg – Vom 25. Juli bis 26. September zeigt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg auf Schloß Caputh die Sonderausstellung „Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen – Gerettetes oder verlorenes Kulturgut?“. Im Mittelpunkt der Sammlung stehen Fotografien von Miroslaw Garniec, die die erhaltenen Gebäude oder die verbliebenen Ruinen in einer stimmungsvollen Landschaft zeigen. Wer die von der polnischen Kunsthistorikerin Malgorzata Jackievicz-Garniec konzipierte Ausstellung besichtigen will, erhält unter Telefon (03 31) 96 94-0 weitere Informationen.

Bad Lauterberg/Harz – Vom 24. bis 26. September trifft sich der „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen – Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V.“ zum 35. Mal in ununterbrochener Folge in Bad Lauterberg im Harz zu seinem diesjährigen Verbandstreffen. Die offizielle Eröffnung ist am Sonnabend, 25. September, 10 Uhr, im Großen Saal des Kurhauses. Anschließend Diavorträge, Ausstellungen, Sammlerbörse. Informationen und Tagesprogramm erhalten Interessierte über die Geschäftsstelle: Hermann Mietz, Wykhoffweg 39, 26725 Emden, Telefon/Fax (0 49 21) 5 63 29, E-mail: info@traditionsverband.de und www.traditionsverband.de.

Politisches Seminar für Frauen

Hamburg – Vom 08. bis 12. November 2004 findet im Ostheim in Bad Pyrmont wieder das traditionelle Politische Seminar für Frauen statt. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, wird sich die Veranstaltung mit „Ostpreußischer Politik und Geschichte von der Völkerwanderung bis heute“ beschäftigen.

Der einleitende Vortrag von Reinhard Grunenberg über die „Prußen und unser Prußisches Erbe“ beleuchtet Herkunft, Entwicklung und Erbe der ostpreußischen Urbevölkerung. Über die Archäologie und die Kulturdenkmäler Ostpreußens berichtet Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim vom Institut für Ur- und Frühgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Zudem ist ein Vortrag über die Politik des Deutschen Ordens im Preußenland geplant. Prof. Dr. Klaus Hornung stellt die Entwicklung und Politik Preußens vom aufgeklärten Absolutismus Friedrichs des Großen bis zur großen Reform der Jahre 1807 bis 1813 dar, die eng mit den Namen Scharnhorst, Freiherr v. Stein, Gneisenau und Humboldt verbunden ist. Dr. Hans-Werner Rautenberg spricht über die politische Entwicklung Ost- und Westpreußens von 1772 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges und Dr. Frans du Buy, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen, betrachtet die Vertreibung der Ostdeutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges aus völkerrechtlicher Sicht. Weitere Referate beschäftigen sich mit der Memellandfrage in der Zwischenkriegszeit und dem heutigen Wirken der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen am Beispiel des Memellandes und der litauischen Minderheitenpolitik der Gegenwart.

Die Teilnahme am Seminar kostet 140 Euro. Für Abonnenten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ist die Seminargebühr auf 110 Euro ermäßigt. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind auf Anfrage gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anmeldungen nimmt die Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (040) 41 40 08 26, Fax (040) 41 40 08 48 entgegen. ■



Ehrenbrief für Horst Jantzon

Der Darmstädter Oberbürgermeister Peter Benz hat im Karolinensaal des Hessischen Staatsarchivs in einer Feier Horst Jantzon für seine 55jährige Vertriebenenarbeit auf Orts-, Landes- und Bundesebene mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet und überreichte Urkunde und Hessenkreuz. Der ehemalige Vorsitzende dankte bewegt und zeigte sich überrascht, daß einem Ostdeutschen eine solche Ehrung zuteil wurde.

Dieter Leitner zeichnete Jantzons Lebensweg nach und würdigte seine Verdienste, besonders die 25 Jahre als Vorsitzender der Danziger in Darmstadt. Er amtierte länger als seine acht Vorgänger zusammen – ohne ihn würde es den Danziger Verein in Darmstadt vermutlich gar nicht mehr geben. Der würdevollen Feierstunde schloß sich ein Sektempfang der Stadt an. DWL

Bekanntschaften

Garstedt-Süd: Wen darf naturverbundene, gesunde Rentnerin ab und an ins Grüne begleiten? In der Nähe wäre prima! Chiffre-Nr. 41248

Verschiedenes

Familienanzeigen



80 Jahre
wird am 24. Juli 2004
Gerhard Jeglinski
aus Herrnbach, Kreis Lyck
jetzt Hebbelstraße 50, 50968 Köln
Es gratulieren herzlich
Bruder Hans
und alle Verwandten
und Bekannten



Ihren 85. Geburtstag
feiert am 3. August 2004
unsere liebe Tante
Margarete Kaminski
aus Wehlau
jetzt 22359 Hamburg
Es gratulieren
von Herzen
Deine Nichten
Marianne und Erika

Unserer lieben Mutti
Erna Graap, geb. Küchen
aus Wildwiese, Kreis Elchniederung
herzliche Glück- und Segenswünsche
zu ihrem 80. Geburtstag
am 25. Juli 2004.
Es gratulieren alle Kinder, Enkel und Urenkel.
Herr, Du bist meine Stärke und Kraft
und meine Zuflucht in Not.
Jeremia 16, Vers 19
Kissinger Straße 5, 12157 Berlin

Aus Gottes Hand empfing ich mein Leben,
unter Gottes Hand gestaltete ich mein Leben,
in Gottes Hand gebe ich es zurück.
Hl. Augustinus

Nach kurzer Krankheit verstarb friedlich

Toni Weski

* 11. 10. 1924 in Hohenstein/Ostpr. † 23. 6. 2004 in Coburg

Traurig haben wir von ihr Abschied genommen und sie in aller Stille beerdigt.

Für die Familie
Gisela Bödeker

Hubertusstraße 13, 44789 Bochum

Alles hat seine Zeit,
es gibt eine Zeit der Freude,
eine Zeit der Stille,
eine Zeit des Schmerzens, der Trauer
und eine Zeit der dankbaren Erinnerung.

Wir nehmen Abschied von meinem Mann, unserem Vater und Großvater

Fritz Schwenteck

* 30. Oktober 1919 in Damerau/Ostpreußen † 11. Juli 2004

Annemarie Schwenteck, geb. Ebers
Georgia und Bernd
Götz und Petra
Holger und Elke
Julian, Nina, Sarah, Lisa und Benjamin

Neetze, den 12. Juli 2004
Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Aus der Heimat einst vertrieben,
die ich doch so sehr geliebt,
kehr ich heim in ew'gen Frieden,
wo der Herr mir Ruhe gibt.

Irmgard Hoffmann
geb. Karp
Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens
der Landsmannschaft Ostpreußen

* 3. 4. 1926 Eichmedien, Kreis Sensburg † 11. 7. 2004 Bardowick

In Dankbarkeit für ihre Liebe und Fürsorge nehmen wir Abschied
Werner Hoffmann
Regina und Dieter Tödter
mit Dominik
Anette Hoffmann und Karl Meyer
Axel und Susanne Hoffmann
mit Lando, Timo, Marko und Daniel
Susanne und Peter Einhorn
mit Nanti, Juri und Abigail
Kathrin Hoffmann

Max-Eyth-Weg 3, 29574 Ebstorf (Lüneburger Heide)
Die Beerdigung fand am Freitag, dem 16. Juli 2004, um 14.30 Uhr von der Friedhofskapelle Ebstorf aus statt.
Anstelle freundlich zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende für die Landsmannschaft Ostpreußen/Gruppe Ebstorf und das Hospiz St. Marianus, Bardowick bei der Sparkasse Uelzen, Konto-Nr. 88 (BLZ 258 501 10).



Ernst Albrecht

* 27. 7. 1914 † 15. 7. 2004

In stiller Trauer
Inge Deter, geb. Albrecht
und Ehemann **Kurt**
Brigitte Khawam, geb. Albrecht

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 29. Juli 2004 um 11.30 Uhr auf dem Hauptfriedhof in Frankfurt am Main statt.



Plötzlich und unerwartet verstarb mein lieber Mann

Fritz Enskat

* 20. 1. 1906 in Holländerei, Krs. Wehlau † 21. 6. 2004 in Hamburg

Er liebte seinen Garten über alles.

In Liebe und tiefer Trauer
Helene Enskat, geb. Wagner

Traueranschrift: Trilluper Weg 51, 22397 Hamburg
Die Beerdigung fand in aller Stille statt.

Siehe, ich bin mit dir und will dich behüten, wo du hinziehst. 1. Mose 28,15

IN MEMORIAM
Fern der geliebten Heimat sind verstorben



Edith Diesing, geb. Witzke
* 24. 4. 1912 Klein Schläfken; Stirnen
† 7. 4. 1990 Lübeck

Walter Diesing
* 4. 2. 1914 Klein Rehwalde; Gr. Hanswalde
† 17. 9. 2003 Lübeck

Nach dem qualvollen Überleben des Krieges und dem Flüchten aus der zerstörten Heimat nach Westdeutschland gab meinen Eltern der Glaube an die Familie die Kraft, dem neuen täglichen Leben allmählich ein normales, zufriedenes Gesicht zu geben. Ich danke Euch, die Liebe zu Ostpreußen lebt in meinem Herzen weiter.

In stillem Gedenken
Astrid Kimmerle, geb. Diesing
Wolkenweher Dorfstraße 25
23843 Bad Oldesloe

Leg alles still in Gottes Hände,
die Freud, das Leid und auch das Ende

In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen von meinem lieben Lebensgefährten, guten Bruder, Schwager, Onkel und Freund

Walter Schulz

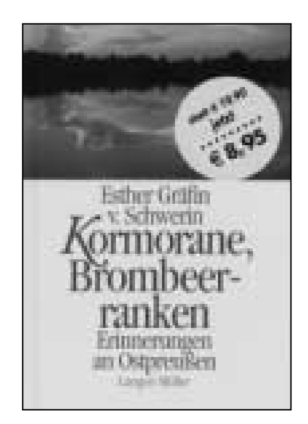
* 12. 2. 1919 † 27. 6. 2004
früher Königsberg-Ponarth, Hirschgasse 10

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes,
der Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und CDU in Gold
sowie des Bundes der Vertriebenen in Silber

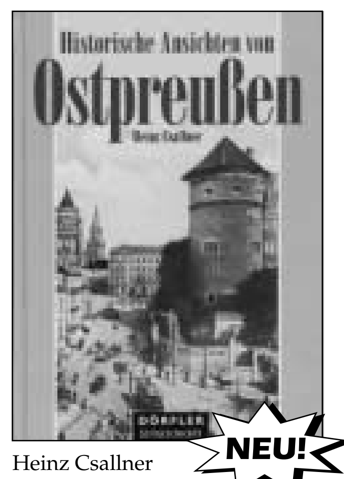
Traueradressen:
Erna Wallies, Im Trierischen Hof 4, 60311 Frankfurt/Main
Hubertus Schulz, Menzelstraße 3, 33619 Bielefeld

Das Seelenamt fand am Freitag, 2. Juli, in der Bonifatiuskirche in Bielefeld statt und die Trauerfeier um 12 Uhr in der Friedhofskapelle des Stieghorster Friedhofes.

PREUSSISCHER MEDIENDIENST



Esther Gräfin v. Schwerin
Kormorane, Brombeerranken
Erinnerungen an Ostpreußen
Geb., 292 S.
Best.-Nr.: 3766 — 8,95 €



NEU!

Heinz Csallner
Historische Ansichten von Ostpreußen
Geb., 176 S.
Best.-Nr.: 3726 — 10,95 €



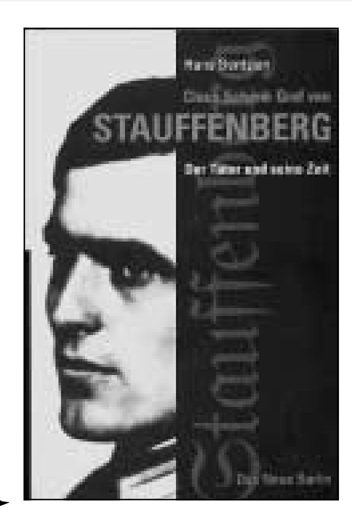
Wolfgang Neugebauer
Geschichte Preußens
Der Band schildert die preußische Geschichte von den mittelalterlich-territorialen Grundlagen bis zur Auflösung des preußischen Staates im Jahr 1947.
Kart., 159 S.
Best.Nr.: 3815 — 24,90 €

Walter Post
Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges
Ein Grundriß der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor.
Geb., 671 S.
Best.Nr.: 3630 — 29,80 €



NEU!

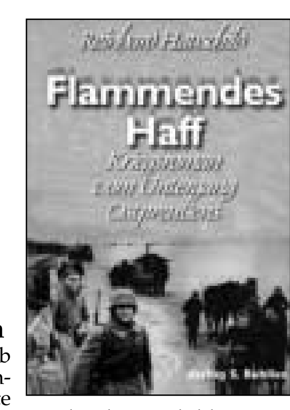
Boom/ Haase-Hindenberg
Der fremde Vater
Der Sohn des Kanzlerspions Guillaume erinnert sich.
Geb., 415 S.
Best.Nr.: 3817 — 22,50 €



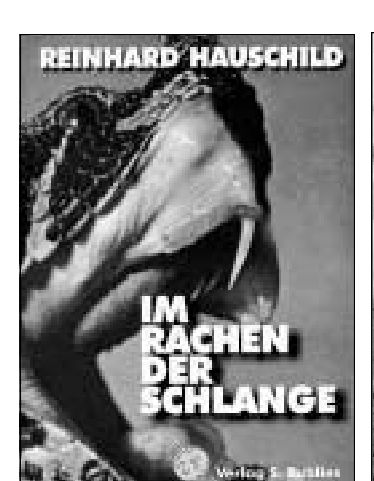
Hans Bentzien
Claus Schenk Graf von Stauffenberg – Der Täter und seine Zeit
Eine kompetente Einführung in die Motive des militärischen Widerstands gegen Hitler und ein kontroverses und zeitgerechtes Lebensbild des bekannten Attentäters.
Geb., mit Fotos und Dok., 367 S.
Best.Nr.: 3814 — 17,50 €



Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Der Autor arbeitete als Arzt und blieb auch nach der Einkesselung im Frühjahr '45 in Königsberg. Hier verfaßte er sein Tagebuch, das das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen Bewohner, den Überlebenskampf und das Warten auf die ersehnte Ausreise schildert. Kart., 288 S.
Best.-Nr.: 1040 — 15,50 €



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Kriegsroman vom Untergang Ostpreußens Kart., 302 S.
Best.-Nr.: 1035 — 15,50 €

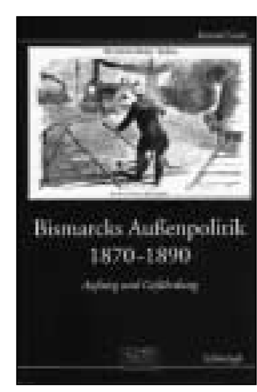


Reinhard Hauschild
Im Rachen der Schlange
Dies ist der Bericht vom Leben und langsamen Sterben des 1921 in Koblenz geborenen Dr. jur. utr. Siegmar Kirschweg, der den größten Teil dieses blutigsten Jahrhunderts unsrer Geschichte am eigenen Leib erfuhr.
Kart., 732 S.
Best.Nr.: 2505 — 20,50 €



Günter Gregorg
Parole: Überleben!
Als Schützenleutnant an der Ostfront
Kart., 171 S.
Best.Nr.: 2456 — 14,95 €

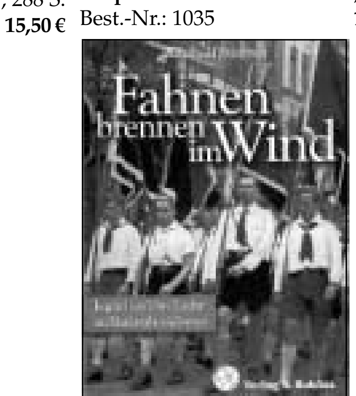
Das neue Buch von Betty Römer-Götzelmann
Lache un Griene en enem Sack – Mein kleines Welttheater
Ein sehr persönliches Buch, in dem die Autorin gleichsam Bilanz ihres bisherigen Lebens zieht.
Kart., 308 S.
Best.Nr.: 3808 — 15,50 €



Konrad Canis
Bismarcks Außenpolitik 1870 – 1890
Sie gilt als eines der kunstvollsten politischen Netzwerke der neueren Geschichte: die Außenpolitik Bismarcks. Geb., 449 S.
Best.Nr.: 3773 — 39,80 €



Mauer-Passagen
Grenzgänge, Fluchten und Reisen 1961–1989
Im Mittelpunkt des Buches steht nicht die Grenze, sondern stehen die Menschen, die an ihr gelitten haben.
Geb., 320 S.
Best.Nr.: 3799 — 18,90 €



Reinhold Friedrich
Fahnen brennen im Wind
Jugend und ihre Lieder im Nationalsozialismus
Kart., 317 S.
Best.Nr.: 1858 — 16,95 €

Wilhelm Strienz









Vol. I
Arien aus: Die lustigen Weiber von Windsor, Der Freischütz, Der Wildschütz, Die Zauberflöte, Der Babier von Bagdad, Simone Boccanegra, Die sizilianische Vesper, Ernani u.v.a.
Best.Nr.: 3327

Vol. II
Heimat, deine Sterne, Steig ein in die Gondel, Hab' ich nur deine Liebe, Ach, ich hab sie ja nur auf die Schulter geküßt u.v.a.
Best.Nr.: 3809

Vol. III
Sag beim Abschied leise Servus, Du hast Glück bei den Frau´n Bel Ami, Im tiefen Keller sitz ich hier, Dunkelrote Rosen u.v.a.
Best.Nr.: 3810

Jede CD nur 7,99 € (Best.Nr.: 3297) **Alle 3 CDs zusammen für nur 19,99 €**

Sabine Welsch-Lehmann „Ganz allein" – Die Trilogie





Die Kriegsgeschichte eines kleinen Mädchens
Kart., 176 S.
Best.Nr.: 1209 — 12,20 €



In den Trümmern von Berlin
Kart., 136 S.
Best.Nr.: 1451 — 11,20 €

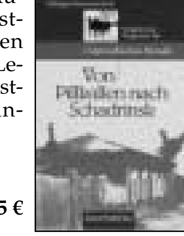


Das Leben, die Liebe und der Tod
Kart., 140 S.
Best.Nr.: 1675 — 11,20 €

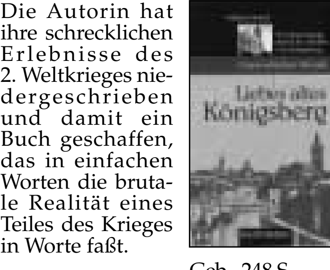
Aus dem Rautenberg Verlag



Ostpreußische Schriftsteller
Erzählungen und Gedichte von Autoren, die in Ostpreußen geboren oder durch ihr Lebenswerk mit Ostpreußen verbunden sind.
Geb., 206 S.
Best.-Nr.: 3737 — 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Die Autorin hat ihre schrecklichen Erlebnisse des 2. Weltkrieges niedergeschrieben und damit ein Buch geschaffen, das in einfachen Worten die brutale Realität eines Teiles des Krieges in Worte faßt.
Geb., 192 S.
Best.-Nr.: 2128 — 12,95 €



Wilhelm Matull
Liebes altes Königsberg
Der Autor lädt zu einem Spaziergang durch die alten Straßen Königsbergs, bei dem die einzelnen Stadtteile besucht, namhafte Baudenkmäler besichtigt werden und von bedeutenden Menschen der Stadt erzählt wird.
Geb., 248 S.
Best.-Nr.: 3738 — 12,95 €

Prof. Dr. Klaus Hornung, Politologe (Univ. Reutlingen, Freiburg, Stuttgart-Hohenheim, seit 2001 Präsident des Studienzentrums Weikersheim, ist ständiger Autor der PAZ. Neben innenpolitischen Themen befaßt er sich vor allem kritisch mit Fragen der europäischen Einigung.



Wege aus den Sackgassen
Die kritische Bestandaufnahme der gegenwärtigen Lage Deutschlands nimmt der Autor zunächst zum Anlaß, auf geschichtliche Erfahrungen in ihrer vollen Breite und nicht nur verengt auf 12 Jahre zurückzugreifen. Im zweiten Teil breitet er dann das Programm eines zeitgemäßen, intelligenten Konservatismus aus, mit dessen Hilfe die Bewältigung der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft gelingen sollte. Kart., 224 S.
Best.Nr. 2452 — 19,80 €

Scharnhorst
Soldat Reformer Staatsmann
Der Autor macht in dieser historisch-politischen Biographie deutlich, welch überragende Bedeutung Scharnhorst nicht nur in der preußischen, sondern in der gesamten deutschen Geschichte einnimmt.
Geb., 349 S.
Best.Nr. 2066 — 19,90 €

Heimatbriefe des Dienstmädchens Auguste Oschkenat aus Enderweitschken per Kieselischken
Ausgedifftelt von Dr. Lau

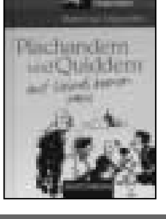


Auguste in der Großstadt Bd. I
Geb., 120 S.
Best.-Nr.: 3775 — 9,95 €



Auguste in der Großstadt Bd. II
Geb., 159 S.
Best.-Nr.: 3224 — 9,95 €

Dr. Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus



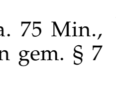
Heiteres in Gedichten und Geschichten aus Ostpreußen
Geb., 221 S.
Best.-Nr.: 2378 — 9,95 €



Statt frühere Originalausgabe 61,35 € jetzt nur 19,95 €!

Ottfried Neubecker
Heraldik
Wappen – ihr Ursprung, Sinn und Wert
Geb., mit zahlreichen Fotos und Dok., 288 S.
Best.Nr.: 2683 — 19,95 €

Video-Sonderangebot!



Die Geschichte der deutschen Kriegsmarine 1914 – 1945
Mit zum Teil nie gezeigten Filmaufnahmen in Farbe und sch/w wird die Entwicklung der deutschen Kriegsmarine von 1914 bis 1945 erstmals in derart umfassender Form nachgezeichnet.
VHS-Video, Laufzeit: ca. 75 Min., Freigegeben ab 16 Jahren gem. § 7 JÖSchG FSK
Best.Nr.: 2330 — NUR 19,95 €

Triumph und Tragödie der Wilhelm Gustloff
Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten mit 9.343 Toten, Ergebnis einer jahrzehntelangen Auswertung von Materialien über die Gustloff. Viele Zeitzeugen schildern ihre Erlebnisse.
VHS-Video, ca. 80 Minuten
Best.Nr.: 1433 — 21,00 €

Beide zusammen nur 34,95 € (Best.Nr.: 3818)

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: ______ Name: ______

Straße, Nr.: ______

PLZ, Ort: ______ Telefon: ______

Ort, Datum: ______ Unterschrift: ______

30/2004

Pflichtbewußt und Kompetent

Ministerialdirigent Dr. Hartmut Singbartl ging in den Ruhestand

Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO, und Johannes Böhm, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, gehörten zu den vielen Gästen, vor denen die Bayerische Staatsministerin Christa Stewens in München Ministerialdirigent Dr. Hartmut Singbartl in den Ruhestand verabschiedete.

Singbartl, seit 1987 Leiter der Abteilung V. im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, war zuständig für Grundsatzfragen der Vertriebenenpolitik und damit für eine erfolgreiche Integration der Heimatvertriebenen in Bayern und in den vergangenen Jahren verstärkt für die vielfältigen Probleme der Spätaussiedler, vor allem der Deutschen aus Rußland. Die Ministerin bescheinigte dem scheidenden Beamten, seine Arbeit stets mit Pflichtbewußtsein, Kompetenz und Neigung bewältigt zu haben. Das galt auch für die Bundeswehr, in der er es bis zum Major der Reserve brachte.

Das Singbartl fast sein gesamtes Berufsleben den Heimatvertriebenen widmete, hat mit seinem eigenen Schicksal zu tun. Als sechsjähriger Junge wurde er aus seiner sudetendeutschen Heimat vertrieben. Er hat davon, wie die Ministerin berichtete, oft erzählt und sich in seiner juristischen Doktorarbeit mit der „Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzneuregelungen von 1938" beschäftigt.

Den Ostpreußen fühlt sich Singbartl besonders verbunden. Er war dabei, als die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß Bayern die Patenschaft für die Ostpreußen übernahm, war häufiger Gast bei der „Ost-Westpreußen-Stiftung" in Schleißheim, half wo er konnte beim Ostpreußenmuseum in Ellingen und setzte sich schließlich nachdrücklich mit dafür ein, daß in Allenstein das „Haus Kopernikus" erworben und restauriert werden konnte. Die „Deutschen Vereine" in Ost-Mitteleuropa hatten in ihm einen tatkräftigen Fürsprecher. Im Auftrage der Bayerischen Staatsregierung legte er zugleich die Grundlagen für die Bayerischen Häuser in Odessa und in Ungarn.

Seine besondere Liebe galt und gilt dem Münchner „Haus des Deutschen Ostens", das auch ein Ostpreußenzimmer hat. Bis zuletzt bemühte er sich, die Zukunft des Hauses durch eine neue „Ordnung" zu sichern. „Kultur, Kunst, Bildung, Bibliothek, Begegnung", unter diesen Begriffen soll die Vertriebenenarbeit in Bayern weiterhin stehen. Diese Pluspunkte gilt es zu sichern.

Die Ministerin nannte weitere Aufgabenfelder, denen sich Hartmut Singbartl in besonderer Weise zugewandt hatte:

„Die Ausgestaltung der Schirmherrschaft über die Landsmannschaft der Sudetendeutschen, die Entstehung einer Sudetendeutschen Stiftung und die Errichtung des Sudetendeutschen Hauses in München, die Stiftung Ostdeutsche Galerie in Regensburg, die Kulturstiftung der Vertriebenen und der Ostdeutsche Kulturrat".

Eine besondere Herausforderung für Singbartl brachte die Wendezeit mit den vielen Spätaussiedlern und den Übersiedlern aus der ehemaligen DDR die zunächst in provisorischen Unterkünften und dann fest untergebracht werden mußten. Die Ministerin wörtlich: „Sie mußten gegen alle Widerstände monatlich fünftausend Unterbringungsplätze schaffen, einrichten und betreiben". Dazu kamen bald Tausende von Flüchtlingen aus dem zerfallenden Jugoslawien.

Auch in der Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Bundesländern hat sich das Durchsetzungsvermögen von Hartmut Singbartl bewährt, der – wie ihm ein Kollege bescheinigte – auch keinen Streit scheute, wenn es um die Sache der Heimatvertriebenen ging. Genannt seien nur die Änderungen des Lastenausgleichsgesetzes, das Gesetz zur Bereinigung der Kriegsfolgen und der Asylkompromiß von 1992.

Nachfolger von Hartmut Singbartl ist sein bisheriger Stellvertreter, Ministerialrat Huemer. LO-Sprecher v. Gottberg nutzte die Gelegenheit zu einer ersten Kontaktaufnahme. **Norbert Matern**

Termine

Hamburg – Unter Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 25. bis 31. Oktober 2004 im Ostheim in Bad Pyrmont die 50. Werkwoche statt. in den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Weißstickereien und Kreuzsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch wenige Plätze frei. Die Seminargebühr beträgt für Abonnenten der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* 130 Euro und 175 für Nichtabonnenten bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 5,50 Euro pro Nacht. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Bei Abschluß eines Jahresabos innerhalb von sechs Monaten wird der Aufpreis erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26, Fax (0 40) 41 40 08 48. ■

Grundrecht Eigentum

Politische Gespräche von Vertretern des Ständigen Rates

Die Vertreter des Ständigen Rates der ostdeutschen Landsmannschaften führten in Berlin mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, MdB Hans-Joachim Hacker, ein Gespräch über den derzeitigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen.

Vor diesem Hintergrund erläuterten die Vertreter des Ständigen Rates ihre Auffassung zum „Zentrum gegen Vertreibungen" und zur „Preußischen Treuhand".

Sie machten deutlich, daß die Konzeption der Stiftung „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen" für dieses geplante Zentrum von den Landsmannschaften mitgetragen würde. Hinsichtlich der „Preußischen Treuhand" betonten die Landsmannschaftler, daß diese Selbsthilfeorganisation geschaffen wurde, weil die deutsche Bundesregierung, aber auch andere Bundesregierungen, das Thema einer zumutbaren Entschädigung für konfisziertes Eigentum bisher nicht aufgegriffen hätten. Eigentum sei schließlich ein Grundrecht und verfassungsrechtlich besonders geschützt.

MdB Hans-Joachim Hacker warb um Verständnis für die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der angesprochenen Entschädigungsfragen. Man müsse um der Zukunft willen nach vorne blicken, da gäbe es genug Probleme. Er zeigte sich überzeugt, daß Entschädigungsforderungen gerichtlich nicht durchzusetzen seien. Bei dem „Zentrum gegen Vertreibungen" sollten sich alle Beteiligten im laufenden Diskurs darum bemühen, zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende gab zu erkennen, daß ihm die Anliegen der Landsmannschaften auf Grund des Vertriebenenschicksals seiner Mutter nicht fremd seien. Er bot an, das Gespräch schon bald – vielleicht an einem Ort in seinem Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern – fortzusetzen. **EB**



Teilnehmer: *Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (fünfter v. l.); Rudi Pawelka, Sprecher der Landsmannschaft der Schlesier; Klaus Plaszczek, Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier; Siegfried Sieg, Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen; Dr. Hans Viktor Böttcher, Vorsitzender des Bundes der Danziger; Klaus Moerler, Vertreter der Landsmannschaft Pommern; Horst Hoericke, Stellv. Bundessprecher Landsmannschaft Ostbrandenburg; Damian Spielvogel, Geschäftsführer Ständiger Rat (die vorstehende Reihenfolge entspricht nicht der der abgebildeten Personen auf dem Foto)* Foto: EB

Ernst Wiechert-Freundeskreis

Braunschweig – Zu dem Thema: „Emigriert und vertrieben – Ernst Wiechert überwindet das Zeitalter der Dämonen" referiert am Mittwoch, 4. August, 16 Uhr, der Direktor des Braunschweiger Landesmuseums, Dr. h. c. Gerd Biegel, im Stadtparkrestaurant, Jasperallee 42, Braunschweig. ■

Immer noch eine verkrampfte nationale Identität

Namhafte Journalisten sprachen sich für Berlin als Standort eines künftigen »Zentrums gegen Vertreibung« aus

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, mit großer argumentativer Kompetenz und Konsequenz das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen" in der deutschen Hauptstadt immer wieder vertritt. Sie nimmt jedes sich bietende Forum von Kritikern, Skeptikern und Befürwortern wahr im Wissen um die Notwendigkeit, daß ein breiter gesellschaftlicher Konsens die Idee voranbringt. Nicht ohne Erfolg; so Anfang Juni vor hundert Oberstufenschülern des Rheingau-Gymnasiums in Berlin-Friedenau, eine für Alt-Achtundsechziger beliebte Wohngegend. Die nunmehr letzte Veranstaltung war eine Journalistenrunde Ende Juni im Opernpalais Unter den Linden.

Das Datum fiel genau auf den 90. Jahrestag des Mordes in Sarajewo, das entscheidend die Geschichte des 20. Jahrhundert verändern sollte. Illustre Gäste nahmen teil: Thomas Baumann (ARD-Hauptstadtstudio), Christoph von Marschall (Der Tagesspiegel), Reinard Müller (FAZ), Gustav Seibt (Süddeutsche Zeitung) Peter Glotz, neben Steinbach Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. Die Einführung hielt Ernst Cramer, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Stiftung. Als Jude mußte er Deutschland nach 1933 verlassen. Der Prinzessinnensaal im Opernpalais war gut gefüllt, es waren längst nicht nur Vertriebene, sondern auch zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger.

> »Die Deutschen haben das Recht auf ihre eigene Geschichte«

Wer nun harte Kontroversen oder hitzige Streitgespräche erwartete, wurde enttäuscht, im Gegenteil, das Bemühen um einen Grundkonsens über das Projekt war unübersehbar. Ohne Widerspruch blieb die Ankündigung der Präsidentin Steinbach, daß diese Veranstaltung sich ausschließlich mit der Vertreibung der Deutschen beschäftigt, ein ganz wichtiger Stiftungsauftrag.

Dies wurde durch weitere Argumente gestützt; die Deutschen haben das Recht auf ihre eigene Geschichte und sogar die Verpflichtung, ihrer Opfer zu gedenken. Die gesamte innerdeutsche Diskussion zum Thema Zentrum muß als ein Teil des eigenen Selbstfindungsprozesses in einer immer noch verkrampften nationalen Identität gewertet werden. Die Vertreibung ist Teil der deutschen Geschichte, jahrzehntelang tabuisiert – in der alten Bundesrepublik seit Ende der sechziger Jahre und in der DDR. Die Vertriebenenverbände wurden wegen ihrer konsequenten Haltung in eine Isolation gedrängt, die sich nunmehr entscheidend gelockert hat. Das linke Spektrum beginnt das Thema zu entdecken (Günter Grass), und Ereignisse wie die ethnischen Säuberungen auf dem Balkan haben das Bewußtsein bei vielen Deutschen geschärft. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß bei dieser erfreulich beginnenden Offenheit gegenüber dem Thema Vertreibungen der Kenntnisstand des Otto Normalverbrauchers in Deutschland darüber defizitär geworden ist; kein Wunder, wenn man registrieren muß, daß in den Lehrplänen für Schulen das Thema immer weiter zurückgedrängt wird; die Zeit der Erlebnisgenerationen an unseren Schulen ist längst vorüber.

Einig war man sich auch, daß in einem künftigen Zentrum die Vertreibung der Juden aus Deutschland und den besetzten Gebieten berücksichtigt werden muß – ein wichtiger neuer Akzent. Ernst Cramer gab in seiner Einführung den Anstoß. Standort Berlin war selbst für Christoph von Marschall offensichtlich nicht mehr das ganz große Problem; er wies auf mögliche Ängste und Befürchtungen aus Polen und Tschechien hin – die Deutschen schlüpfen nunmehr in eine Opferrolle und wollen durch das Wiederaufleben von Eigentumsansprüchen das Rad der Geschichte umdrehen. Dies sind altbekannte Töne in einer emotional angeheizten Debatte, die trotz Lautstärke nicht richtiger werden.

Aber auch unsere Nachbarn im Osten müssen zur Kenntnis nehmen, was bereits am 5. Juli 2003 (Folge 27) in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* stand: „Der Exodus der Deutschen aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien und dem Sudetenland stellt einen brutalen Schnitt für die deutsche Nationalgeschichte dar. Innerhalb weniger Jahre wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht nur Millionen von Existenzen vernichtet, sondern gleichzeitig das Ergebnis jahrhundertelanger Kulturentwicklung ausgelöscht". Dieser wichtige Gesichtspunkt ist nur kurz von Gustav Seibt angedeutet worden, er ist aber eine zentrale Begründung dafür, daß das Projekt Zentrum unverzichtbar für das historische Selbstverständnis der Deutschen ist. Es muß erwartet werden, daß dies künftig auch Polen und Tschechen anerkennen, die nach wie vor eingeladen sind, an der Gestaltung des Zentrums mitzuarbeiten.

> Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens

Vielleicht kann hier im Kleinen die seit 1972 funktionierende Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission eine Art Vorbild sein, die seinerzeit unter sehr viel schwierigeren politischen Bedingungen ihre Arbeit aufnehmen mußte und trotz härtester Kontroversen am Ende zu konsensfähigen Ergebnissen kam (vgl. *Ostpreußenblatt* vom 28. Juli 2001). Es bleibt die Aufforderung an die Medien, in ihrer Berichterstattung über das Projekt auch dessen zahlreiche namhafte Förderer zu nennen; dann wird nämlich der inzwischen eingetretene breite gesellschaftliche Konsens deutlich, dies heißt das Projekt Zentrum ist nicht nur die Angelegenheit eines Verbandes. **Karlheinz Lau**

Wider »le cauchemar des coalitions«

Nach der Reichsgründung gilt Bismarcks ganzes Trachten der Verhinderung einer gegen das Reich gerichteten Koalition

Die Politik des Reichskanzlers Otto von Bismarck verfolgte nach dem Sieg über Frankreich zwei Ziele, einmal die Sicherung der Grenzen des gerade entstandenen Kaiserreiches, zum anderen die Isolierung des damals als Erbfeind empfundenen Frankreich. Bismarck wußte nur zu genau, die erreichte Größe des Deutschen Reiches war das Äußerste, was den europäischen Großmächten „zugemutet werden konnte“. Deutschland, an militärischer Stärke und wirtschaftlicher Kraft seinen Nachbarn überlegen, sei „saturiert“, erklärte er mehrfach nach der Reichsgründung und lehnte jede weitere Ausdehnung ab. Dagegen strebte Frankreich danach, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen.

Schon das Jahr 1875 sorgte mit der „Krieg-in-Sicht-Krise“ für gehörige Aufregung zwischen Paris und Berlin. Als bekannt wurde, daß die Französische Republik beabsichtigte, eine erhebliche Erhöhung der Schlagkraft ihres Militärs vorzunehmen, und daraufhin in der „Post“, die als Sprachrohr Bismarcks galt, der Artikel „Ist Krieg in Sicht?“ erschien, stimmten die Zeitungen mehrerer Länder eine helle Panikmache an. Sofort boten England wie auch Rußland ihre Vermittlerrolle im Falle einer möglichen deutschen Gegenmaßnahme an. Doch Bismarck, der die Ämter des deutschen Reichskanzlers mit denen des Ministerpräsidenten und Außenministers Preußens in Personalunion führte, gelang es, die Wogen zu glätten. Mit Nachdruck wies er die Versuche zurück, Deutschland als Friedensstörer hinzustellen; er erklärte, allein die Presse und deren Hintermänner seien schuld an den außenpolitischen Verstimmungen. Längerfristig entscheidend war für Bismarck die Erkenntnis, daß England und Rußland trotz ihrer weitreichenden politischen Gegensätze einen weiteren französischen Machtverlust zugunsten Deutschlands nicht dulden würden.

In der manchmal undurchsichtigen russischen Außenpolitik, die Bismarck aus seiner Zeit als preußischer Gesandter in Petersburg wohl bekannt war, spielten die antipolnisch-monarchistischen Kräfte und die polonophil-panslawistische Richtung ihre Einflüsse gegeneinander aus. Zwar hatte gerade das Zarenreich infolge seiner neutralen Haltung Bismarcks Erfolge ermöglicht, doch konnte Rußland kaum darüber erfreut sein, eine starke militärische Kraft an seiner Westgrenze entstehen zu sehen. Des Reichskanzlers Trauma war deshalb das Entstehen feindlicher Koalitionen. Seine Politik war bestimmt durch seinen Alptraum der (gegen das Reich gerichteten) Bündnisse (le cauchemar des coalitions), die dem Kaiserreich nach seinem Tod ja schließlich auch tatsächlich zum Verhängnis wurden.

Durch das Dreikaiserabkommen zwischen Wilhelm I., Franz Joseph I. und Zar Alexander II. gelang es Bismarck am 20. Oktober 1873, das gemeinsame Interesse der drei großen Staaten am Erhalt der monarchistischen Staatsform zu festigen. Störend auf diese Beziehung wirkte sich allerdings der russisch-österreichische Gegensatz auf dem unruhigen Balkan aus. Bismarck konnte hier aber ausgleichen. Er betonte die Interessenlosigkeit des Deutschen Reiches in Südosteuropa mit dem bekannten Ausspruch, daß der Balkan „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert“ sei.

In Bosnien war 1875 ein Aufstand gegen die osmanische Besatzung ausgebrochen, der bald den gesamten Balkan erfaßte. In Rußland, das sich als Schutzmacht der im Osmanischen Reich lebenden orthodoxen Christen betrachtete, drängte die panslawistische Bewegung zum Krieg.

Schon im Jahre 1867 hatte der zweite Slawistenkongreß in Moskau als Nahziel die Meerengen und die Befreiung der slawischen Brüder vom Türkenjoch postuliert. Die Russen errangen im Türkenkrieg große Erfolge, sie verjagten die Osmanen fast vom gesamten Balkan und nötigten im März 1878 dem Osmanischen Reich einen harten Frieden auf: Serbien, Montenegro und Rumänien wurden vergrößert und selbständig. Bulgarien, mit ausgedehntem Territorium neu geschaffen, kam unter russischem Einfluß; es erhielt einen Zugang zum Ägäischen Meer und öffnete damit dem Zarenreich den Weg zum Mittelmeer. Dagegen erhoben nun Österreich-Ungarn und Großbritannien energisch Einspruch.

Um die Dardanellen vor einem russischen Zugriff zu schützen, schickten die Briten Kriegsschiffe in das Marmarameer. Der englisch-russische Interessengegensatz war sowieso schon durch die schrittweise russische Ausdehnung in Zentralasien (Turkestan, Taschkent, Samarkand) äußerst verschärft worden. Die Spannungen nahmen nun derart zu, daß der europäische Friede nur noch an einem seidenen Faden zu hängen schien. Ein letztes Mittel, den brüchigen Frieden zu retten, sah man schließlich in einem durch Bismarcks Vermittlung zustande gekommenen Kongreß.

Bismarck verzichtete als Reichskanzler auf eine weitere Expansion

Bismarck sträubte sich zunächst, die Kongreßleitung zu übernehmen. Anders als Napoleon III. wollte er sich nämlich nicht die Vermittlertätigkeit durch Land- oder Machterwerb versüßen lassen, um das Bild vom saturierten Reich nicht zu zerstören. Andererseits sah er die Gefahr, daß sich Wut über das Kongreßergebnis gegen die Kongreßleitung richten könnte. Wenn Bismarck sich trotzdem bereit erklärte, auf einem Kongreß als „ehrlicher Makler“ die Leitung zu übernehmen, so tat er es, weil er davon ausging, daß das Reich aufgrund seiner Mittellage in einen Balkankrieg unter Einschluß der Großmächte hineingezogen würde und in einem Krieg viel verlieren aber nichts gewinnen könne. So wurde Berlin Tagungsort eines Kongresses, der vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 dauerte.

Wie befürchtet konnte Bismarck es nicht allen recht machen, so klug er auch den Kongreß leitete. Insbesondere Zar Alexander II. (1855–1881) hatte größeren Dank für seine Haltung in der Zeit der Reichsgründung erwartet. Der faktische Leiter der russischen Delegation, Alexandr Michailowitsch Fürst Gortschakow, sprach sogar von einer russenfeindlichen Haltung des Kanzlers, weil das Zarenreich nicht alle eroberten osmanischen Gebiete behalten durfte. Für Bismarck war vor allem die Sicherheit Deutschlands entscheidend. Im November 1878 schrieb er dem preußischen Kronprinzen: „Es würde ein Triumph unserer Staatskunst sein, wenn es uns gelänge, das orientalische Geschwür offenzuhalten, dadurch die Einigkeit der anderen Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern.“



Otto Fürst v. Bismarck bei Wilhelm I. im Eckzimmer des Berliner Palais „Unter den Linden“ im letzten Jahre ihres Zusammenwirkens: *Der erster Kanzler des Deutschen Reiches hatte das Glück, im ersten Kaiser einen Herrscher zu haben, der seine geistige Überlegenheit erkannte und ihm deshalb in seiner Politik weitgehend folgte.*

Foto: Archiv

Obwohl Otto von Bismarck die russischen Wünsche auf dem Berliner Kongreß so weit als möglich berücksichtigt hatte, konnte er es nicht verhindern, daß im August 1879 Zar Alexander in einem ungewöhnlichen Privatbrief an Kaiser Wilhelm I., dem sogenannten „Ohrfeigenbrief“, schwere Vorwürfe gegen Bismarck erhob. Aber eine stärkere Berücksichtigung russischer Interessen wäre nur auf Kosten Österreichs gegangen. Bismarck hat sich stets dagegen gewehrt, die Wünsche Österreich-Ungarns oder die Rußlands einseitig zu unterstützen. Er mußte mit seinem Herrn und Kaiser einen harten Kampf ausfechten, um dessen Zustimmung zu einem Zweibund mit Österreich zu erhalten, wobei er nachdrücklich betonte, daß der am 7. Oktober 1879 unterzeichnete Vertrag das Reich nur zur Abwehr einer russischen Aggression verpflichte, nicht aber zur Unterstützung eines österreichischen Angriffs auf Rußland. Der Kanzler wollte sich nicht an das „Leitseil“ der habsburgischen Regierung binden lassen, die wiederum in erster Linie ihre multinationale Doppelmonarchie gegen den panslawistischen Ansturm schützen wollte.

Das Bündnis mit Österreich-Ungarn war für Bismarck ein Mittel zur Erneuerung des zwischenzeitlich aufgelösten alten Dreikaiserabkommens. Der Reichskanzler gewann das Vertrauen des neuen Herrschers aller Reußen, Zar Alexander III. (1881– 1894). Dieser hatte nach der Ermordung seines Vaters den russischen Thron bestiegen. Nach langwierigen Verhandlungen schlossen 1881 Wilhelm I., Franz Joseph I. und Alexander III. den Dreikaiservertrag. Ihm folgte der Dreibund zwischen Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn. Es bestanden also enge Verbindungen zwischen Berlin, Rom und Wien einerseits und zwischen Berlin, Petersburg und Wien auf der anderen Seite. Bismarcks diplomatischem Geschick war ein Netzwerk von Bündnissen mit den Großmächten Mittel-, Ost- und Südeuropas gelungen.

Der Reichskanzler wünschte zwischen den anderen Großmächten weder Harmonie noch Krieg

Gleichzeitig schien aber im Westen die Kriegsgefahr zu wachsen. In der Dritten Republik hatte General Georges Boulanger das Kriegsministerium übernommen. Seine nationalistische Haltung bestärkte die französische Publizistik in ihrem Ruf nach Revanche. Hauptziel blieb die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen. „Nie davon reden, immer daran denken“, war Léon Gambettas Losung.

Um Großbritannien zumindest indirekt an den Dreibund anzubinden, die Stellung des Dreibundpartners Österreich-Ungarn auf dem Balkan gegenüber Rußland zu stärken und das Zarenreich um so interessierter an einem guten Verhältnis mit Deutschland zu machen, förderte Bismarck ein Mittelmeerabkommen zwischen England und Italien, dem sich die Donaumonarchie 1887 anschloß. Die Briten wichen in diesem Falle von ihrem Grundsatz der „splendid isolation“, sprich der Bündnislosigkeit, ab, da sie wie die Habsburgermonarchie bestrebt waren, die Russen auf keinen Fall ans Mittelmeer gelangen zu lassen und den Status quo im östlichen Mittelmeer zu schützen.

Um zu verhindern, daß Rußland in dieser Situation Anschluß an Frankreich suchte – immer unverblümter eiferten die Panslawisten für ein Zusammengehen mit Paris – unterzeichnete Bismarck am 18. Juni 1887 mit dem russischen Botschafter Pawel Andrejewitsch Graf Schuwalow den Rückversicherungsvertrag. Das Deutsche und das Zarenreich sicherten sich in diesem Vertrag wohlwollende Neutralität zu, wenn Deutschland von Frankreich oder Rußland von Österreich-Ungarn angegriffen werden sollte. Würde Rußland selbst Österreich-Ungarn angreifen, so fand es nach dem Zweibundvertrag Deutschland auf der Gegenseite. In einem geheimen Zusatzprotokoll sagte das Deutsche dem Zarenreich zu, es in dessen Meerengen-Politik zu unterstützen.

Die Strategie, die Bismarck mit dieser dem einen oder anderen möglicherweise unlogisch und widersinnig erscheinenden Taktik verfolgte, hat er 1877 in dem sogenannten Kissinger Diktat niedergelegt, das manches klarer erscheinen läßt:

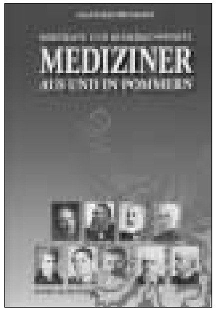
„Ein französisches Blatt sagte neulich von mir, ich hätte ‚le cauchemar des coalitions‘; diese Art Alp wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht immer, ein sehr berechtigter bleiben. Koalitionen gegen uns können auf westmächtlicher Basis mit Zutritt Österreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf russisch-österreichisch-französischer; eine große Intimität zwischen zweien der drei letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jederzeit das Mittel zu einem sehr empfindlichen Drucke auf uns bieten. In der Sorge vor diesen Eventualitäten, nicht sofort, aber im Lauf der Jahre, würde ich als wünschenswerte Ergebnisse der orientalischen Krisis für uns ansehen: 1. Gravitierung der russischen und der österreichischen Interessen und gegenseitigen Rivalitäten nach Osten hin, 2. der Anlaß für Rußland, eine starke Defensivstellung im Orient und an seinen Küsten zu nehmen, und unseres Bündnisses zu bedürfen, 3. für England und Rußland ein befriedigender status quo, der ihnen dasselbe Interesse an Erhaltung des Bestehenden gibt, welches wir haben, 4. Loslösung Englands von dem uns feindlich bleibenden Frankreich wegen Ägyptens und des Mittelmeers, 5. Beziehungen zwischen Rußland und Österreich, welche es beiden schwierig machen, die antideutsche Konspiration gegen uns gemeinsam herzustellen, zu welcher zentralistische oder klerikale Elemente in Österreich etwa geneigt sein möchten. Wenn ich arbeitsfähig wäre, könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: nicht das irgendeines Ländererwerbes, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreichs uns bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“

Man hat Bismarcks Rückversicherungsvertrag mit den Russen häufig als Treulosigkeit gegenüber Wien kritisiert. Tatsächlich sind die außenpolitischen Methoden der deutschen Bündnispolitik immer komplizierter geworden. Sie haben aber, so lange der Reichskanzler die Fäden in der Hand hielt, ihren Zweck, den Frieden zu sichern und dem Reich einen Zweifrontenkrieg zu ersparen, erfüllt. Eine Politik der „Nibelungentreue“ war nicht die seine, da sie das Reich auf Gedeih und Verderb an eine andere Macht band und von deren Politik abhängig machte. Stellt man die außenpolitischen Situation von 1887 der von vor 90 Jahren gegenüber, dann läßt sich Bismarcks Leistung in der Außenpolitik richtig beurteilen. **Rüdiger Ruhnau**

Der Kanzler und sein Kaiser

Das gewaltige Werk Otto von Bismarcks wurde ermöglicht durch das einzigartige Zusammenwirken mit seinem Herrn und Kaiser Wilhelm I. Bismarck hatte sich dem König bei seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten 1862 auf die Gefolgschaftstreue eines preußischen Edelmannes verpflichtet. Bei aller Überlegenheit fühlte er sich stets als Vasall und Soldat seines Königs. Wilhelm I. wiederum bewahrte ihm auch in schwierigsten Zeiten die Treue, fern aller Eifersucht auf dessen Ruhm. Auf Gefolgschaftstreue und Soldatentum war auch das Bismarcksche Reich gegründet. Niemals tastete Bismarck die Ehre eines anderen an, auch dem besiegten Franzosenkaiser hatte er alle Ehre eines Herrschers erwiesen und dem französischen Volk keine Bedingungen auferlegt, die dessen Ehre kränkten.

Erst der Tod des fast 93jährigen Kaisers am 9. März 1888 beendete das enge Verhältnis zweier Männer, deren arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes dem Deutschen Reich Wohlstand und Ansehen verschafft hatte. **R. R.**



Etwas trocken

Lexikon über Ärzte aus Pommern

Rudolf Virchow ist wohl der bekannteste aus Pommern stammende Mediziner. Doch der bedeutende Pathologe, Anthropologe und Politiker ist bei weitem nicht der einzige seines Berufszweiges, der auch weit über die pommerschen Grenzen hinweg mit seinen Forschungen und Erkenntnissen Rang und Namen erlangte.

Hans Reddemann hat in „Berühmte und bemerkenswerte Mediziner aus und in Pommern" mehr als 270 Ärzte und Ärztinnen vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart vorgestellt. Der Autor, ein aus Pommern stammender Kinderarzt, nennt hierbei nicht nur Mediziner wie Theodor Billroth, Paul Grawitz, Friedrich Loeffler und Ferdinand Sauerbruch, die durch ihre wissenschaftlichen Leistungen weltbekannt wurden, sondern auch Kollegen, die für die Region von Bedeutung waren. Eine Würdigung erfahren auch die nicht so zahlreich vertretenen Ärztinnen und Mediziner, die sich wie beispielsweise Alfred Döblin auf dem Gebiet der Literatur einen Namen gemacht haben.

Bedauerlicherweise ist das vorliegende Buch ein reines Lexikon, nennt nur Geburtstag, -ort, Sterbetag und -ort und die wichtigsten Stationen im Leben wie im Beruf, ohne wenigstens durch eine Überschrift auf die Besonderheiten im Lebenswerk der besagten Personen hinzuweisen. **R. B.**

***Hans Reddemann: „Berühmte und bemerkenswerte Mediziner aus und in Pommern"**, Helms Verlag, Schwerin 2003, geb., 250 Seiten, 24 Euro*



Opfer der Flammen

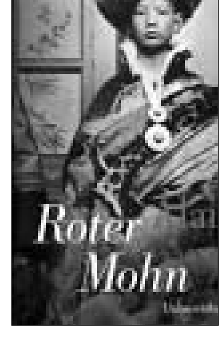
Geschichte der nicht mehr existierenden Berliner Garnisonkirche

Man schrieb das Jahr 1701, als der Grundstein für ein Gotteshaus gelegt wurde, von dem heute kaum noch eine Spur zu finden ist. Es war das Krönungsjahr Friedrichs I., als Kronprinz Friedrich Wilhelm, der später als „Soldatenkönig" in die Geschichte eingehen sollte, diesen Grundstein für die Berliner Garnisonkirche am Spandauer Tor legte. Eingeweiht wurde das von dem Insterburger Baumeister Martin Grünberg entworfene Gotteshaus am 1. Januar 1703. Keine zwei Jahrzehnte später mußte allerdings ein neues Gebäude errichtet werden, da das alte 1720 der Explosion des Pulverturms zum Opfer fiel. Der klassizistische Neubau von Philipp Gerlach d. J. bot etwa 4.000 Sitzplätze und wurde 1722 eingeweiht. Im Laufe der Jahrhunderte ihres Bestehens entwickelte sich die Garnisonkirche schließlich zur „Hüterin vieler Erinnerungen preußischer Geschichte", so eine Beschreibung aus dem Jahr 1928. „Viele Regimenter haben in ihr Gedenktafeln als Erinnerungszeichen an die Gefallenen des Weltkriegs errichtet ..."

Im Zweiten Weltkrieg erlitt auch die Berliner Garnisonkirche das Schicksal so vieler historisch wertvoller Bauwerke in der Hauptstadt: Sie brannte 1943 aus. Erhalten blieben aus dem zweiten Bau nur Teile des Altartisches und aus dem ersten ein Taufbecken, das Andreas Schlüter zugeschrieben wird. 1962 wurden die Trümmer des Gotteshauses dem Erdboden gleichgemacht, nur ein Straßenschild kündet seit dem Jahr 2000 von ihrem ehemaligen Standort.

Eine erste umfassende Bau- und Ereignisgeschichte der Berliner Garnisonkirche liegt nun mit **„Der Adler weicht der Sonne nicht. 300 Jahre Berliner Garnisonkirche"** vor. Die Autoren würdigen nicht nur ihre kulturgeschichtliche Bedeutung, sie gehen auch auf das Wirken bedeutender Architekten wie Grünberg, Gerlach oder Schinkel ein und zeigen das Wirken von Künstlern wie Menzel oder Hensel auf. Eine Liste der in den Grüften der Garnisonkirche im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts beigesetzten Persönlichkeiten schließt den Band ab. **o-n**

***Barbara Kündiger, Dieter Weigert: „Der Adler weicht der Sonne nicht. 300 Jahre Berliner Garnisonkirche"**, Berlin Edition in der Quintessenz Verlags GmbH, Berlin 2004, 128 Abb., brosch., 208 Seiten, 14,80 Euro*



Weit weg von Buddha

Roman über die Fürstenwillkür im Tibet des 20. Jahrhunderts

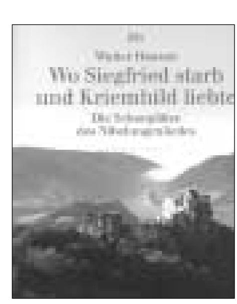
Ich habe gelernt, daß die Erde das stabilste auf der Welt ist. Danach kommt gleich das königliche Recht des Fürsten, der sie regiert. Doch im ersten Jahr, in dem Fürst Maichi auf seinem Land Mohn anbaute, schwankte tatsächlich die Erde." Denn der Mohn machte den Fürsten zwar reich, doch brachte er auch Unfrieden nach Tibet.

In „Roter Mohn" erzählt der chinesische Autor Alai aus Sicht des jüngsten Sohnes des Fürsten Maichi, dem Idioten, wie sich seine mittelalterlich geprägte Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts radikal veränderte.

Der mit dem wichtigsten chinesischen Literaturpreis ausgezeichnete Autor, dessen kritischer Roman lange Zeit keinen Verleger fand, nimmt den Leser mit in das Reich der tibetischen Fürsten. Willkürherrschaft ist hier an der Tagesordnung. Die Diener werden wie Vieh gehalten und der Henker hat alle Hände voll zu tun, um das Volk gefügig zu machen. Bunte, bizarre Bilder vermittelt der Autor, voller Leben sind seine Figuren, und über allem der von den Chinesen eingeführte rote Mohn. Doch sind Alais Charaktere keineswegs nur böse. Fürst Maichi offenbart sich sogar als besonders vorausschauend, da er den ihn reich machenden Mohn nur alle zwei Jahre anbaut und Korn zur Nahrung in großen Speichern zurückhält. Eine weise Tat, die seine fürstlichen Nachbarn nicht berücksichtigen, so daß es dort zu Hungersnöten und danach zum Krieg mit Maichi kommt. Vor der Tür des Idioten, der in seiner Gestaltung ein wenig an den Grasschen Oskar Matzerath erinnert, stehen die Hungernden der Nachbarreiche, doch sie rebellieren nicht, sie blicken ihn aus todtraurigen Augen an und ziehen sich zum Sterben an den Fluß zurück.

Alai entwirft ein völlig unbekanntes Bild von Tibet. Zwar kommen auch hier budhistische Lamas vor, doch sind auch sie keineswegs so friedfertig wie vermutet. Sie ringen um die Gunst des Fürsten und versuchen in der keineswegs humanen Welt ihr Auskommen zu finden. Nur der Idiot läßt manchmal humane Sichtweisen erkennen, doch passen diese nicht in das Leben am Hofe des Fürsten. So ist der Sohn des Henkers nach Ansicht des Idioten ein vorzüglicher Dichter und Denker, doch da er eben als Sohn des Henkers geboren wurde, erlernt auch er das Handwerk des Tötens. Auch seiner Dienerin, die schon seit seinem 13. Lebensjahr zugleich seine Mätresse war, versucht der Idiot den Leibeigenenstatus nach ihrer Heirat zu erleichtern, doch letztendlich kann sich keiner seinem seit Jahrhunderten vorgezeichneten Weg entziehen. Bis, ... ja bis die Gegenwart auch das tibetische Hochland erreicht. Von da an ist nichts mehr stabil, das Fürstenreich zerfällt, besser jedoch ist danach nichts. Eindrucksvoll! **R. Bellano**

***Alai: „Roter Mohn"**, Unionsverlag, Zürich 2004, geb., 445 Seiten, 22,90 Euro*

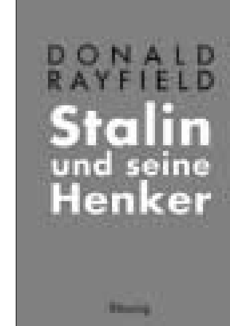


Schauplätze

Bildband zeigt, wo Siegfried starb

Liebe und Eifersucht, Treue und Verrat, ja sogar Mord – das sind Themen, die Leser einst und jetzt faszinieren. Was heute die Seifenopern im Vorabendprogramm sind, waren – ist es vermessen zu sagen? – im Mittelalter die Lieder fahrender Sänger. Ein besonderer Publikumserfolg war zweifellos das Nibelungenlied, von dem Goethe sagte, jeder solle es lesen. Kein Wunder also, daß dieses Epos um Siegfried und Kriemhild, Brunhild und Hagen zu den ewigen Bestsellern gehört. An Fürstenhöfen und Burgen sangen die Spielleute einst das 2.400 Strophen umfassende Lied – ein abendfüllendes Programm. Heute quälen sich nicht mal mehr Schüler mit der mittelhochdeutschen Sprache und dem Geschehen zwischen Xanten, Worms und der Etzelburg, dem Ort des Nibelungen-Untergangs. Wie aktuell das Nibelungenlied heute noch interpretiert werden kann, das beweist Walter Hansen in dem dtv-Band „Wo Siegfried starb und Kriemhild liebte". Er ist den Schauplätzen des dramatischen Geschehens nachgegangen, die heute zum großen Teil noch erhalten sind. Burgen, Dome, Orakelstätten und Klöster zwischen Worms am Rhein und Esztergom vor Budapest bilden das Bühnenbild dieses bedeutendsten Heldenepos des Mittelalters – Hansen war mit dem Fotoapparat vor Ort und hat meisterhaft eine Stimmung eingefangen, die einstimmt auf den Text. Zentrale Passagen hat er im Original und in einer zeitgemäßen Prosaübersetzung zu diesen Fotos gestellt. Kommentare und kulturhistorische Erklärungen runden das Buch ab. – Ein famoser Reiseführer in das Mittelalter. **os**

***Walter Hansen: „Wo Siegfried starb und Kriemhild liebte. Die Schauplätze des Nibelungenliedes"**, dtv, München 2004, zahlr. farbige und sw Abb., brosch., 180 Seiten, 19,50 Euro*



»Dankbarkeit ist eine hündische Tugend«

Historiker analysiert Beziehungen zwischen Stalin und seinen später von ihm hingerichteten Anhängern

Bei der Lektüre dieses monumentalen und guten Buches empfindet man Beklemmung. Das Leid, das Menschen einander zufügen, müßte Berge versetzen. In „Stalin und seine Henker" analysiert der britische Historiker Donald Rayfield „Mittel und Männer" der Geheimpolizei, die Stalins grausame Diktatur ermöglichten. „Sie waren die Werkzeuge eines Gehirns, das noch bösartiger war als ihr eigenes." Stalins wichtigste Vollstrecker, mochten sie Dserschinskij oder Berija heißen, kennzeichneten „Sadismus und moralische Stumpfsinnigkeit".

Stalin, „pathologisch veranlagt", als Kind vernachlässigt, geprügelt und oft krank, avancierte, wie auch Felix Dserschinskij, ein Adeliger polnischer Herkunft, der 1917 die Tscheka gründete, zum gelehrigen Priesterseminaristen, studierte leidenschaftlich die Bibel und bereitet sich damit „ideal auf die Lektüre der Klassiker des Marxismus" vor. Im Stil christlich-russischer Orthodoxie glaubte Stalin, das „Böse" vertilgen zu müssen, denn nur „gereinigt" wanderten die Seelen der „Untertanen in die kommende Welt". Askese bestimmte das Leben Stalins und Dserschinskijs. Beide „predigten eine Form von Katechismus" und handelten wie „unzertrennliche Inquisitoren".

Tückisch manipulierte der Georgier andere Menschen, formte sie zu Marionetten, nutzte skrupellos ihre Stärken und Schwächen. Düstere Traditionen der georgischen Geschichte, absolute Monarchie, die brutale Unterdrückung politischer Gegner, habe Stalin neu belebt. Der „einsame Sadist" quälte besonders gern jene, die ihn einst gefördert hatten. „Dankbarkeit ist eine hündische Tugend", meinte Stalin.

Die Tscheka mordete und folterte nach eigenem Gusto. Der aberwitzige Massenterror, den Trotzki und Karl Radek befürworteten, begann unter Lenin, der tote Widersacher zur Schau stellen wollte, „damit die Öffentlichkeit Gelegenheit hatte, über die baumelnden Leichname nachzudenken". Ganze Völkerschaften erklärte die Tscheka (seit 1922 GPU) für konterrevolutionär und „weiß". Dserschinskij erwartete von seinen Schergen „kreuzfahrerische Tugenden". Nach dem Ende des Bürgerkriegs ging der Terror unvermindert weiter.

Mit Hilfe der GPU fegte der „Stählerne" Trotzki außer Landes. Westliche Romantiker verkennen, daß Trotzki fast die gleichen Ziele ansteuerte und ähnliche Lehren wie Stalin propagierte. Trotzki bejahte nicht minder das diktatorische Einmann-System und forderte die soziale Vernichtung der Kulaken. Stalin war nur – besonders außenpolitisch – vorsichtiger, berechnender, staatsmännischer als der hitzige Trotzki.

Menschinskij und Jagoda, „defekte Persönlichkeiten", die Dserschinskij 1926 beerbten, hegten einen „messianischen Wahn", der sie veranlaßte, auch Anhänger des Bolschewismus zu drangsalieren. „Unerträglich zuvorkommend" lächelte Menschinskij, wenn er jemanden zur Exekution begleitete. Genrich Jagoda, Chef des NKWD bis 1937, kompensierte eine traumatische Kindheit durch bedingungslose Treue gegenüber Stalin. Seit etwa 1935 durchdrang der paramilitärische NKWD jede Zelle der Gesellschaft. Gerade auch Akademiker verschleppten die Staatsgangster in Folterkammern, wo ungebildete NKWD-Häscher als „gedankenlose Werkzeuge eines paranoiden Mörders" wüteten.

Stalin erstrebte eine pyramidenförmige, „monolithische Machtstruktur" und vernichtete alle potentiellen Gegner. Die Hinrichtungen von Sinowjew und Kamenew ließ Stalin zu Hause nachspielen. Karl Pauker, der Chef der Stalinschen Leibgarde, mimte Sinowjew.

Am Ende erfaßte die Verfolgungswelle sogar den NKWD. Dessen Angehörige ertränkten Angst und Panik in Alkohol und Sadismus. Im März 1937 wurde der „schreiende" Jagoda exekutiert. Bereits drei Jahre später ereilte Jagodas Nachfolger Jeschow das gleiche Schicksal. Bei der Verhaftung bekam Jeschow „hysterische Anfälle; er wurde geschlagen". Nach Verkündung des Todesurteils äußerte er: „Sagt Stalin, daß ich mit seinem Namen auf den Lippen sterben werde."

Der NKWD ist nicht als bloße Geheimpolizei zu verstehen; er bildete Herz und Hirn des sowjetischen Regierungsapparats und lenkte auch die Wirtschaft. Seit 1939/40 kamen eroberte Länder unter die Fuchtel der Schlapphüte. Nur kurzfristig bremste Stalin 1941/42 aus taktischen Gründen die Horden des Lawrentin Berija, eines „rachsüchtigen Sadisten und intelligenten Pragmatikers", der bald die Schraube wieder anzog. Berija war dafür berüchtigt, daß er Schulmädchen kidnappte und vergewaltigte. Als Stalin starb, wurde Berija entmachtet und liquidiert – weil er die diktatorischen Regime in Osteuropa hatte mäßigen wollen! In der Todeszelle winselte Berija vergeblich um sein Leben.

Das heutige Rußland, schreibt Rayfield, setzt stalinistische Traditionen in veränderter Gestalt fort. Der FSB (Föderatives Sicherheitsbüro) habe die „Kommandozentrale der Regierung übernommen". Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit bleibe Rußland „geistig krank". **Rolf Helfert**

***Donald Rayfield: „Stalin und seine Henker"**, Karl Blessing Verlag, München 2004, geb., 617 Seiten, 25 Euro*



Jenseits von Ruhm und Ehre

Erlebte Geschichte wird mit Ergebnissen aus der Forschung verknüpft

Arbeit in der UdSSR ist eine Sache des Ruhms und der Ehre." GULag ist die Abkürzung für die Hauptverwaltung für die Besserungsarbeitslager, eine Behörde, der in den 30er Jahren alle Straflager in der UdSSR unterstellt wurden. Bis zum Ende der 20er Jahre hatte es zwei Arten von Lagern gegeben: die einen, bestimmt für Kriminelle, die anderen bestimmt für politische Häftlinge. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft schwoll die Zahl der Häftlinge so stark an, daß kurze Zeit darauf dem GULag das gesamte Lagersystem der UdSSR unterstellt wurde. Verwaltet wurde ein weitverzweigtes und sich ständig erweiterndes Netz von Straflagern.

Von 1929 bis zu Stalins Tod 1953 haben ungefähr 18 Millionen Menschen das gewaltige System von Zwangsarbeitslagern durchlaufen. Ungefähr 4,5 Millionen Menschen kehrten nicht zurück.

Anfang des 20. Jahrhunderts waren Gefängnisreformen Mode geworden. Auch das zaristische Gefängnissystem wurde aufgelockert und die Bewachung entschärft. „Wenn man bedenkt, was danach kommen sollte", schreibt Anne Appelbaum in „Der GULag", „dann war der Marsch nach Sibirien für die kleine Gruppe von Männern, die später die russische Revolution anführen sollten, zwar auch kein Vergnügen, aber wohl kaum eine schwere Strafe." Die Bolschewikis galten nicht als Kriminelle, sondern als „politische Gefangene" und wurden daher bevorzugt behandelt. Sie waren ordentlich ernährt, gut gekleidet und bekamen sogar Bücher sowie Schreibpapier. Diesen Männern halfen ihre eigenen Erfahrungen aus zaristischen Gefängnissen ein Modell zu schaffen, daß „sicher" war. Sie sollten einige Jahre später mit ihren Feinden anders umgehen. Isoliert kann das sowjetische Lagersystem jedoch nicht betrachtet werden. Der GULag entstand zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort und ist verbunden mit verschiedenen Geschehnissen. Es kann von der Geschichte ganz Europas nicht getrennt werden.

Anne Appelbaum wurde 1964 in Washington D. C. geboren und versucht als amerikanische Journalistin der Geschichte neutral gegenüberzustehen. Die Autorin stützt sich auf umfangreiches Quellenmaterial, das erst kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Sie sprach mit Überlebenden und rekonstruierte aus den Häftlingserinnerungen den Lageralltag. Überlebensstrategien, zwischenmenschliche Erfahrungen, Kinder und Frauen in den Lagern, Rebellion, Streiks und Flucht werden zum Thema gemacht. Sie schaut hinter die Kulissen und erzählt die Geschichten der „kleinen Leute" in den Lagern: ein Bauer, der eingesperrt wurde, weil er sein eigenes Ferkel auf einem Markt verkauft hatte, von Kuriositäten, wie die, daß erstklassige Fußballspieler verhaftet wurden, weil ihre Mannschaft „Spartak" Lawrentin Berijas Lieblingsmannschaft „Dynamo" etwas zu klar besiegt hatte. Unzählige Einzelheiten aus dem Leben im Lager, wie man sie sonst nirgendwo so gehäuft liest, machen das Buch unentbehrlich.

Jedoch präsentiert die Autorin nicht ausschließlich Alltagsgeschichte, sondern untersucht auch die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Zwangsarbeitssystems, das unter Stalin seinen Höhepunkt hatte. Das Buch ist eingeteilt in drei große Kapitel: Der erste Teil bearbeitet die Ursprünge des GULags zwischen 1917 bis 1939, der zweite beschäftigt sich mit dem Leben und der Arbeit in den Lagern, ein drittes Kapitel steht unter dem Titel „Aufstieg und Fall des Lager-Industrie-Komplexes 1940–1986".

Anne Appelbaum hat es geschafft, ein Buch zu veröffentlichen, das Forschung und Erzählungen von Überlebenden hervorragend zusammenbringt, und durch diese neue Perspektive Ergebnisse bekommen, die nur aus der Forschung nicht zu ziehen wären. **N. Kaiser**

***Anne Appelbaum: „Der GULag"**, Siedler, Berlin 2003, geb., 720 Seiten, 32 Euro*

Die Leichtigkeit Tschechows

Erzählungen neu übersetzt

Sie war brünett, sehr schlank und feingliedrig, geschmeidig, gut gewachsen, außerordentlich graziös und besaß aparte, in höchstem Grade edle Gesichtszüge. Auch ihre Augen glänzten." Kein Wunder also, daß der 22jährigen Ariadna die Männerherzen scharenweise zuflogen, doch sie träumt nur von Titel und Glanz. Auch der Erzähler ist dem Liebreiz der jungen Frau erlegen und obwohl er an ihren Augen erkennt, daß sie ihn nicht liebt, reist er mit ihr nach Italien, erfüllt ihr jeden Wunsch, koste es auch das Vermögen seines Vaters. Am Ende klagt der nun Mittellose einem Passanten sein Leid und bezichtigt alle Frauen der Schamlosig- und Lasterhaftigkeit.

Die Erzählung „Ariadna" ist jedoch nur eine von 16 Erzählungen Anton Tschechows in dem gleichnamigen Band, der einige Erzählungen des russischen Autors der Jahre 1892 bis 1895 beinhaltet.

Zum 100. Todestag hat das patmos Verlagshaus in der Reihe Winkler Weltliteratur die großen Erzählungen von Anton Tschechow in neuer Übersetzung herausgegeben. Der Verlag betont, daß er bekannte und erfahrene Übersetzer für die Jubiläumsausgabe, die aus sechs Bänden besteht, gewinnen konnte. Sie sollen die Leichtigkeit, den oft ironischen Unterton und die stets souveräne Distanz des russischen Originaltextes bewahrt haben. Auch soll die Lebendigkeit und Frische der Tschechow'schen Erzählkunst in dieser zeitgemäßen Übersetzung klarer hervortreten. Doch von all dem ist nicht viel zu spüren. Die Erzählungen, die überwiegend von jungen, oberflächlichen, fremdgehenden Frauen handeln, gleichen einander. Distanz ist zwar zu spüren, doch Leichtigkeit? Ironie? Ob dies jedoch an der Übersetzung liegt, oder ob Tschechows Erzählstil einfach doch zu weit von der Gegenwart entfernt ist, ist in Unkenntnis des Originals schwer zu beurteilen. **R. B.**



***Anton Tschechow: „Ariadna – Erzählungen 1892 bis 1895"**, Winkler Weltliteratur, Düsseldorf 2004, geb., 564 Seiten, 24,90 Euro*

Der Jäger Max Schmeling

Biographie über den bekannten Boxer stellt dessen Jagdleidenschaft in den Mittelpunkt

So manches Buch ist schon aus einem Zufall heraus entstanden, so auch dieses. Walerie Rippberger hatte als Forstamtsleiter nahe Rostock den Auftrag, eine Wildjagd für die Hamburger Holsten-Brauerei AG zu organisieren. Am Tag der Jagd waren zahlreiche Jäger und auch Hobbyjäger von der Brauerei geladen. Walerie Rippberger begrüßte sie alle, doch bei einem zischte ihm sein Nebenmann zu „Mensch, das ist doch Max Schmeling, das Boxidol des Dritten Reiches".

Nun war bei dem Forstamtsleiter die Neugier geweckt, zumal er bald erfuhr, daß der berühmte Boxer eben auch ein leidenschaftlicher Jäger war. Je mehr er darüber in Erfahrung brachte, desto mehr reizte es ihn, diese Passion Schmelings für die Nachwelt festzuhalten. Biographien über den bekannten Sportler gibt es zwar schon so manche, jedoch hat bisher keiner die Idee gehabt, die Jagdbegeisterung des ungewöhnlichen Mannes zum Schwerpunkt eines Buches zu machen.

In „Weidmanns Heil, Max Schmeling!" verknüpft Walerie Rippberger den beruflichen, privaten und jägerischen Lebensweg Schmelings auf sehr interessante Weise, ohne je zu sehr in den Bereich der Jagdgeschichten abzugleiten, damit eben auch an der Jagd weniger interessierte Leser ihre Freude an dem vorliegenden Buch haben können.

Das Besondere an dem Werk sind die vielen eindrucksvollen Fotos, die der Autor vor allem aus dem Jagdleben Schmelings zusammengetragen hat. Aber auch wunderschöne Privatfotos von Max Schmeling mit seiner Ehefrau, der Schauspielerin Anny Ondra, geben dem Leser einen Einblick in das Leben des Boxidols.

Daß der Autor sehr viel Energie in seine Recherche gesteckt hat, wird auch an den vielen Details, die er dem Leser bietet, deutlich. Manche Recherchen ergeben schon wieder eine ganz eigene Geschichte. So stammen einige der Fotos aus dem Besitz der Tochter des Försters Herrmann, bei dem die Schmelings in den 30er und 40er Jahren immer in Mecklenburg-Vorpommern zu Gast waren. Diese Bilder waren, nachdem die Russen das Forsthaus besetzt hatten, von ihnen in lauter Zerstörungswut quer im Wald verstreut worden. Doch Ilse Herrmann konnte fast alle Bilder dank der Mithilfe eines freundlichen Kasachen wieder in ihren Besitz bringen. Von diesem Zufall profitierte nun Rippberger bei seinen Recherchen.

„Weidmanns Heil, Max Schmeling!" ist kurzweilig zu lesen. Die Person Max Schmelings wird hier außerordentlich sympathisch geschildert, wobei der Boxer in seinem Leben tatsächlich wenig Anlaß zu Kritik gegeben hat. Selbst seine Rolle im Dritten Reich bietet kaum Angriffspunkte. Schmeling entzog sich gerade noch rechtzeitig der Propagandamaschine der Nationalsozialisten. Allenfalls eine manchmal etwas naive Sicht der Geschehnisse um ihn herum könnte man ihm vorwerfen.

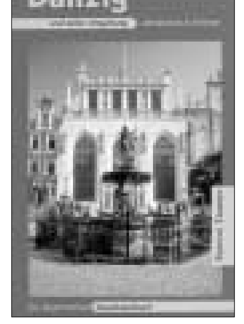
Rippbergers besondere Biographie soll dem heute 98jährigen Schmeling jedenfalls gefallen haben. **R. Bellano**

***Waleri Rippberger: „Weidmanns Heil, Max Schmeling!"**, Wage-Verlag, Tessin 2004, geb., 427 Seiten, 28 Euro*



»Appetitanreger«

Reiseführer macht Lust auf einen Besuch Danzigs



Aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges ist das tausendjährige Danzig auferstanden. Gasse um Gasse, Haus um Haus wurde es rekonstruiert, bis es wieder so aussah wie im späten Mittelalter, als es den Beinamen ‚Königin der Ostsee' trug." Nach einem „Streifzug durch die Geschichte der Stadt" wird der Leser von den Autoren unter anderem in die Straßen des historischen Kerns Danzigs mit seinen Sehenswürdigkeiten entführt. Ausführliche Beschreibungen von möglichen Ausflugszielen wie zum Beispiel dem Goldenen Tor, der Langgasse und dem Rechtstädtischen Rathaus machen dem Leser Appetit auf mehr.

Die zahlreichen Illustrationen erwecken im Leser, sofern er nicht schon einmal das Vergnügen hatte, dieser wirklich schönen Stadt einen Besuch abzustatten, den Wunsch, diese einmal in natura zu erleben und zu erkunden. Die vielen wissenswerten Hintergrundinformationen und Anekdoten geben einen zusätzlichen Reiz.

Auch über die Herkunft des Bernsteins, dem sogenannten „Gold der Ostsee", wird der Leser informiert. So auch, was es mit der Sage von „Jurata" auf sich hat.

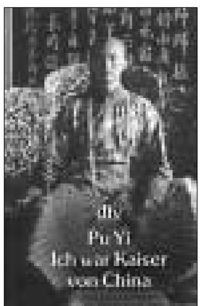
In baltischen Sagen stößt man immer wieder auf den Namen von Jurata, „der Königin des Meeres". Diese Geschichte der Seejungfrau, die sich in einen schönen Fischer verliebte und diesen auf den Meeresgrund in ihren Palast entführte, woraufhin der Donnergott aus Zorn eben diesen einstürzen ließ und den Fischer so tötete, ist jedoch nur eine von vielen Sagen und Märchen, die sich um die goldgelb schillernden Steine ranken.

Dieser kleine Reiseführer beschränkt sich jedoch nicht lediglich auf die Stadt Danzig, sondern macht dem Leser auch Ausflüge in die ungefähr 30 Kilometer von Danzig entfernte kaschubische Schweiz oder in die Stadt Königsberg schmackhaft.

Der Anhang enthält eine Reihe praktischer Tips über Anreise, Hotels, Essen und Trinken sowie saisonale Ereignisse und Veranstaltungen, die es dem Leser leicht machen, einen Kurztrip in die Stadt Danzig in die Tat umzusetzen, ohne sich vorher noch großartig informieren zu müssen.

Ein kleines aber feines Reisehandbuch, daß nicht nur als „Appetitanreger" auf die Stadt Danzig, sondern auch als Reiseführer überaus tauglich ist! **A. Ney**

***Izabella Gawin, Dieter Schulze: „Danzig und seine Umgebung entdecken und erleben"**, Edition Themen, 2004, illustriertes Reisehandbuch, geb., zahlr. Abb. und Skizzen, 204 Seiten, 12,90 Euro*



Faszinierend!

Der letzte Kaiser Chinas berichtet

Schon mit zweieinhalb Jahren wurde er Herrscher über eines der größten Reiche seiner Zeit, doch gleichzeitig war er Gefangener dieses würdevollen Amtes. Das Leben von Pu Yi, dem letzten Kaiser Chinas, fasziniert bis heute, und so wird das 1973 in Deutschland erstmals veröffentlichte Buch „Ich war Kaiser von China" nun wieder neu herausgegeben.

Die Autobiographie des Mannes, der schon 1912 mit sechs Jahren wieder seines Amtes verlustig ging, wird voraussichtlich auch noch so manche Auflage erfahren, denn Pu Yi erzählt chinesische Geschichte aus einem einmaligen Blickwinkel. Er, der kurzzeitige Inhaber des Drachenthrones, war auch als nicht mehr amtierender Kaiser für die Politik interessant. Ob chinesische Opposition, Japaner oder die westlichen Mächte, alle hatten Interesse daran, den Kaiser wieder einzusetzen und ihn in ihrem Sinne zu lenken. Pu Yi ließ sich auch so manches Mal mißbrauchen, wobei eine Rückerlangung des Thrones auch in seinem eigenen Interesse war.

Pu Yis Lebensgeschichte, seine Darstellung des Hofzeremoniells, der Alltag am Hofe, seine Zeit im Exil und seine Gefangenschaft bei den Sowjets sind sehr aufschlußreich. Auch wenn so manche Dinge aufgrund des Unwissens und Unverständnisses des Europäers für die chinesische Kultur schwer nachvollziehbar sind, so bedingt gerade dies die besondere Faszination, die von den Beschreibungen des Autors ausgeht. Pu Yi, ein nach unseren Maßstäben unsagbarer Egoist, hat am Ende seines Lebens einen schonungslosen Bericht abgegeben. Ein einzigartiges Zeitdokument! **R. Bellano**

***Pu Yi: „Ich war Kaiser von China"**, dtv, München 2004, broschiert, zahlr. Abb., 452 Seiten, 12 Euro*

Quer durchs Beet

Weniger Juden wollen nach Israel

Israels Ministerpräsident Ariel Scharon nahm jüngste Meldungen über antisemitische Übergriffe in Frankreich zum Anlaß, die Juden des europäischen Landes zur Auswanderung nach Israel aufzufordern. Paris zeigte sich gereizt. Doch Scharon ging es womöglich nicht nur um den Schutz der französischen Juden, die sich scharf von seiner Kritik an ihrem Land distanzierten: Die Einwanderung nach Israel geht seit Jahren zurück – besonders aus Europa, mittlerweile verlassen mehr Juden Israel als neue zuwandern. Die geringe Geburtenrate unter den israelischen Juden macht die jüdische Einwanderung jedoch zu einer Lebensfrage für den Sechs-Millionen-Staat, denn die Geburtenraten von Palästinensern und Arabern mit israelischem Paß liegen deutlich über denen der israelischen Juden. **SV**

Holländer zieht es nach Deutschland

Immer mehr niederländische Pensionäre wandern nach Deutschland aus. Laut dem Magazin *Focus* zogen allein 2003 bereits 700 ältere Niederländer dauerhaft über die Grenze. Grund: Häuser seien in Deutschland billiger zu haben, statt 350.000 Euro wie in Holland bekomme man in Deutschland ein freistehendes Eigenheim schon für 200.000 Euro. Und: Die Menschen seien herzlicher in Deutschland. „Hier grüßen sich die Leute noch“, schwärmt ein 71jähriger aus Apeldoorn, der mit seiner 61jährigen Frau eingewandert ist: „Alle sind so nett.“

Personalien

»Cap Anamur« ins Zwielicht gerückt



Dank seiner Aktivitäten steht das Flüchtlingshilfswerk „Cap Anamur“ jetzt womöglich im Verdacht der illegalen Schleusertätigkeit: **Elias Bierdel**. Bierdel wurde 1960 in Berlin geboren, studierte Anfang der 80er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und ging anschließend als Volontär zur *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, von wo aus er für ein Jahr als Redakteur zur *Westfälischen Rundschau* stieß. Von 1986 bis 1993 schlug Bierdel sich als freier Journalist durch, bis er 1994 eine Stelle beim *Deutschlandfunk* ergattern konnte. Für die *ARD* ging er später ins Kosovo, wo er Kontakt zu „Cap Anamur“ aufnahm, in deren Vorstand Bierdel 2002 gewählt wurde.

Rogasch konzipiert Wanderausstellung



Ab dem 1. August soll der Historiker **Wilfried Rogasch** die Arbeit an einer bundesweit zu sehenden Wanderausstellung zur Vertreibung aufnehmen. Rogasch wirkte bereits bei vielbeachteten Ausstellungen im Deutschen Historischen Museum, Berlin, mit. Einem breiteren Publikum wurde er durch das TV-Porträt Kaiser Wilhelms II., „Majestät brauchen Sonne“, sowie einen Band über Schlösser und Gärten in Böhmen und Mähren bekannt.



»Mensch Leute! Es ist eine Ehre, darauf platzzunehmen!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Wir kriegen Dich!

Ab 2005 wird »antidiskriminiert« / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die erschütternden Berichte über das Schicksal der 37 Männer, die sich mitten im Mittelmeer vor unseren Augen von Ghanaern in Sudanesen und zurück verwandelten, haben wir eben verdaut, da wartet der Bundesinnenminister mit dem nächsten Hammer hinter der Hausecke: Schily will afrikanische Asylbewerber in nordafrikanischen Sammellagern festhalten, wo EU-Beamte ihre Anträge prüfen. Die Menschen sind entsetzt, nur die gierigen Medien freuen sich über die kommenden Schlagzeilen, denn wir wissen, schon bevor das erste Lager überhaupt eröffnet ist, daß die „Zustände dort unhaltbar sind“, selbst wenn es zugehen sollte wie in einem Mittelklasse-Ferienclub „all inclusive“. International operierende Menschenrechtsgruppen werden uns darin unterstützen, indem sie „Schilys Guantánamo“ entlarven und düster „auf die Lehren aus unserer Geschichte“ verweisen. Das zieht immer und eignet sich fabelhaft als Appetithappen für die kommenden Weihnachtslichterketten.

Neben einigen wenigen Profiteuren der Lager-Pläne wird es jedoch Opfer geben, viele Opfer. Über 90 Prozent der Flüchtlinge sind – gemessen an der Anerkennungsquote für Asylanten – eher vor der miesen Bezahlung daheim oder den Zumutungen der buckligen Verwandtschaft geflohen als vor politischer Verfolgung. Die dürften Schilys Mittelmeerlager durch dieselben Tür wieder verlassen müssen, durch die sie gekommen waren. Der daraus resultierende, dramatische Rückgang der Asylbewerberzufuhr könnte in weiten Teilen unserer Gesellschaft zu schweren Verwerfungen führen. Gewachsene Strukturen sind in Gefahr.

Was soll aus den vielen kleinen Flüchtlingshilfegruppen in unseren Städten und Gemeinden werden, die so vielen Deutschen nach einem anstrengenden Arbeitstag zu ein wenig Weltschmerz und Lebensziel verholfen haben, wenn kaum noch Flüchtlinge nachkommen? Sollen die doch was anderes machen, möchte man einwenden. Aber was denn? Umweltschutz? Na! Zum Fototermin mit Frosch kommt bereits seit 20 Jahren kein Reporter mehr vorbei. Und ohne öffentliche Aufmerksamkeit ist „Engagement“ wertlos, wie sogar Cap-Anamur-Chef Bierdel erkannt hat. Der muß es wissen.

Selbst der heimische Arbeitsmarkt könnte in Mitleidenschaft gezogen werden durch Schilys schummrige Lagerphantasien. Verlieren die hauptberuflichen Flüchtlingsbeauftragten unserer Kommunen wegen Klientenschwunds gar ihren Job? Zudem: Womit sollen all die Anwälte ihr Brot verdienen, die auf dem jahrelangen Asyl-Instanzenweg zu Haus, Hof und höherer Moral gekommen sind? Der Branche geht's eh schon lange nicht mehr so rosig, wie unsereins immer noch glauben mag.

Doch als hätten sie das drohende Fiasko geahnt, haben unsere Politiker von langer Hand Ersatz geschaffen, durch den Anwälte wie Flüchtlingskämpfer ein neues, wahrscheinlich noch viel prächtigeres Betätigungsfeld finden werden. Den Geniestreich tauften sie ganz kuschelig „Antidiskriminierungsgesetz“. Klingt nach dem üblichen moralischen Appell-Gedöns wie „seid nett zueinander“ in Gesetzesform. Doch weit gefehlt! Das Ding hat es in sich: Laut zweier EU-Verordnungen aus dem Jahre 2000, deren letzte spätestens Ende 2005 deutsches Recht werden muß, ist es nicht nur dem Staat, sondern allen Bürgern verboten, Menschen wegen ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, wegen ihres Geschlechts oder Alters, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer sexuellen Ausrichtung oder einer Behinderung weniger gut zu behandeln als andere.

Wenn das Gesetz da ist, helfen nur die Rezepte aus NS und Inquisition: Klappehalten rettet!

Bei Neueinstellungen gilt also fortan: Hat ein Arbeitgeber unter zehn Bewerbern für eine Stelle einen ausgesucht, haben alle neun übrigen das Recht, sich „diskriminiert“ zu fühlen, weil sie der Meinung sind, nicht wegen minderer Qualifikation ausgesondert worden zu sein, sondern weil sie dem Chef zu evangelisch oder zu katholisch, zu klein (Behinderung?) oder zu groß (dito), zu bayerisch oder zu preußisch, zu schwarz oder zu weiß zu homo- oder zu heterosexuell, zu frau oder zu mann sind oder schlicht politisch zu links oder zu ... zu rechts? Nun ja, wenigstens dürfte uns „rechts“ als Ablehnungsgrund zugestanden werden. Man soll es nicht übertreiben.

Wer eingestellt wird, entscheidet dann nicht mehr der Arbeitgeber, sondern die Gerichte – wenn der Kläger will, durch alle Instanzen auf jahrelangem Klageweg. Für die Anwälte ist gesorgt. Ebenso für Asylinitiativen und „Antidiskriminierungsbeauftragte“ in Legion, die ihre Nachbarschaft nach Fällen von Diskriminierung abgrasen. Arbeitgeber können sich dem Zugriff ja entziehen, indem sie einfach niemanden mehr einstellen. Den schäbigen Nachbarn hingegen haben wir so gut wie im Netz, denn das Spektrum der infrage kommenden Verstöße ist dermaßen breit, daß eigentlich jeder praktisch überführt ist.

Schließlich diskriminiert der gewöhnliche Normalbürger Tag für Tag irgendwen, ohne es zu merken. Sie ziehen die Küche jenes Landes der eines anderen vor oder äußern sich gar öffentlich distanziert über bestimmte Religionen oder Weltanschauungen. Alles Diskriminierer, denen wir bald saftig zu Leibe rücken können. Das ist auch politisch hilfreich, denn seit vielen Jahren (in großen Teilen der Bundesrepublik sogar seit Jahrzehnten) hatten wir nicht mehr solch umfassende Möglichkeiten, dem Meinungswirrwarr in Deutschland Einhalt zu gebieten.

Sicher, im Grunde tun wir das ja schon eine ganze Weile und haben die Palette der öffentlich äußerbaren Positionen schon nachhaltig verschlankt. Doch den häßlichen Kerl von Gegenüber immer nur öffentlich anzuschwärzen hat uns nicht wirklich befriedigt, wenn wir ehrlich sind. Ab Ende kommenden Jahres können wir ihn als Diskriminierer enttarnen und womöglich in den Knast bringen. Es wird ein Fest!

Ihnen wird mulmig? Vielleicht, weil Sie neulich auf Döner Kebap geschimpft, den vietnamesischen Gemüseladen kritisiert, die Sachsen veräppelt oder einen staubigschmierigen Herrenwitz erzählt haben? Nur die Ruhe, noch ist das Gesetz ja nicht in Kraft. Und für die Zeit ab Ende 2005 gibt es ein todsicheres Rezept, das den Deutschen seit Inquisition, Demagogenverfolgung, NS und DDR geläufig ist: Klappehalten rettet! Und das gute alte Auswendiglernen. Denn künftig müssen Sie die Texte aus der Tagesschau schon wortgetreu wiedergeben, wenn es um Politik geht. Sonst rutscht Ihnen da noch was raus, und der neidische Typ von nebenan darf leise durch die Gardine feixen, wenn sie Sie holen kommen. ■

Zitate

In der Frankfurter Allgemeinen *vom 19. Juli beschuldigt Stefan Dietrich* ***bundesdeutsche Kreise, Polen gegen*** *das geplante* ***Zentrum gegen Verteibungen*** *in Berlin* ***aufgebracht*** *zu haben:*

„Die polnischen Reaktionen auf die Stiftungsinitiative der BdV-Vorsitzenden Steinbach und des Sozialdemokraten Peter Glotz arteten zeitweise in ein Säbelrasseln aus, wie man es zuletzt in finstersten Zeiten des Kalten Krieges erlebt hatte. Als Fußnote ist festzuhalten, daß es deutsche Politiker, Professoren und Publizisten waren, die die polnische Öffentlichkeit gegen das Stiftungsprojekt und dessen Urheber mobilisierten. Ihre verdächtigungen kamen postwendend als handfeste Tatsachen aus Polen zurück.“

Dietrich fordert daher die Bundesregierung auf, ***entgegen*** *den Einlassungen des* ***neuen Bundespräsidenten das Vertreibungsgedenken nicht auf die europäische Ebene zu entsorgen****:*

„Die Deutschen haben ihrer wiedervereinigten Hauptstadt als Gründungsakte ein Schuldbekenntnis mitgegeben, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. (...) Sie haben sie (ihre Lektion aus der Geschichte) jedoch nur halb gelernt, solange sie begangenes Unrecht anders gewichten als erlittenes und Vertreibungsverbrechen als ‚Folge‘ vorausgegangener Untaten bagatellisieren. Statt den zweiten Teil der Lektion, die generelle Ächtung ethnischer Säuberungen, zu ‚europäisieren‘, also abzuschieben, sollte sich die Bundesregierung endlich auch zutrauen, gemeinsam mit den Vertriebenen ein Beispiel dafür zu geben, wie man den eigenen Opfern der Geschichte so gerecht wird, daß kein Nachbar daran Anstoß nehmen kann.“

Zur ***Kritik am Widerstand*** *des 20. Juli bemerkt die* Schwäbische Zeitung *vom 19. Juli:*

„... erst Gewissen plus Zivilcourage führen zum Widerstand. Die Männer und Frauen des 20. Juli besaßen beides. Sie nahmen es in Kauf, als Eidbrüchige und Verräter gebrandmarkt zu werden. Sie wußten, daß viele Deutsche sie nicht verstehen, sie verurteilen würden, daß ihnen Folter und Tod drohten. Wer ihnen reaktionäres Denken und elitäres soziales Bewußtsein vorwirft, hat nicht begriffen, daß beides zusammengehörte: Die Überzeugung, daß gerade sie zum Handeln berufen seien, entsprang dieser altmodischen Haltung. (Geistes-) Adel verpflichtet auch zum Widerstand, wenn das Gewissen es verlangt.“

Bärendienst

Junger Mann, du willst mitnichten
Wehrmann sein und Reservist,
weil der Barras wegen Pflichten
gar nicht für dich tauglich ist?

Auch Zivildienst, fromm und bieder,
ist, weil manchmal unbequem,
tief im Herzen dir zuwider?
Macht nichts, alles kein Problem!

Denn jetzt haben unverhohlen
höchste Richter judiziert
und die eN-Pe-De empfohlen,
wenn auch leicht verklausuliert:

Mitglied werden, nicht bloß wählen,
mußt du dort zum Eigennutz –
wo grad Funktionäre fehlen,
sagt dir der Vaufassungsschutz.

Wirst sodann du aufgerufen,
melde gleich am Tore schon,
nicht erst auf den Treppenstufen
Mitgliedschaft und Funktion.

Wetten, ohne Federlesen
schmeißen sie dich wieder raus –
Onkel Struck bezahlt die Spesen,
und du gehst befreit nach Haus.

Pannonicus